

PROTOKOLL

über die 28. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 13. Oktober 1994, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:
Erich Sablik
Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Roman Eichhübl
Karl Holub
Ing. Othmar Schloßgangl
Leopold Tatzreiter
Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:
Kurt Apfelthaler
Hermann Bachner
Josef Brandstötter
Ulrike Fuchs
Günter Fürweger
Richard Gollatsch
Hans-Dieter Götz
Engelbert Huber

Klaus Jansky
Anna Jeloucan
Engelbert Lengauer
Brigitte Lohnecker
Friederike Mach
Josef Mayr
DI. Frank Mundorff
Hans Payrleithner
Mag. Harald Philipps
Edith Radmoser
Franz Rohrauer
Eva Scheucher
Dr. Tilman Schwager
Franz Strasser
Walter Strobl

VOM AMT:
MD Dr. Kurt Schmidl
OMR. Dr. Gerhard Alphasamer
MR. Mag. Helmut Lemmerer
Gerald Hackl

PROTOKOLLFÜHRER:
OAR. Anton Obrist
Gabriele Angerbauer

Tagesordnung

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer.

Behandlung von allfälligen Fragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

Bau5-201/93 Errichtung Kommunalzentrum; Vergabe weiterer Arbeiten;
Auftragserhöhung für die Kunststoffensterlieferung.

SchuPfl-82/94 Ganztagschule Ennsleite; Entlohnung der Lehrer.

Verhandlungsgegenstände:

BERICHTERSTATTER

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) K-84/94 Reg.Rat TOAR. Ing. Karl Scheuer; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.
- 2) K-85/94 Konsulent Adolf Konrad; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.
- 3) K-86/94 Direktor OSR. Konsulent Herbert Tagini; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.
- 4) K-91/94 Rudolf Mayrhofer; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.
- 5) Bau2-6446/86 Verein FAZAT; Errichtung der zweiten Ausbaustufe des FAZAT; Baukostenzuschuß in Höhe von 3 Millionen Schilling.
- 6) Präs-711/91 Fachhochschule Oberösterreich - Studiengänge Steyr; Beitritt zum Trägerverein zur Vorbereitung der Errichtung und Erhaltung von Fachhochschulen in Oberösterreich; Bezahlung des Mitgliedsbeitrages für das Jahr 1994.

BERICHTERSTATTER

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

- 7) ÖAG-4766/88 Müll Mülldeponie Entgasungsanlage; Deponiegassicherung und -reinigung; Errichtung der Deponiegasbrunnen samt Regelstelle des Schüttabschnittes III sowie Explosionschutzmaßnahmen bei den Sickerwasserbrunnen und Sonden.
- 8) UMW-23/94 Umweltbericht 1993.

**BERICHTERSTATTERIN
STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:**

- 9) SH-Erl-2200/90 Neuer Vertragsabschluß mit dem Verein "Steyrer
Heimhilfe und Hauskrankenpflege".

**BERICHTERSTATTER
STADTRAT KARL HOLUB:**

- 10) Fin-210/94 Kreditübertragung von S 100.000,-- von VASt
1/4200/043000.9 (Betriebsausstattung) auf VASt
1/4200/454000.1 (Reinigungsmaterial).
- 11) Ha-6643/92 Betriebsführungsmodell APT - Vorstudie; Erteilung des
Projektauftrages.

**BERICHTERSTATTER
STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**

- 12) En-30/94 Errichtung einer öffentlichen Straßenbeleuchtung in der
Feldstraße im Zuge des Straßenbaues.
- 13) Bau6-6275/89 Kanalisation Steinwändweg; Belagsarbeiten -
Feinasphalt; Schlußrechnung.
- 14) Bau3-5460/92 Verlängerung Siemensstraße - Verschleißschichte;
Vergabe der Arbeiten.
- 15) Bau3-1445/84 Straßenbau Mühlbauergründe; Feinbelag -
Mühlbauerstraße.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die Sitzung und darf Sie herzlich begrüßen! Ich stelle fest, daß diese Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich gebe weiters bekannt, daß mir als Protokollprüfer Frau Gemeinderat Edith Radmoser und Herr Dipl.-Ing. Frank Mundorff gemeldet sind. Sind die beiden Herrschaften bereit, als Protokollprüfer für diese Sitzung zu fungieren? Danke sehr, die Herrschaften nehmen diese Funktion an. Entschuldigt für die heutige Sitzung sind die Gemeinderäte Bremm, Glanzer, Spanring, Spöck und die Frau Gemeinderätin Bauer. Zur Behandlung von allfälligen Anfragen darf ich berichten, daß dieses Mal keine vorhanden sind. Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich folgendes berichten: Es ist so, meine Damen und Herren, daß die anhaltend positive Prognose über die wirtschaftliche Entwicklung sowohl im In- als auch im Ausland die allgemeine Meinungsbildung doch auch beeinflusst und überzeugt hat. Auch Zweifler verneinen nunmehr, daß ein Konjunkturaufschwung in Gang kommt. Die Erwartungshaltung ist auch durch den vor wenigen Monaten durchgeführten EU-Entscheid noch bekräftigt worden. Die Auswirkungen dieser optimistischen Stimmung auf dem Arbeitsmarkt sind zwar bei uns unverkennbar, jedoch gemessen am Anlaßfall doch eher bescheiden. Zum Monatsende betrug die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen leider immer noch 3.302. Im Monatsvergleich sind dies um 166 Personen oder 4,8 % weniger. Die Arbeitslosenquote ging dadurch um 0,4 %-Punkte auf 8 % zurück. Es gibt aber wirklich auch Anlaß zur Freude, wenn man sich den Jahresvergleich betrachtet. Hier ist es zu einem Rückgang um 537 Personen oder 14 % gekommen. Es ist dies eine

Entwicklung, die vor ca. 6 Monaten eingesetzt hat und sich laufend verstärkt. Das ist natürlich eine entsprechend erfreuliche Entwicklung, weil es voriges Jahr um diese Zeit ja noch umgekehrt war. Zufriedenstellend ist auch die Entwicklung im Bereich der gemeldeten offenen Stellen. Sowohl im Monatsvergleich mit einem Plus von 16,3 %, als auch im Jahresvergleich mit einem Plus von 13,2 % ist eine Steigerung eingetreten. Spitzenreiter bei dieser Zunahme sind die Bauberufe, die allein im vergangenen September um 148 % zugelegt haben. Ich glaube, daran sind wir mit unserer Politik des Investments sicher auch in einer positiven Weise beteiligt. Es ist nur schade, daß wir das nicht endlos fortsetzen können. Aus wirtschaftlichen Gründen sind uns Grenzen gesetzt, an denen wir auch angelangt sind. Ich darf Ihnen weiters mitteilen, daß mir der Herr Landesrat Dr. Josef Pühringer in einem Schreiben vom 6. Oktober mitgeteilt hat, daß die Herstellung der Lärmschutzmaßnahmen am Blümelhuberberg mit einem Gesamtaufwand von 5,7 Millionen Schilling demnächst durchgeführt werden. Die Landesbaudirektion, die in dieser Angelegenheit für den Bund tätig ist, wird diese Baumaßnahmen leiten und überwachen. Ein Baubeginn im November ist nach Auskunft der Bundesstraßenverwaltung wahrscheinlich.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

August 1994 war geplant und zugesagt!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ich kann Ihnen nur mitteilen, daß Verzögerungen eingetreten sind, aber daß es nunmehr doch passiert. Vermutlich betrachtet man das eher als eine Winterarbeit, weil es nicht so sehr mit Betonieren und solchen

Dingen verbunden ist, obwohl das auch ein Teil der Ausführung sein wird. Ich hoffe aber auf jeden Fall, daß diese Problematik damit dort eine geringere wird und daß hier die Anrainer in bezug auf diese Lärmbelästigung eine entscheidende Verbesserung erfahren, wemgleich wir wissen, daß das von der Stadtbildseite her nicht gerade ein Projekt ist, das uns erfreuen kann. Aber der nächste Punkt ist sehr erfreulich. Ich darf weiters mitteilen, daß die Frau Bundesministerin Maria Rauch-Kallat uns gratuliert hat, und zwar für vorbildliche Revitalisierungsmaßnahmen im Stadtteil Steyrdorf, der damit zum Bundeslandsieger der Aktion "Ö 3 macht Österreich schöner" geworden ist. Von einer zehnköpfigen Jury wurden aus einer Vielzahl von Einsendungen die vielfältigen Revitalisierungsmaßnahmen zur Erhaltung des Stadtteiles Steyrdorf prämiert. Aufgrund dieser Auszeichnung wurde eine zweistündige Radio Holiday-Sendung aus Steyr gesendet, die auch wesentlich zur Bekanntheit unserer Stadt und des Stadtteiles Steyrdorf beigetragen hat. Überdies darf ich Ihnen berichten - wir werden uns noch näher damit beschäftigen -, daß es eine ganz neue Gallup-Studie über unsere Stadt gibt. Hier wurden insgesamt 700 Personen - 500 davon aus Steyr, 200 aus Umlandgemeinden - interviewt, wie sie Steyr sehen. Ich muß sagen, das Ergebnis ist überaus erfreulich. Und zwar vor allen Dingen auch im Hinblick auf unsere Aktivitäten im Bereich der Sauberhaltung dieser Stadt, der Mülltrennung, des Umweltschutzes. Die Steyrer stellen ihrer Stadt hier ein hervorragendes Zeugnis aus, was uns natürlich sehr freut. Es gibt eine Vergleichsstudie über die Landes- bzw. Bundesländerhauptstädte in Österreich. In dieser Rangreihe liegt Bregenz ganz vorne mit ungefähr 85 %, wenn ich das richtig im Kopf habe. Bregenz ist von der Größenordnung

her vielleicht ein bißchen mit Steyr vergleichbar, und wir liegen in der Beurteilung der Steyrer Bevölkerung noch um 10 % höher. Die Steyrer meinen also, daß unsere Stadt sehr sauber ist und daß sie auch von der Umweltseite her wirklich eine vorbildliche Position einnehmen kann. Sie verlangen aber in einer anderen Fragestellung, daß wir hier nicht nachlassen und weiter dranbleiben sollen und uns weiter bemühen müssen, damit dort noch mehr geschieht. Das wollen wir gerne tun, aber auch dort schlagen Kosten zu Buche, mit denen wir uns im Budget noch zu beschäftigen haben werden. Ich denke, wir werden uns vielleicht auch einmal im Zuge einer Informationssitzung des Gemeinderates diese Studie erklären und präsentieren lassen, das wäre gut. Es ist so, daß hier auf die Frage "Was stört Sie an Steyr" 44 % der Meinung sind, daß überhaupt nichts stört. Es fällt ihnen dazu also nichts negatives ein. Nur beim Verkehr ist ein Anteil von 16 % der Befragten der Meinung, daß das ein Problem sei. Das ist aber auch verständlich und wir haben hier im Gemeinderat oft darüber debattiert. Meine Damen und Herren, das wären die Mitteilungen gewesen. Ich würde Sie bitten, die Beschlüsse des Stadtsenates, die mit den Gemeinderatsunterlagen mitgekommen sind, in dieser vorliegenden Form zur Kenntnis zu nehmen. Ich gebe nunmehr den Vorsitz ab, um bei Tagesordnungspunkt 5) auf die Behandlung der Verhandlungsgegenstände eingehen zu können.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche um Vortrag von Punkt 1).

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Wir haben

heute einige Jährungen auf der Tagesordnung. Beim ersten dieser Anträge des Stadtsenates handelt es sich um die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr für den Herrn Regierungsrat TOAR. Ing. Karl Scheuer. Es ergeht daher folgender Antrag:

- 1) K-84/94
Regierungsrat TOAR. Ing Karl Scheuer; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 5. 9. 1994 wird Herrn Regierungsrat TOAR. Ing. Karl Scheuer, gem. § 5 Abs. 1 des Gemeindestatutes für die Stadt Steyr, in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Steyr die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen. Die Verleihung ist im Ehrenbuch der Ehrenmedaille der Stadt Steyr zu vermerken.

Es heißt hier in der Begründung, es ist gerechtfertigt und ausreichend begründet, Herrn Regierungsrat Ing. Karl Scheuer als vieljährigen Beamten des Magistrates der Stadt Steyr im Bereiche der Stadterneuerung und Denkmalpflege durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr auszuzeichnen. Ing. Karl Scheuer hat sich über 3 Jahrzehnte hinaus in dem ihm anvertrauten Bereich Verdienste um die Stadt erworben. Bitte hier die Debatte zu eröffnen und eine Abstimmung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:

Herr Gemeinderat Lengauer bitte, dann Herr Dr. Pfeil.

GEMEINDERAT
ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt haben sich oft über Unvollkommenheiten in der

Behandlung ihrer Anträge und Wünsche geärgert. Manche haben lange, oft sehr lange auf Erledigungen ihrer Anträge warten müssen. Vielleicht warten einige noch heute. Die städtebaulichen Leistungen für unsere Stadt sind aber zu würdigen, deswegen werden wir nicht gegen diesen Antrag stimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:
Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schließe mich der Wortmeldung von Herrn Direktor Lengauer folgenhaltig an und möchte sie noch ergänzen mit einem Hinweis, den ich schon mehrmals hier in diesem Raum gebracht habe: Es soll Sorge getragen werden, daß der Nachfolger von Herrn Architekt Scheuer nicht mit denselben organisatorischen Problemen zu kämpfen hat, damit er im Sinne der Bürger, im Sinne der Altstadterhaltung für Steyr besser arbeiten kann. Ich glaube, Herr Architekt Scheuer hat manchmal oder sehr häufig seine körperliche und geistige Kraft über das normale Maß hinaus, das normalerweise jemand dem Dienstgeber zur Verfügung stellt, für die Stadt Steyr zur Verfügung gestellt und gearbeitet. Es sei ihm da wirklich Lob und Dank auszusprechen und wir unterstützen diesen Antrag zur Überreichung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr sehr gerne. Ich glaube, er hat sie ganz einfach verdient.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:
Herr Stadtrat Zagler.

STADTRAT
DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:
Durch diese Wortmeldung angeregt, ergreife ich das Rednerpult.

Unbestritten ist die fachmännische Leistung von Karl Scheuer und manche verwaltungsmäßigen Unzulänglichkeiten. Gerade was Du aufgreifst, ist ja der Beweis. Im Dienstpostenplan wird Karl Scheuer durch einen Akademiker in einer anderen Einstufung ersetzt. Ein B-Mann als Assistent des nach Scheuer zuständigen Mannes ist vorgesehen, der bisher nicht benötigt wurde und auch Sekretariatsarbeiten werden an dieser Stelle errichtet. Das heißt, was Scheuer in einer Person und deswegen auch - das ist meine Behauptung - in dieser verwaltungsmäßigen Unzulänglichkeit gemacht hat, hat uns sehr viele Kosten erspart. Das wird von der Kostenseite her leider jetzt anders. Ich hoffe aber auch auf die Qualität der Nachfolger für Karl Scheuer, diese Tätigkeit mit diesem Fingerspitzengefühl zu verrichten, damit Steyr eine so wunderschöne alte Stadt bleibt.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke sehr, Frau Scheucher bitte.

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Nur eine kurze Anmerkung zu der Wortmeldung von Herrn Stadtrat Zagler. Sind Sie wirklich ganz sicher, bzw. bist Du ganz sicher, daß der Nachfolger von Karl Scheuer unbedingt ein Mann sein muß? Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir das einfach offen lassen würden.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Der Nachfolger ist ja schon da!

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ad hoc: Der Ersatz Karl Scheuers auf diesem B-Posten ist geschlechtsneutral ausgeschrieben. Die Ausschreibung läuft, die Besetzung ist noch nicht vorgenommen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren! Der Herr Dr. Kaiser ist ja jetzt schon längere Zeit im Amt und er wird recht wenig bereit sein, sein Geschlecht zu ändern, um der Anregung Folge leisten zu können. Ich glaube aber, daß es nicht gut ist, wenn das so im Raum stehen bleibt, daß der Regierungsrat Scheuer uns viel Geld erspart hat, weil er keine Hilfe zur Administration bekommen hat. Genau das ist das große Kreuz, unter dem der Karl Scheuer krank geworden ist, weil er die Hilfe nicht bekommen hat. Genau das ist das große Kreuz, über das sich so viele Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt zu recht ärgern. Es sagt ja keiner, daß der Karl Scheuer in seiner künstlerischen Qualität kritikwürdig ist, im Gegenteil! Aber in seiner administrativen Fähigkeit oder Kompetenz mußte er ohne Entlastung scheitern. Ich finde es einfach nicht gut, zu sagen: "Bravo, er hat uns so viel Geld gespart, weil er keine Hilfe gehabt hat". Und es ist auch sicher nicht richtig, daß der B-Mann bis jetzt nicht benötigt wurde, er ist nur nicht zur Verfügung gestellt worden. Ich meine, es wäre wirklich schade, wenn der Karl Scheuer aufgrund dessen in eine schlechte Kritik käme. Unzulänglichkeiten gab es sicher genug, aber der Beschluß einer Ehrung selbst kann nicht Anlaß sein, über Unzulänglichkeiten in Kleinigkeiten zu diskutieren. Nur eines sollte man wirklich nicht machen: Wenn einer in einem so dienstleistenden Dienstzweig drinnen ist - beispielhaft die Denkmalpflege -, dann sollte man nicht von Personaleinsparung reden müssen und in einem Atemzug von der Zufriedenheit der Bürger bei den Worten des Bürgermeisters hören. Die Bürger der Stadt können ganz gut unterscheiden, wo sie gut betreut sind und wo nicht, das muß einem schon klar sein. Und dort, wo der Hilfsapparat zur guten Betreuung fehlt, steigt auch der Unmut auf. In den

Umweltfragen wird heute sicher noch diskutiert werden, das war ja der Anlaß der Berichterstattung, die der Bürgermeister im allgemeinen Teil gemacht hat. Aber wenn man heute wirklich fragen müßte, wie zufrieden der Bürger mit der zügigen Erledigung seiner Anliegen ist, dann würde die Antwort ganz anders aussehen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Gemeinderat Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates! Als einer, der den Herrn Architekten Scheuer schon seit wirklich sehr vielen Jahren kennt und auch so manchen Strauß auf dem Sektor Denkmalpflege in Steyr ausgefochten hat, freue ich mich wirklich ganz besonders, daß ihm diese Ehrung heute zuteil wird. Zu den Ausführungen von Herrn Kollegen Holub vielleicht noch eine Anmerkung: Er ist da wirklich - glaube ich - sehr oft sehr unschuldig zu dieser Kritik und zu diesem Umwillen gekommen, der sich dann in der Bevölkerung gegen ihn gerichtet hat. Es ist einfach der Umstand, daß er - und ich glaube, man kann das Kind auch beim Namen nennen - mit den Auszahlungen der Subventionen auch immer zwangsläufig beschäftigt war und zeitmäßig oft in Verzug geraten ist. Die Schuld liegt sicher nicht beim ihm. Ich kann mich erinnern, vor einem Jahr - der Herr Dr. Schmidl sitzt ja heute da - habe ich bereits einmal dort interveniert, man soll doch endlich einmal den Herrn Architekten Scheuer von diesen Agenden entlasten und einen Beamten dieses Hauses mit diesen Dingen beschäftigen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, ich freue mich darüber, daß eigentlich die einhellige Auffassung besteht, daß sich der Herr Regierungsrat Scheuer für seine Tätigkeit diese Auszeichnung der Stadt verdient. Ich glaube wirklich, daß er sich große Verdienste um das Erscheinungsbild unserer Stadt erworben hat. Daß es eine schwierige Aufgabe ist, steht außer Zweifel, weil aus seinem Mitwirken und seiner Einflußnahme in der Regel eine Erhöhung der Kosten für den Bauherrn resultiert. Manches Mal - und das scheint oft der Grund für den Unmut gewesen zu sein - gab es dadurch auch eine Verzögerung, die meist auch Geld kostet. Und wie es so ist - selbst sind wir nicht anders -, man braucht lange, um sich selbst und im Kreis der Familie zu entscheiden, ob man irgendein Bauwerk aufführt. Aber wenn man sich endlich nach langer Beratung entschieden hat, dann möchte man es morgen machen. Und dann kommt aber eigentlich erst - gerade in diesen Bereichen der Innenstadt und jenen Bereichen, wo wir Ensembleschutz haben -, die Begutachtung des Denkmalpflegers und des Stadtbildpflegers dazu, und da war es eben manches Mal schon schwierig. Ich habe viele Beschwerden über den Herrn Regierungsrat bekommen. Ich möchte sagen, die meisten, die ich je über einen Beamten bekommen habe. Aber im Gespräch mit den Leuten hat sich in allen Fällen herausgestellt, daß seine künstlerische Qualität und die Eigenheit, hier auch Künstlerisches und Stadtbilderhaltendes mit Funktionalität wieder in Einklang zu bringen, von seinen Ideen her eine allgemeine Zustimmung gefunden hat. Es ist richtig gesagt worden, es war eben auch die Administration. Aber ganz einfach sind eben die Künstler nicht, das muß man auch dazu sagen. Und es war eben auch nicht ganz

leicht, ihm die Unterstützung angedeihen zu lassen, wird aus der Bauabteilung berichtet. Manche Versuche, das muß man zur Ehrenrettung der Magistratsdirektion und des Herrn Baudirektors sagen, sind ja auch in der Vergangenheit schon gemacht worden. Ich glaube, das Problem in diesem Bereich ist auch, daß wir trotzdem die Kosten betrachten müssen. Der Bürger ruft nach uns und verlangt von uns - von der Stadt -, daß wir etwas tun. Wenn wir das dann tun, dann müssen wir Aufwendungen machen, personelle und ebenfalls materielle. Das müssen wir dem Bürger dann wieder wegnehmen, in Form von Steuern und Abgaben, das ist das Problem. An das denken die Bürger manchmal eben auch zuwenig. Das stammt gar nicht von mir, sondern das hat der hochverehrte Herr Landeshauptmann Ratzenböck bei der Installierung des neuen Bezirkshauptmannes Dr. Zeller vor vier Wochen gesagt. Wir müssen uns eben darüber im klaren sein, daß wir mit den Leistungen der Stadt auch trotzdem haushalten müssen, sonst werden hier die Kosten ins Aschgraue wachsen und auf das Budget niederschlagen, wir stehen ja leider dort und da vor so einer Situation. Im übrigen freue ich mich, daß hier dieser Beschluß nunmehr getroffen wird.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:

Wenn Sie dem Antrag zustimmen, dann geben Sie bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen gibt es keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Antrag bitte.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Steyrer, der hier eine Ehrenmedaille der Stadt für seine Leistungen erhalten soll, ist Herr Konsulent Adolf Konrad. Es ergeht in

diesem Zusammenhang der folgende Antrag:

2) K-85/94
Konsulent Adolf Konrad;
Verleihung der Ehrenmedaille
der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 5. 9. 1994 wird Herrn Adolf Konrad, Konsulent, gem. § 5 Abs. 1 des Gemeindestatutes für die Stadt Steyr, in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Steyr die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen. Die Verleihung ist im Ehrenbuch der Ehrenmedaille der Stadt Steyr zu vermerken.

In der Begründung ist folgendes geschrieben: Es ist gerechtfertigt und ausreichend begründet, Herrn Konsulent Adolf Konrad als langjährigen Obmann der Kärntner Landsmannschaft in Steyr durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr auszuzeichnen. Adolf Konrad hat durch mehr als drei Jahrzehnte, davon 19 Jahre als Obmann, in der Wahlheimat Steyr Kärntner Brauchtum, Kärntner Kulturgut - vor allem das Kärntner Lied - lebendig zu erhalten versucht und damit auch das jährliche Kulturprogramm unserer Stadt bereichert. Ich würde auch hier bitten, darüber zu debattieren und abzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:

Zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Ich halte nichts von Auszeichnungen und Ehrungen, die an Politiker verliehen werden, weil ich glaube, daß diese sowieso eine Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung haben und zum Teil auch

- wie sich gezeigt hat - mehr als fürstlich dafür belohnt werden. Heute aber soll eine Reihe von Persönlichkeiten aus anderen Kreisen eine Ehrung zuteil werden und ich möchte daher sagen: Ehre, wem Ehre gebührt! Ich bin überzeugt davon, daß für jede der heute angeführten Personen, die eine Ehrenmedaille der Stadt Steyr erhalten sollen, eine Begründung gefunden wird, und ich darf sagen, daß im besonderen Maße diese Begründung auf den zu ehrenden Herrn Adolf Konrad zutrifft. Der Herr Bürgermeister hat ja bereits darauf hingewiesen, daß er seit mehr als drei Jahrzehnten in der Kärntner Landsmannschaft tätig ist und das Kulturgut hier in Oberösterreich weiter verbreitet hat. Was aber mich veranlaßt hat, heute hier meiner Freude darüber Ausdruck zu verleihen, daß Adolf Konrad geehrt werden soll, ist der Umstand, daß er auch als Nicht-Obmann in der Kärntner Landsmannschaft weiterarbeitet, obwohl er, wie wir alle wissen, in keinem besonders guten gesundheitlichen Zustand ist und weiter auch im Interesse unserer Stadt arbeitet, weil er durch seine Aktivitäten und Veranstaltungen den Namen der Stadt Steyr weit über die Grenzen Oberösterreichs und Österreichs hinausgetragen hat. Daher freue ich mich besonders, daß Konsulent Adolf Konrad heute diese Ehrung durch den Gemeinderat zuteil werden soll.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:

Danke. Keine weiteren Wortmeldungen? Dann bitte ich um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Nur ein Wort meine Damen und Herren des Gemeinderates, weil der Kollege Eichhübl gesagt hat, er hält nichts von Ehrungen für Politiker. Das ist vielleicht seine Meinung, aber wenn

man solche Leute hat - jeder in seinen Reihen -, dann ist durchaus auch die Möglichkeit gegeben, daß die hervorragende und herausragende Leistungen vollbringen. Es ist jedenfalls jeder politischen Kraft zu wünschen, daß das so sein möge. Wir wollen doch vielleicht festhalten - und darauf käme es eigentlich schon an -, daß Politiker auch Menschen sind. Sie freuen sich auch darüber, wenn ihnen nach außerordentlichen Leistungen eine gewisse Anerkennung, die ja eigentlich bei uns symbolisch ist, durch die Stadt bzw. die Gemeinde zuteil wird. Das sollten wir bei dieser Gelegenheit nicht vergessen. Den anderen Ausführungen habe ich nichts hinzuzufügen, sie sind zutreffend. Wer den Adi Konrad kennt, mit welcher Akribie und Hartnäckigkeit er seinen Verein, die Kärntner Landsmannschaft hier vertreten hat und uns alle x-mal kontaktiert hat, um hier Hilfe, Unterstützung und Förderung zu erhalten, der weiß, daß er sich das wirklich verdient hat, und ich wünsche es ihm auch von ganzem Herzen.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:

Meine Damen und Herren, wer stimmt für diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme oder stimmt dagegen? Niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Bürger unserer Stadt, der hier eine Ehrung erfahren soll, ist Herr Rudolf Mayrhofer. Pardon, ich habe überblättert. Es handelt sich um Herrn Dir. OSchR. Konsulent Herbert Tagini, der die Ehrenmedaille erhalten soll. Es ergeht folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

- 3) K-86/94
Direktor OSchR. Konsulent
Herbert Tagini; Verleihung der
Ehrenmedaille der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 5. 9. 1994 wird Herrn Dir. OSchR. Konsulent Herbert Tagini, gem. § 5 Abs. 1 des Gemeindestatutes für die Stadt Steyr, in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Steyr die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen. Die Verleihung ist im Ehrenbuch der Ehrenmedaille der Stadt Steyr zu vermerken.

In der Begründung ist folgendes geschrieben: Es ist gerechtfertigt und ausreichend begründet, Herrn Dir. OSchR. Konsulent Herbert Tagini als langjährigem Obmann des Männergesangsvereines Sängerkunst - der übrigens in nächster Zeit oder schon jetzt seine 150-Jahr-Feier begeht -, als Mitarbeiter des Vereines 1000 Jahre, als Organisator des Festzuges 1980, als Organisator von insgesamt 9 Steyrer Stadtfesten und nicht zuletzt als ausgezeichneten Pädagogen durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr auszuzeichnen. Ich würde auch hier bitten, darüber zu debattieren und abzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer stimmt dem Antrag zu? Danke sehr. Keine Stimmenthaltungen, keine Gegenstimmen, der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag auf Verleihung der Ehrenmedaille ergeht für Herrn Rudolf Mayrhofer. Der Antrag lautet:

4) K-91/94

Rudolf Mayrhofer; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 5. 9. 1994 wird Herrn Rudolf Mayrhofer, gem. § 5 Abs. 1 des Gemeindestatutes für die Stadt Steyr, in Würdigung seiner

Verdienste um die Stadt Steyr die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen. Die Verleihung ist im Ehrenbuch der Ehrenmedaille der Stadt Steyr zu vermerken.

In der Begründung ist folgendes geschrieben: Es ist gerechtfertigt und ausreichend begründet, Herrn Rudolf Mayrhofer als Mitbegründer und langjährigen Leiter der Lebenshilfe Oberösterreich in Steyr, Interessensgemeinschaft für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung, durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr auszuzeichnen. Rudolf Mayrhofer hat mit anderen Elternpaaren auf eigenes Risiko, damals noch ohne öffentliche Unterstützung und mit seinem Privatvermögen haftend, die Tagesheimstätte Steyr der Lebenshilfe gegründet. Ich bitte um Debatte und Abstimmung bzw. Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer wünscht das Wort bitte? Niemand. Stimmen Sie dem Antrag zu, dann geben Sie bitte ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen, Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft einen Baukostenzuschuß in Höhe von insgesamt 3 Millionen Schilling für die Errichtung der zweiten Ausbaustufe des FAZAT. Diesbezüglich ergeht folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

5) Bau2-6446/86

Verein FAZAT; Errichtung der zweiten Ausbaustufe des FAZAT; Baukostenzuschuß in Höhe von 3 Millionen Schilling.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des

Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 13. September 1994 wird dem Verein FAZAT zur Errichtung der zweiten Ausbaustufe des FAZAT ein Baukostenzuschuß in Höhe von S 500.000,- als einmalige außerordentliche nicht rückzahlbare Subvention gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 500.000,- werden bei der VAS 5/2890/777000.2 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Dr. Pfeil, Herr Stadtrat Tatzreiter.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! In der Sache selber: Antrag Verein FAZAT, volle Unterstützung. Ich würde aber bitten, daß wir das FAZAT bzw. den Verein FAZAT aus jeder politischen Diskussion heraushalten. Ich finde es nicht gut, daß die feierliche Eröffnung des FAZAT II am 21. September 1994 für parteipolitische Propaganda mißbraucht wurde. Ich finde es einfach schlecht, ganz schlecht! So werden die Politiker wirklich nicht glaubhafter werden, wenn sie öffentliche Einrichtungen derartig mißbrauchen. Ich finde es noch in Ordnung, wenn der sozialistische Nationalrat Kurt Gartlehner dort den Vorsitz als Obmann führt. Das geht noch. Aber ich finde es nicht in Ordnung - man könnte auch in Wahlzeiten hier etwas sensibler vorgehen -, wenn ein Kammerfunktionär, ein Präsident Freyschlag, gleichzeitig als AK-Präsident und als BFI-Obmann wenige Tage vor den Wahlen dort ganz eindeutig Wahlpropaganda macht. Ich finde das einfach unlauter und nicht richtig. Dem sollte man auch von seiten der Politiker und der Stadtverantwortlichen, die ja sehr viel

Geld hier hineingeben, einen Riegel vorschieben. Schönen Dank.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Herren Bürgermeister! Zu der letzten Wortmeldung des Herrn Dr. Pfeil: Ich habe diese Äußerung auch gehört. Ich meine, daß es hier eine Diskrepanz zwischen beiden Positionen, einerseits Landesrat Leitl und andererseits Kammerpräsident Freyschlag, gegeben hat. Die Erregung dürfte ziemlich tief in den Knochen gesessen sein und darum auch seine Aussagen. Zum FAZAT selbst: Ich glaube, daß die verbaute bzw. zu verbauende Fläche von 1.330 m² mit einem Aufwand von 37,1 Millionen Schilling eine sehr sinnvolle Investition ist und ich freue mich auch, daß zur damaligen Sitzung im Gemeinderat am 16. September diese Zuschüsse bzw. der Baukostenzuschuß mit 3 Millionen Schilling als nicht rückzahlbar beschlossen wurde. Es ist sicher eine sehr gut angelegte Investition. Wir haben uns ja bei der schon zu dem einen Diskussionspunkt erwähnten Eröffnung am 21. September selbst davon überzeugen können, welche sinnvolle Investition das war. Nicht nur, daß es gestalterisch schön gelungen ist, sondern es wurde dort sozusagen eine Lücke geschlossen, die eigentlich einer Produktionsstätte nachfolgt. Es ist auch gut, daß sich alle Fraktionen damit identifizieren. Ich meine, daß gerade dieses Bauwerk und ganz im besonderen die Einrichtungen und ihre Bedeutung sowie die Form, die sie dort einnimmt, für Steyr und die Zukunft ganz außerordentlich herausstehen wird. Ich meine dabei, daß dieses Bauwerk, diese Ideenbörse, die dort errichtet wurde, für Steyr und seine Zukunft von ganz besonderer Bedeutung ist. Daher freue ich mich ganz besonders, daß hier alle Fraktionen zu dem stehen und daß es gelungen ist, ein

gemeinsames Werk zu errichten. Im Zusammenhang mit unserer schwierigen, tristen Situation, unserer Arbeitslosigkeit, ist es besonders wichtig, hier für die Zukunft eine Möglichkeit geschaffen zu haben, auch wieder Neues zu errichten. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Payrleithner und dann Herr Stadtrat Schloßgangl.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich war auch bei dieser Eröffnung anwesend und wie diesem Amtsbericht zu entnehmen ist, fließen ja sehr viele Mittel - auch aus der Gemeinde - in dieses Projekt. Es hat ja zu Beginn des FAZAT insgesamt auch kritische Stimmen gegeben und ich glaube, heute sind wir alle sehr froh, daß wir diese Angelegenheit aus dem tagespolitischen und parteipolitischen Streit heraushalten können. Daher habe ich umso weniger Verständnis für Äußerungen, die - um den Kollegen Rohrauer zu zitieren - sinnlos sind, weil ja dort unten vor einem Publikum gesprochen wird, das sich hauptsächlich aus Vertretern und Mandatären sowie politischen Vertretern von Behörden usw. zusammensetzt. Dort bringt eine parteipolitische Propaganda ja gar nichts - wenn es so gemeint war -, darum verstehe ich die Sinnhaftigkeit derartiger Aussagen gar nicht. Vielleicht zum finanziellen Aspekt noch eine Bemerkung: Viele Steyrer - ich erlebe das öfter auch bei uns im Werk bei den Arbeitern - wissen eigentlich nicht so genau, was das FAZAT wirklich ist. Es fließen Millionen und Abermillionen in dieses sinnvolle Projekt. Es wäre vielleicht auch für das FAZAT ganz gut, den Steyrern, die ja immerhin auch mit vielen finanziellen Beiträgen dazuschießen, eine

Information zukommen zu lassen, denn ich glaube, da herrscht schon ein Defizit, Herr Bürgermeister. Auch der sogenannte Durchschnittsbürger oder der kleine Mann auf der Straße soll wissen, worum es sich da unten wirklich handelt und daß es letzten Endes in Zukunft Arbeitsplätze absichern soll. Ich glaube, da herrscht wirklich ein Defizit.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGÄNGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte nur ein paar kurze Anmerkungen zum FAZAT machen. Es wurde angesprochen, es soll entpolitisiert werden. Ich glaube, dieser Schritt wurde gesetzt, es sind alle Fraktionen in führenden Positionen vertreten und es wird auch unpolitisch gearbeitet. Daß der Vorsitzende Abgeordneter Gartlehner ist, ist eine Parteipräferenz, die allerdings von allen zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Was die Ausführungen von Präsident Freyschlag betrifft, so möchte ich hier anmerken, daß sie wirklich vollkommen deplaziert waren und von den dort Anwesenden auch so bewertet und aufgenommen wurden. Ich glaube aber, daß FAZAT mittlerweile - es hat ja eine sehr lange Anlaufphase gebraucht - sehr gute Arbeit leistet, nicht zuletzt die Studie über die Fachhochschule war ausschlaggebend, daß Steyr wieder ins Rennen kam und nunmehr Vollmitglied im OÖ. Fachhochschulbeirat ist. Ich glaube, daß außerdem die Außenstellen der Universitätsinstitute und vor allem Prof. Zeichen und die Ansiedlung der internationalen Produktionstechnologie für Steyr ganz wesentliche Vorteile bringt, Steyr international bekannt macht und für die Großbetriebe in unserer Stadt im Industriebereich ein sehr wertvoller Ratgeber und Forscher ist. Aus diesem Grunde bin ich auch dafür und

wir werden der Subvention von 3 Millionen Schilling zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Keine weiteren Wortmeldungen? Das Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Zunächst möchte ich sagen, daß ich auch darüber froh bin, daß hier eine Übereinstimmung im Gemeinderat besteht, daß dieses Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik aus vielen Gründen eine positive Einrichtung in unserer Stadt ist. Das hat sich zumindest im Gemeinderat durchgesetzt. Es wurde sogar hier angeregt, diese Einrichtung noch stärker der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Ich würde hier den Herrn Hackl bitten, der anwesend ist, auch im Amtsblatt wieder einmal eine Reportage darüber zu machen. Ich glaube zwar, daß das sowieso erst in letzter Zeit geschehen ist, aber wir müssen das noch stärker transportieren. Nicht nur, weil wir viel Geld hineingeben, das tun wir auch beim Kanal oder bei sonstigen Bauvorhaben der Stadt, sondern weil hier wirklich eine perspektivische Leistung vorhanden ist und weil wir glauben, daß wir hier in der wirtschaftlichen Umbruchphase dieser Region sozusagen Selbsthilfe und Selbstheilungskräfte in Gang gesetzt haben. So hat das der Herr Finanzminister Lacina genannt, als er vor kurzem diese Einrichtung besichtigt hat. Ich glaube auch nicht, daß es klug ist, um das FAZAT tagespolitische Außereinandersetzungen zu führen. Das haben wie in Steyr - Gott sei Dank muß ich sagen - hinter uns gebracht. Aber es ist eben so, niemand wird in der Lage sein, in der Schlußphase von Wahlkämpfen denen, die dort vorne stehen, den Mund zu verbieten. Es

war hier eben auch eine tiefe Betroffenheit, die beim Herrn Präsidenten Freyschlag vorhanden war. Ich habe es auch nicht als gut empfunden, das an diesem Platz zu sagen, aber er ist vorher massiv provoziert worden, das sollte - damit man die Dinge ins Lot bringt - auch noch gesagt werden. Es ist nämlich gerade an diesem Tag oder am Vortag ein Flugzettel einer anderen Fraktion aufgelegt worden, deren Vertreter auch dort saßen. In diesem Flugzettel stand, daß jeder, der Freyschlag wählt, auch andere wählt, die wegen irgendwelcher Delikte verurteilt wurden. Damit wurde er von einer anderen Fraktion unter der Gürtellinie geschlagen und er konnte der Versuchung nicht widerstehen, das dort auch zu sagen. So war das nämlich in Wahrheit, damit man das nicht so im Raum stehen läßt. Wenn man schon dort nicht über Tagespolitik reden sollte, dann kann man auch nicht verlangen, daß man sozusagen Kindesweglegung betreibt. Ich will nirgends Vaterschaftsprozesse führen und ich bin auch nicht der Vater, aber es hat eben Zeiten gegeben, wo es schwieriger war, über FAZAT zu reden, hier im Haus und anderswo. Ich freue mich, daß heute viele Verantwortungsträger zur Auffassung gelangt sind, daß es eine gute Sache ist und der Region helfen kann. Wenn man bedenkt, daß diese Einrichtung erst 5 Jahre alt ist und daß hier der Schritt vom FAZAT zum VPTÖ - einer international besetzten Forschungseinrichtung, die dort ihren Sitz hat - heute schon gegangen wurde, wenn wir überlegen, daß dort auch das Forschungszentrum der Steyr-Daimler-Puch AG ihren Sitz hat, wenn wir überlegen, daß wir dort in Wirklichkeit auch den Schritt in Richtung Fachhochschule machen wollen, einem ganz bedeutsamen Vorhaben für unsere Stadt, dann zeigt sich, daß diese Einrichtung klug war und daß wir sie im Rahmen unserer Möglichkeiten

und mit allen Kräften auch in der Zukunft unterstützen sollten. Ich bitte darum auch heute um die Zustimmung zu diesem Baukostenzuschuß im Ausmaß von einer halben Million Schilling.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wenn Sie diesem Antrag Ihre Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Keine Stimmenthaltungen oder Gegenstimmen, der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit dieser von mir schon angesprochenen Fachhochschule Oberösterreich, die Begründung eines Studienganges dieser Fachhochschule hier in unserer Stadt Steyr. Wir wollen Hochschulstadt werden und wir haben hier auch nach einem mühseligen Weg eine bestimmte Position erreicht, die uns die Hoffnung gibt, daß es uns mit vereinten Kräften möglich sein wird, tatsächlich so einen Studiengang in wirklich absehbarer Zeit zu erhalten. Wir sind akzeptiertes Vollmitglied im Trägerverein zur Errichtung der Fachhochschule in Oberösterreich geworden. Wir sind dabei, die technische Konzeption durch ein hochqualifiziertes Spezialistenteam ausarbeiten zu lassen. Wir werden heuer noch dem Österreichischen Fachhochschulrat diese Arbeit zugehen lassen und hoffen, daß wir dort auch diese Prüfung bestehen werden. Heute geht es darum, einen Mitgliedsbeitrag im Ausmaß von S 100.000,-- für den Oberösterreichischen Trägerverein zu beschließen und diesen Betrag freizugeben. Der Antrag lautet:

- 6) Präs-711/91
Fachhochschule Oberösterreich -
Studiengänge Steyr; Beitritt zum

Trägerverein zur Vorbereitung der Errichtung und Erhaltung von Fachhochschulen in Oberösterreich; Bezahlung des Mitgliedsbeitrages für das Jahr 1994.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 13. September 1994 wird dem Beitritt der Stadt Steyr als Vollmitglied zum Trägerverein zur Vorbereitung der Errichtung und Erhaltung von Fachhochschulen in Oberösterreich zugestimmt. Gleichzeitig wird die Auszahlung des Mitgliedsbeitrages für das Jahr 1994 in der Höhe von S 100.000,-- auf das Konto des Trägervereines genehmigt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung von S 100.000,-- von der VSt 1/0610/757000.9 auf die VSt. 1/2890/757100.3 genehmigt.

Ich würde Sie bitten, diesem Antrag hier freudig zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Zu Wort gemeldet Herr Stadtrat Schloßgangl, dann Gemeinderat Philipps.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Am 15. Juni dieses Jahres wurde die Stadt Steyr als Vollmitglied in den Fachhochschulträgerverein Oberösterreich aufgenommen. Am 7. Juli hat der OÖ. Landtag die für den Betrieb der Fachhochschulstudiengänge von 1994 bis 1999 notwendigen Mittel in Höhe von 182 Millionen Schilling beschlossen. Mit diesen Mitteln werden die Ausstattungskosten sowie in der Anlaufphase die überproportionalen Kosten pro Studierendem getragen. Im Zuge der Diskussion im Fachhochschulträgerverein Oberösterreich wurde betont,

daß der Studiengang Produktions- und Managementtechnik in Steyr mit erster Priorität betrieben wird. Sie wissen ja, Wels und Hagenberg haben mittlerweile einen Studiengang bekommen und auch schon in Betrieb genommen. Zur Standortfrage ist zu sagen, daß die Stadt Steyr weitgehend die Kosten für die Errichtung des Fachhochschulgebäudes wird tragen müssen. Auf dem derzeitigen Planungsstand wird dem Standort FAZAT III und IV höchste Priorität eingeräumt. Dies wird zum einen durch die Nähe zu den im Aufbau befindlichen Forschungseinrichtungen und zum anderen mit der städtebaulichen Bedeutung dieses Areals begründet. Allerdings muß die Realisierung des Studienganges im FAZAT auch die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur mit einschließen. Wir werden dort Parkplätze brauchen, wir werden entsprechende Verkehrsregelungen - Einbahnen oder dergleichen - treffen müssen. Aufgrund der hohen Errichtungskosten - laut Schätzung von Architekt Falkner werden sie für die Ausbaustufe III und IV im FAZAT ca. 60 Millionen Schilling betragen - sollten aber auch andere Standorte in die Überlegungen mit einbezogen werden. Besonders für den Fall, daß Steyr in fernerer Zukunft nicht nur einen Fachhochschullehrgang, sondern eine Fachhochschule mit mindestens 2 Studiengängen - die sind Voraussetzung und mehr als tausend Studierende - bekommen sollte, wäre zum Beispiel Schloß Voglsang oder der Neubau auf einer freien Wiese - falls wir so eine haben, wir haben leider sehr wenig Gründe - eine denkbare Variante. Am 24. Oktober 1994 ist jedenfalls der Präsentationstermin des Fachhochschullehrganges Produktions- und Managementtechnik Steyr, wobei das Angebot den Anforderungen des Fachhochschulrates entsprechen muß. Die zusätzlich erforderliche Bedarfs- und Akzeptanzerhebung wird vom

IMAS-Institut als Festbieter zum Preise von S 198.000,- erstellt werden. Um den formalen Anforderungen des Fachhochschulstudiengesetzes nachzukommen, werden wir der Auszahlung des Mitgliedsbeitrages für das Jahr 1994 in Höhe von S 100.000,- zustimmen.

GEMEINDERAT

MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertetes Präsidium. Fachhochschule Standort Steyr - ein Gedanke, der sehr zukunftssträftig klingt und über den bereits sehr viel Positives berichtet wurde. Ich finde es daher überflüssig, noch weiter in diese Richtung vorzustoßen, zumal ja jedem von uns bewußt ist, wie wichtig ein solches Projekt für Steyr ist. Lassen Sie mich jedoch aus der Sicht der HTL einen Punkt aufzeigen: Ich finde, daß diese Fachhochschule für die HTL Steyr keinerlei Konkurrenz darstellt. Sondern ich glaube, daß es sich um eine Ergänzung handeln wird und Hilfestellungen leisten wird bei der Beseitigung der Probleme und bei der Qualitätssicherung. Außerdem ergibt sich ja - und der Name läßt ja schon darauf schließen - hier die Möglichkeit, einen sogenannten „Europaingenieur“ zu installieren. Eines erscheint mir aber sehr wichtig aus Sicht der Schüler: Ich glaube, daß es unumgänglich sein wird, hier eine Anrechnung der Schulzeit durchzubringen, weil ich glaube, daß die HTL - und ich möchte hier auch die HAK einschließen - eine ausgezeichnete Voraussetzung für eine solche Fachhochschule bietet. Daher glaube ich, daß es hier nicht nur eine Voraussetzung sondern auch eine Ergänzung darstellen wird. Um Steyr nun als Fachhochschulstandort zu garantieren, ist es - glaube ich - auch unumgänglich, diese 100.000,- Schilling heute zu beschließen, zumal das Ziel, dritter Standort in

Oberösterreich zu werden, doch so schnell wie möglich vollzogen werden sollte. Im Sinne der Zukunft für unsere Jugend und natürlich auch im Sinne unserer Stadt glaube ich, daß es hier nur eine Zustimmung zu diesem Mitgliedsbeitrag geben kann und ich darf Sie auch ersuchen, diese zu geben. Allerdings mit der kleinen Einschränkung, daß es doch jedem von uns klar sein sollte, daß mit diesen 100.000,- Schilling nicht der letzte finanzielle Schritt getan ist.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Stadtrat Zagler bitte.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Eine Pflichtmeldung als ein am Bildungswesen Interessierter, aber eine Pflichtmeldung, der ich gerne nachkomme, weil die Schritte, die wir in Richtung Fachhochschule setzen, stark auftreten und häufiger und schneller werden. Es ist ja schon geschildert worden, wie schwierig es war, überhaupt die zugeschlagene Türe zu einem Fachhochschulstudien-gang wieder aufzumachen. Die Ereignisse, die dazu geführt haben - unter anderem das 100%-ige Bekenntnis der Steyrer Industrie zu diesem Vorhaben -, einen Fachhochschulstudienlehrgang nach Steyr zu bringen, waren entscheidend. In der letzten Regierungserklärung der Bundesregierung war eine Absichtserklärung, Fachhochschulen in Österreich zu ermöglichen, und es haben einige Standorte davon bereits Gebrauch gemacht. Sie sind etwas vor uns, was uns die Chance gibt, Anfangsfehler zu vermeiden. Für uns als Regionalpolitiker ist von besonderer Bedeutung, daß unsere Söhne und Töchter nicht mehr unbedingt in die Universitätsstädte fahren müssen, um zu studieren und somit die Probleme der Quartierbeschaffung und anderer Dinge

haben, sondern hier eine kostengünstige und sehr leistungsorientierte Ausbildung in Steyr bekommen. Und dafür garantieren auch die Namen und die Personen, die in diesem Projekt drinnen sind, wie Prof. Zeichen und Prof. Stiegler, die hier erste Wahl sind, und eines von vornherein aus der Diskussion hinausbringen, nämlich daß wir eine Universität oder Hochschule zweiter Qualität und Güte sind. Wir haben hier gleichwertiges zu bieten. Es ist in diesem Konzept auch interessant zu wissen, daß die Fachhochschule und so ein Studiengang nicht Endstation oder Sackgasse in der Bildung sind, sondern daß von hier aus auch die einschlägigen Doktoratsstudien durchgeführt werden können. Gerade heute ist in den OÖ. Nachrichten im Extrateil ein Bericht über FAZAT und über diesen Studiengang der Fachhochschule drinnen und auch darüber, daß bereits ein Vorbereitungslehrgang läuft, der die duale Bildung fördert und jene Menschen aufnimmt, die über einen Lehrberuf, über Facharbeiterschaft hier eine Höherqualifizierung anstreben. Es soll - das ist heute auch schon angeklungen - nicht der letzte Studiengang sein, der hoffentlich im Herbst 1995 unter dem Titel Produktions- und Managementtechnik beginnen wird, sondern einer von etlichen. Ich habe hier von dieser Stelle aus schon einmal gesagt: Ich habe es ja wirklich nicht verstanden, daß an einer Pädagogischen Akademie in Linz - nicht nur an einer, sondern an zwei Pädagogischen Akademien in Linz - Schüler und Maturanten aus Steyr und Umgebung zu Lehrern ausgebildet werden und von Lehrern und Professoren dort unterrichtet werden, die ebenfalls aus dieser Gegend stammen und dorthin fahren müssen. Ich würde das sehen als eine Dezentralisierung der Ausbildung auf die Möglichkeit, hier in diesem Rahmen gezielt die Arbeit machen zu können und das auch mit

verschiedenen, durchaus ökonomischen Überlegungen. Eines, was an der Fachhochschule und den Studiengängen noch von Interesse sein wird für uns, ist die Betriebskostenfinanzierung durch den Bund. Vielleicht könnte das auch für Steyr eine Möglichkeit sein, Subventionen dadurch in den Griff zu bekommen, daß der Bund klar definiert, pro Student wird ein bestimmter Betrag zur Verfügung gestellt, der die Normalausbildung nach diesen Standards sichert. Alle Pirouetten und Kunststücke, alles das, was einem einfällt, um noch viel besser zu sein, als das im Normal- bzw. Regelfall zutrifft, da müssen sich die Fachhochschulen ihr Geld auf andere Art und Weise besorgen. Ich glaube, das ist auch eine Sache, die wir in der finanziellen Lage unserer Gemeinde bzw. der Kommunen, der öffentlichen Körperschaften, vielleicht auch da und dort zu Rate ziehen sollten. Das heißt, das normale Soll unserer Gesellschaft ist zu unterstützen, für alles, was darüber hinaus geht, müssen andere Finanzierungsformen gefunden werden, so wie das auch für eine Fachhochschule gelten soll. Der letzte Punkt ist der - und das ist erwähnt worden -, daß es städtebaulich von einer hohen Bedeutung ist, das Hack-Areal weiterzubauen. Das heißt, es werden uns so oder so dort Kosten anfallen. Für diesen Nutzungszweck ist das eben eine Sache, bei der ich bereits weiß, wer der Nutzer ist. Und auch für Steyrdorf gesprochen, das ja eine Entwicklung, eine Dynamik in den letzten Jahren bekommen hat, wo wirklich durch viele Maßnahmen der Gestaltung, aber auch durch solche Projekte wieder besseres Leben in diesen Stadtteil eingehaucht werden kann. Wenn hier - wie im Endausbau geplant - etwa 300 bis 400 Studenten dort diesen Stadtteil beleben, ist das - glaube ich - genau die Richtung, in der wir auch für unsere Stadt die Probleme in die Hand nehmen sollten.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren Kollegen und Kolleginnen des Gemeinderates! Von den Worten von Stadtrat Zagler darf ich gleich das städtebauliche Element aufgreifen. Ich gebe ihm absolut recht, daß natürlich der Ausbau der Fachhochschule bzw. allein deren Gründung und Situierung im Bereich FAZAT sehr wohl einen Anstoß städtebaulicher Art auch für Steyrdorf geben muß, aber es wird natürlich auch einen gewaltigen Anstoß in Richtung Verbesserung der innerstädtischen Infrastruktur geben müssen. Und da komme ich wieder auf das zurück, was ich eingangs meiner Tätigkeit hier in diesem Hohen Hause immer als *ceterum censeo* erwähnt habe, daß es eben einer innerstädtischen, citynahen - aber bitte nahe im Sinne von nächst - Parkgarage bedarf. Und da muß ich Ihnen eines sagen: Wenn wir jetzt hier den Standort FAZAT für die Fachhochschule in die engere Wahl ziehen, dann verschiebt sich citynahe und citynächst immer mehr in Richtung Zwischenbrücken. Das heißt, es geht nicht anders an, als daß wir das Projekt, das zunächst einmal im Bereich Forum, im weiteren Sinn Forum-Werndldenkmal, nebulos noch angesiedelt ist, weiter in Richtung Zwischenbrücken verlegen. Die Konglomeratfelsen, die dort eine feste Struktur geben und bekanntlich aus unseeligen Kriegszeiten durchlöchert sind mit Luftschutzstollen, diese Strukturen sollten wir verbessern und ausnützen und dort eine citynahe Parkgarage errichten, die auch zu dem - und das ist meines Erachtens städtebaulich wirklich ein Glückstreffer gewesen - Museumssteg eine unmittelbare Verbindung bringen. Und so haben wir nämlich die

infrastrukturelle Anbindung des FAZAT mit einer sehr kurzen Fußwegsdistanz zum Individualverkehr und natürlich auch zum öffentlichen Verkehr bzw. dessen Möglichkeiten. Das war das erste. Das zweite ist aber noch etwas: Wenn wir in Steyr - und wenn Sie sich an meinen Beitrag vom 21. Jänner, glaube ich, erinnern - uns wirklich mit Überzeugung und Begeisterung dazu bekennen, nach Möglichkeit Hochschulstadt zu werden, so ist es mit diesem Bekenntnis alleine nicht getan. Hochschulstadt besagt auch, daß diese Stadt ein entsprechendes kulturelles Angebot haben muß. Das heißt, es geht nicht an, daß wir auf der einen Seite Hochschulstadt werden wollen, auf der anderen Seite aber damit leben sollen, daß das Kulturbudget unserer Stadt gekürzt und immer noch weiter reduziert wird. Das ist absolut kontraproduktiv zu dem, was wir wollen. Wir wollen ja schließlich den jungen Leuten eine entsprechende Ausbildung geben, und die Ausbildung besteht, meine Damen und Herren, nicht darin, daß hier kulturlose Akademiker geschaffen werden, die man auch als Fachtrottel bezeichnen kann und muß. Die Leute sollen auch ein möglichst großes Angebot an kulturellen Möglichkeiten haben, um diese hier zu nützen und so, wenn auch im alternativen zweiten Studiengang, eine Art studium generale nachholen zu können.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Kommt keine weitere Wortmeldung?
Das Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, meine Damen und Herren, ich freue mich, daß auch hier dieser Beschluß so einhellig zusammenkommt und daß hier unter unterschiedlicher Betrachtungsweise doch ein absoluter Konsens feststellbar ist. Es ist richtig, daß wir hier gut unterwegs sind, aber

daß uns natürlich noch manches - und zwar keine kleinen Hürden - vom Erfolg trennt. Wobei die Akzeptanz des Fachhochschulrates eine solche Hürde darstellt, aber auch die Finanzierung. Die Finanzierung wird uns ohne Zweifel vor allergrößte Probleme stellen. Wir werden sehr viel Hirnschmalz einsetzen müssen, um hier eine Finanzierung zustande zu bringen. Das ist das eine. Ich freue mich, daß hier durch den Kollegen Philipps gesagt wurde, daß es keine Berührungängste bzw. -probleme gibt mit diesem neuen Schultyp. Das war am Beginn der Diskussion nicht so klar abzusehen. Und zwar nach beiden Richtungen, nämlich in Richtung HTL auf der einen Seite, aber auch in Richtung Universitäten auf der anderen Seite, hat es da doch einiges an Diskussionen in Fachkreisen gegeben, wie wir wissen. Zur Wortmeldung des Kollegen Zagler, Dezentralisierung der Bildung, das ist - glaube ich - ein guter Ansatz. Vor allen Dingen geht es aber darum, daß es - wenn wir diese Hochschulaura in Steyr bekommen - zweifelsohne eine ganz entscheidende Standortqualitätsverbesserung ist, die nicht zu unterschätzen ist, vor allen Dingen auch im Hinblick auf Betriebsansiedlung. Im Hinblick auf die Möglichkeit, dynamische, junge, hochqualifizierte Führungskräfte in diesen Raum zu bekommen, die die Nähe solcher Hochschulen natürlich suchen. Und ich glaube, daß man hier wirklich nicht kleingläubig sein darf, hier müssen wir wirklich alle Anstrengungen unternehmen. Städtebaulich ist es eine Chance, weil wir in Wirklichkeit ja nicht ganz freiwillig Besitzer dieses Areals geworden sind, sondern durch historische Entwicklung und eigentlich ohne Möglichkeit, dem zu entkommen. Was wir dort geerbt haben, ist ja in Wirklichkeit eine Ruinenlandschaft gewesen. Und wir können solche Gebäude - solche zum Teil erhaltenswürdigen und von der

stadtbildpflegerischen und denkmal-schützerischen Seite nicht wegzudenkenden Gebäude - nur dann wirklich revitalisieren, wenn wir neues Leben hineinbringen. Vor allen Dingen ist es notwendig, hier so plausible Projekte zu haben, daß man damit höheren Orts sozusagen, bei den Gebietskörperschaften Land und Bund Gehör findet, ausreichend Begeisterung mitbringen kann und Schubkraft, damit dort auch Mittel fließen. Denn alleine hätten wir - schon gar nicht, wenn wir nicht wissen, was wir drinnen tun - das sicher niemals finanzieren können. Ich darf noch sagen, daß wir bei FAZAT gegenwärtig schon rund 60 Millionen Investitionsaufwand haben. Wir als Stadt haben dazu rund 20 Millionen bezahlt, 40 Millionen sind von Land und Bund gekommen. Das heißt also, die Rechnung ist aufgegangen. Und ich hoffe, daß sie auch in Zukunft aufgeht. Es ein interessanter Aspekt und ich bin auch der Meinung, das kulturelle Angebot müssen wir auch haben, einiges ist hier im Fluß. Es ist eben das Problem, daß wir uns wahrscheinlich nicht alles leisten können. Gleichzeitig die Hochschule und die Hochkultur, das wird unser Budget nicht vertragen. Diese Angst habe ich. Die Wünsche sind hier wieder einmal größer als die Möglichkeiten. Ein interessanter Aspekt ist der von Dr. Schwager gemachte neue Standortvorschlag für eine Citygarage. Es wäre natürlich faszinierend, unter dem Schloß so etwas zu haben, man wird das natürlich auch überlegen und überprüfen müssen. Es ist richtig, daß hier derjenige, der möglichst nahe zu den Zentren so eine Garage situiert, der Stadt den besten Dienst tut. Das ist keine Frage, es ist aber wahrscheinlich nur möglich, hier in Tunnelbauweise zu arbeiten und aus dieser Sicht wird wiederum das Kostenargument eben auch mit einzubeziehen sein. Aber der

Anregung wird man sicher auch nachgehen müssen, denn wenn wir uns für diese Garage festlegen, die ja Priorität hat im Generalverkehrskonzept des Dr. Stickler, dann muß man hier alle Lösungsvarianten wirklich ernsthaft prüfen und dann zu Entscheidungen kommen. Derzeit haben wir eine Studie beauftragt, die Verkehrssituation in dem von Dir genannten Raum Forum - Casino - Werndldenkmal usw. genau zu untersuchen. Wir werden sehen, was diese Studie ergibt. Ich glaube, daß es im Zusammenhang mit der Errichtung und mit dem Betrieb einer solchen citynahen Garage auch zweckmäßig - und natürlich hier vom Zeithorizont, in dem wir so ein wichtiges Projekt errichten können - und bedeutsam sein wird, ob es uns in diesem Fall auch gelingt, privates Kapital zu mobilisieren und hier auch Errichter und Betreiber zu finden, die das für die Stadt machen könnten. Und zwar zu Bedingungen, die auch für den Gemeinderat akzeptabel sind.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Nun zur Abstimmung. Wenn Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben, bitte ein Zeichen mit der Hand. Danke. Stimmenthaltungen, Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Kollegen Erich Sablik, seine Anträge vorzutragen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ah, da ergreift jemand die Flucht. Aber es ist kein Anlaß, die Flucht zu ergreifen, denn dieser Akt hat etwas bahnbrechendes an sich. Große Worte, aber sie stimmen. Wie

Sie wissen, meine Damen und Herren, wurde schon vor Jahren im Umweltausschuß nach langen Diskussionen die Entgasung der Deponien beschlossen und die Verwertung des austretenden Methangases. Es ist in Erinnerung zu rufen, daß aus dem Schüttabschnitt I 600.000 m³ Methan gas pro Jahr entnommen und genützt werden können. Wir sind nun soweit, Ihnen hier in einem weiteren Schüttabschnitt die Verarbeitung dieser Gase vorschlagen zu können. Ich möchte aber vorher berichten, daß wir bei der bestehenden Anlage wirklich - der ganze Gemeinderat, es war ein einstimmiger Beschluß - Bahnbrechendes geleistet haben. Es ist eine der wenigen Pilotanlagen in Österreich, wo in diesem Ausmaß Deponieabgase, die sowieso entfernt werden müßten - meistens durch abfackeln -, zur Wärmegewinnung und Stromerzeugung verwendet werden. Hier liegt ein großer Beitrag sowohl in Sachen Klimaerhaltung als auch in Sachen Energienutzung. Denn die 1,5 Millionen Kilowattstunden Energie, die die Firma Sommerhuber aus der Abwärme der bisherigen Verwertung bezieht, müßten ja von dieser Firma anderen Energieträgern entnommen werden. Auf alle Fälle, sofern die Energie nicht aus der Elektrizität kommt, würden Emissionen auftreten, Abgase und andere Widrigkeiten. Wir sind ja - darf ich berichten - stolz darauf, daß das auch funktioniert, was lange nur ein Versuch war, und daß wir jetzt von Exkursionsteilnehmern überrollt werden. Alle wollen sich das ansehen, ob das Reinhalteverbände sind oder Leute aus der Abfallwirtschaft in Österreich und aus den östlichen Nachbarstaaten, die kommen und sich das ansehen wollen, weil es wirklich eine beispielgebende Innovation ist, die den österreichischen Industriebetrieben sicherlich viele Aufträge und Wertschätzung bringen wird. Noch dazu erhalten wir aufgrund des alten Paktes mit dem Landesrat

Pühringer - sprich dem Land Oberösterreich - 50 % dieser jetzt beantragten Summen vom Land refundiert. Die anderen Hälfte, die wir jetzt bezahlen müssen, arbeitet sich sozusagen von selbst wieder herein, das ist nur eine Frage der Zeit. Ich kann Ihnen - oder irgendein anderer, der halt Umweltreferent ist - hier melden, daß etwas geschaffen wurde, was der Stadt einmal nichts kostet, sondern auch noch Nutzen bringt. Ich bitte Sie nun, aufgrund des Amtsantrages - ich muß den verlesen, denn es geht um Übertragungen und dergleichen mit Nummern - um Ihre Zustimmung. Der Antrag lautet:

- 7) ÖAG-4766/88 Müll
Mülldeponie Entgasungsanlage;
Deponiegassicherung und -
reinigung; Errichtung der
Deponiegasbrunnen samt Regel-
stelle des Schüttabschnittes III
sowie Explosionsschutzmaß-
nahmen bei den Sickerwasser-
brunnen und Sonden.

Der Gemeinderat möge beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des RHV
Steyr und Umgebung im Auftrag der
Stadt Steyr vom 8. 9. 1994 wird der
Vergabe wie folgt zugestimmt:

1. Errichtung des Schüttabschnittes III:
Firma Alpine BaugmbH,
Taufkirchen a. d. Pram
S 872.655,-- excl. USt.
2. Explosionsschutzmaßnahmen:
Firma Illma, Steyr
S 477.500,-- excl. USt.
3. Bauleitung:
ZT GesmbH Dipl.-Ing. Hitzfelder -
Dipl.-Ing. Pillichshammer,
Vöcklabruck
S 72.000,-- excl. USt.

Zum genannten Zweck werden Mittel
in der Höhe von S 1.423.000,-- excl.
USt. bei VASSt. 5/8131/050000.3
bewilligt. Die Deckung der Mittel hat
durch Kreditübertragung in Höhe von
S 1.373.000,-- excl. USt. von VASSt.
5/8131/006000.8 auf VASSt.
5/8131/050000.3 zu erfolgen. Infolge

Dringlichkeit wird der RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals, zu Wort gemeldet Herr Gemeinderat Gollatsch, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

RICHARD GOLLATSCH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Wenn ich das vorliegende Papier des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr richtig durchlese, kann ich den Verantwortlichen nur gratulieren. Sie haben hier meines Erachtens ausgezeichnet geprüft. Der Herr Vizebürgermeister hat es schon gesagt, das ist ein Pilotprojekt, das sicher in ganz Österreich seine Interessenten finden wird. Ich ersuche nur eines: Wenn wir schon so ein großes Werk haben, daß dann verschiedene Ziffern stimmen. Wenn schon Differenzen zu Bestbietern ausgewiesen werden, zB. bei Obergruppe 1. S 872.000,--, die 3. Firma mit S 1.072.000,--, dann sind 9,4 % Differenz zum Bestbieter sicher nicht richtig. Ebenso ist zwischen S 872.000,-- und S 1.038.000,-- eine Differenz von 0,6 % zum Bestbieter nicht richtig. Ich ersuche bitte wirklich um konkrete und korrekte Zahlen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Keine weiteren Wortmeldungen. Schlußwort und Prozentrechnen, Herr Referent!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich bin sprachlos, denn normalerweise ist der Herr Ing. Deutschmann vom Reinhaltverband ein Beamter mit Präzision und Beispielswirkung, wo es so etwas nicht gibt, weil er den RHV so führt, als wäre es sein eigener Betrieb. Allerdings kann das insofern entstanden sein, als - wie Du zuerst gesehen hast - bei der Bieterrei und in der Gesamtanbietung die Reihung anders ausgesehen hat. Aber wenn man dann die Leistungen, die sich durchaus von verschiedenen machen lassen, auseinandergreißelt, dann ergeben sich andere Bietermöglichkeiten aus dem Prinzip: Wer macht es am besten, aber zugleich auch am preiswertesten. Daher kann ich darüber nicht streiten, Du hast sicher recht. Du hast es sicher nachgerechnet, ich aber nicht, das ist ein Fehler von mir. Aber beim nächsten Schüttabschnitt IV werde ich das ganz genau nachrechnen.

**ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
RICHARD GOLLATSCH:**

Ich habe ja auch gesagt, ich gratuliere zu dem!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke, aber ich gebe diese Gratulation weiter. Erstens einmal an Euch zurück, weil Ihr grundsätzlich zugestimmt habt, das zu machen, und zweitens an die Techniker, die sich damit befassen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Antrag 8) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Der nächste Punkt betrifft die Vorlage des Umweltberichtes 1993. Der Antrag lautet:

8) Umw-23/94 Umweltbericht 1993.

Der Gemeinderat möge beschließen: Der seitens der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft erstellte Umweltbericht für das Jahr 1993 wird zur Kenntnis genommen.

BEILAGE

Er ist ja schon länger in Umlauf, weil wir je ein Exemplar an die Mitglieder des Umweltausschusses ausgegeben haben. Er gliedert sich in ein paar große Berichtsgruppen, umfaßt das Jahr 1993 und ist bei Gott nicht vollständig. Denn wie immer bei jedem Bericht könnte man sagen: „Und das möchte ich auch noch entnehmen oder lesen können und das oder jenes...“ Aber wir haben uns bemüht, all das zusammenzufassen, was im Umweltausschuß erstens zur Behandlung gestanden hat und zweitens, was uns täglich bewegt. Nämlich Luft, Wasser, Abfall, Problemstoffe, Deponie und erstmalig Grunddaten. Ohne da viel zu reden, bei der Luft ergeben die Messungen deutliche Verbesserungen. Und wenn wir in Schüben - und da beziehe ich mich nicht auf 1993, sondern auch auf heuer - Luftmengen erhalten, wie zum Beispiel im Juli, wo große Mengen verschiedener Ozonarten über Steyr hinweggeblasen wurden, dann sind die Verursacher der niederen Schichten eindeutig in der Tschechei und im ehemaligen DDR-Bereich zu suchen und zu finden. Das heißt nicht, wir können hier nichts tun! Wir können sehr wohl einwirken bei internationalen Konferenzen - über Städtebund und dergleichen - und denen Kredite gewähren, um bessere Luftfilter zu verwenden oder Betriebe zu schließen. Das wäre eine Möglichkeit. Die andere ist die Eindämmung

des KFZ-Verkehrs. Jeder weiß, daß es heuer im Sommer in Deutschland Feldversuche gegeben hat. Natürlich, wenn weniger gefahren wird, dann stinkt es weniger. Das zeugt von wenig Intelligenz, so etwas zu sagen. Die noch nicht fertig ausgewerteten Untersuchungen zeigen, daß natürlich der KFZ-Verkehr auch mit Kat-Autos und Dieselaautos, die auch Filter eingebaut haben - Rußfilter und dergleichen -, schon Erfolge bringen, aber sie können diesen bodennahen Ozonwert nur ganz wenig verringern. Ich möchte das gar nicht bagatellisieren, weil ja gerade in diesen niederen Höhen die Lungen unserer Kinder sind. Und die sind uns schon so viel wert, daß man darüber nachdenkt. Aber ich muß ja das als Umweltreferent der Stadt Steyr auf unsere Verhältnisse projizieren, und da ergibt sich eben nur die Stärkung des öffentlichen Verkehrs. Auf diesen Zwischenruf des Kollegen Eichhübl hin übernehme ich den aggressiven Ton des Kollegen Zagler und sage Dir sehr eindeutig: Wenn Du in der Meinung, Du mußt FPÖ-Grundsätze - nämlich keine Tarifierhöhungen - hier herinnen vertreten und Du hast dann zu wenig Geld, ist das Dein Problem! Du machst seit vier Jahren keinen Antrag auf Erhöhung und Umgestaltung der Tarife, daß da natürlich auch für moderne Verkehrsmittel in Steyr zu wenig Geld da ist, ist klar.

Mehrere - auf Band unverständliche - Zwischenrufe.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Es spricht normalerweise immer nur einer. Zwischenrufe sind natürlich erlaubt, wenn sie kurz genug sind. Und intelligent sollten sie sein. Am Wort ist Vizebürgermeister Sablik.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich mache ja noch gar keine Schlußdebatte, ich trage ja erst vor. Der nächste Punkt wäre das große Problem des Trinkwassers. Es betrifft den Herrn Stadtrat Eichhübl, aber Du verzeihst mir bitte, daß ich die Berichte Deiner Fachabteilung hier verarbeitet habe, weil ich der Meinung bin, daß ein Umweltbericht auch den Zustand des Trinkwassers in Steyr beleuchten und dokumentieren soll. Die Bemühungen sind uns alle bekannt und hier bin ich mit Dir einer Meinung. Hier bist Du auch nicht gegen alles, was es gibt, sondern hier arbeiten wir eng zusammen. Und ich kann nur meine persönliche Meinung dazu äußern, daß ich sinnlos finde, wenn ich immer weiter weg von den Ballungszentren, immer weiter weg von Steyr, die Hoffnung für gutes Quellwasser suche. Zuerst sind wir in Molln gewesen, jetzt sind wir schon in Hinterstoder. Ich weiß nicht, auf einmal werden wir wahrscheinlich auf der Tauplitz-Alm sein, da gibt es einen Steirersee, den könnten wir anzapfen. Es ist meine ganz persönliche Meinung aufgrund der Beschäftigung mit Umweltsituationen, daß wir unser eigenes Quellwasser reinhalten sollten. Dann haben wir nämlich genug Wasser, denn unsere Quellen sind noch ausbaufähig. Aber bitte, eines muß ich auch sagen, ohne Bundesunterstützung sind wir gegen die Landwirte machtlos, die uns das Grundwasser mit anthrazithaltigen Schädlingsbekämpfungsmitteln, mit Überdüngung der Böden usw. trotz aller gesetzlichen Vorschriften, die es gibt, beschädigen und in Gefahr bringen. Das läßt sich durch Messungen nachweisen. Unsere Kollegen hier im Gemeinderat haben schon vor 20 Jahren beschlossen, den Reinhalteschilling einzuheben, um Düngeabstandszahlungen an die Landwirte im Gebiet Dietach und dort unten vornehmen zu können. Das war

eine weit vorausschauende Maßnahme! Diese Maßnahme hat damals eine Tarifierhöhung bewirkt, wo genau - wie zur heutigen Zeit auch - gestritten worden ist, ob denn das notwendig sei usw. Es war notwendig, man sieht es! Wir sind in der glücklichen Lage und sind in Oberösterreich - glaube ich - in den oberen 10 Prozent, was die Wassergüte unseres Trinkwassers betrifft. Weiters das große Problem hier aufgearbeitet, nämlich die Ablagerungen im Stadtgebiet, die an sich nur unschön sind und sehr oft keine Folgewirkungen zeigen. Aber es ist eben häßlich, und wir sehen es dann in regelmäßigen Abständen in der Steyrer Zeitung - wie in der vorletzten Ausgabe einen Misthaufen im Bischofswald -, wenn es immer wieder Zeitgenossen gibt, die bei Spaziergängen ihren Mist mitnehmen und ihn mitten im Wald wegschmeißen, statt ihn in die Mülltonne zu entsorgen. Ich weiß nicht, was in den Leuten vorgeht, daß die sich die Mühe machen, den Mist dort hinzutragen. Manche schmeißen neben den Containern, die aufgestellt sind, ganz einfach ihren Mist auf den Boden und der Wind bläst alles herum. Wird dann kontrolliert, sind die Container halb voll. Hier muß die Aufklärungsarbeit noch verstärkt werden. Wir arbeiten an mehrsprachigen Merkblättern, die haben wir schon versendet an nicht-österreichische Steyrer Bürger, wir arbeiten daran, jetzt auch noch kleine Fibeln auszugeben. Das ist aber nur ein Teil. Das heißt nicht, daß die Nicht-Österreicher das machen, sondern das ist nur ein Segment unserer Bemühungen. Über die Schulen wieder in das Hirn der Kinder zu kommen, wird auch weiter durchgeführt. Ich danke hier den Vereinen, den Schulen, dem Bundesheer, der Feuerwehr, dem Tauchclub und allen, die mitgeholfen haben, hier in der Stadt zu reinigen. Ob das in der Unterhimmeler Au ist, ob das die Flußbette sind oder andere

Gelände, wir wären mit dem Personal in der Abfallwirtschaft außerstande gewesen, das zu tun. Die Problemstoffe werden bei uns ja bekannterweise in 8 ambulanten, monatlich durchgeführten Sammlungen entsorgt. Eine ständige Abfallstelle haben wir im städt. Wirtschaftshof, es wird durch Umschichtung der Dienststunden ab diesem 1. auch Samstag bis 11.30 Uhr vormittags offen gehalten, um auch den Bastlern und Häuselbauern usw. die Möglichkeit zu geben, Samstag vormittag, wo sie nicht arbeiten, hinkommen zu können. Es ist jeden Tag bis abends geöffnet, also kein kurzer Tag! Wir bemühen uns wirklich, der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, all das abzugeben. Nur wird die Problemstoffsammlung immer wieder als Sperrmüllablagerungstag mißbraucht. Wir haben Stellen, wo 2 x pro Vormittag ein Riesencontainer mit Sperrmüll weggefahren wird, obwohl im Vorjahr 1993 weit über 2000 Einzelabholungen von Haushalten durchgeführt wurden, wo über Anruf innerhalb von 2 Tagen Sperrmüll, den der einzelne vor die Tür stellt, abgeholt wurde. Wir werden uns im Umweltausschuß damit befassen müssen, um diese Situation in den Griff zu bekommen, denn die Problemmüllsammlung, die vom Land Oberösterreich unterstützt wird, ist ja nicht dazu da, daß wir an 10 Stellen 20 Container Sperrmüll entsorgen. Ich danke hier besonders der Feuerwehr, die die Mühe auf sich genommen hat, sich in ihrer Freizeit auszubilden und ebenfalls in ihrer Freizeit gegen eine ganz geringe Entlohnung an die Kameradschaftskasse mitzuarbeiten. Es sind dies 60 Personen, die in regelmäßigen Abständen tätig sind. Wir wären nicht in der Lage, das mit eigenem Personal durchzuführen. Mit der Deponie - je nachdem, wie man es betrachtet, ich habe hier im Umweltbericht ja darauf hingewiesen - werden wir bei jetzigem Müllaufkommen zwischen 7 und 13

Jahre etwa, wenn wir die Deponie noch weiter absichern, das Auslangen finden. Nach der Deponieverordnung des Bundes, die in Kürze veröffentlicht wird bzw. rechtskräftig wird, wird die thermische Entsorgung in ganz Österreich zur Pflicht gemacht und es dürfen nur 5 Prozent des Mülls übrig bleiben. Das bedingt, daß in Oberösterreich mit einem Anfall von 200.000 Abfalltonnen pro Jahr mindestens zwei bis drei thermische Entsorgungsanlagen errichtet werden müssen, die aber eine gewisse Vorlaufzeit bedingen. Außerdem: Nehmen wir einmal an, die Steyrer Bürger würden über die Stadt Steyr oder sonstige Entsorgungsunternehmen ihren Müll nach Wels liefern, müßten wir immer noch 5 Prozent der Stoffe mit zurücknehmen. Die Rücknahmepflicht wird nämlich auch in der Deponieverordnung vorgesehen! Das heißt, auch auf längere Sicht - nicht nur für Abfälle aus dem Reinhaltverband, wo das bereits vergoren ist, 5000 Tonnen Klärschlamm im Jahr, den werden wir nicht verheizen, das ist sinnlos! Es fallen weit über 1500 Tonnen Abkehrsand durch das Kehren in der Stadt an, den können wir auch nicht verheizen, das meiste sind ja feste Stoffe! - , bei 5 Prozent Rücknahme, werden wir uns nach wie vor um eine Deponie umsehen müssen, um in den nächsten Jahrzehnten als Stadt gesichert zu sein. Abgesehen davon, daß es sein kann, daß diese Deponieverordnung nach Hochrechnung der Kosten, die sie verursachen wird, wahrscheinlich wieder neutralisiert wird und in der Schublade verschwindet. Denn ich kann mir nicht vorstellen, daß in ganz Österreich jetzt plötzlich - gegen die Bürgerbewegungen, die sich natürlich bilden werden - diese thermische Entsorgung durchgeführt wird. Es kann sich nicht jeder Bezirk einen Ofen leisten und da frisch fröhlich vor sich

hin heizen, denn die Filterung der Abgase ist das größte Problem und man weiß nie, was in den Ofen hineinkommt. Wenn es nur ein Stoff ist, ist es kein Problem. Wenn aber gemischte Stoffe verbrannt oder vergast werden, dann kommt bis jetzt die Filtertechnik nur in geringem Ausmaß nach. Diese Restemissionen, die der Gesetzgeber derzeit duldet, sind ja Stand der Technik. Und die Technik ist eben noch nicht so weit, 200.000 Tonnen Müll aus Oberösterreich über unsere Köpfe gleichmäßig zu verteilen. Daher rate ich dem Gemeinderat, das Projekt der Deponieerweiterung nicht aufzugeben. Abschließend - auf der letzten Seite, wenn Sie die aufschlagen, letztes Blatt, Seite 65 - habe ich Ihnen Grunddaten geliefert, die vielleicht momentan uninteressant sind, aber Sie können hier für Ihre eigenen Zwecke Dinge nachschlagen, die Sie in der Stadt Steyr nirgends konzentriert finden. Zum Beispiel, daß der Herr Stadtrat Eichhübl über 180 Kilometer Wasserleitung gebietet, daß wir 172 Kilometer Kanalnetz haben, wo der Herr Ing. Schloßgangl dafür sorgt, daß sie nicht einfallen, 68 Stück Brücken muß er auch kontrollieren. Ich höre immer, es gibt angeblich keine Fahrradwege, wir haben 11 Kilometer. Wir haben 20.549 KFZ voriges Jahr gehabt, 28 Autobuslinien, 192 Haltestellen, 2 Bahnhöfe - das wissen wir. Alle diese Dinge, daß wir 18.860 Wohnungen in Steyr ausweisen und daß wir noch 23 Hektar Baugrund haben und 156 Hektar Wasserfläche. Momentan lacht man darüber, wozu brauche ich das? Aber Sie werden es hier und da sogar brauchen. Und ich werde dann einmal als Zuhörer irgendwo sitzen, wo sie irgendeine politische Rede aufgrund dieser Daten schwingen. Ich bitte Sie daher, diesen Umweltbericht zu debattieren und zur Kenntnis zu nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe in der Zwischenzeit den Vorsitz übernommen. Ich bin kurz draußen gewesen, die Luft hier herinnen ist sehr schlecht nach meinem Wiedereintritt. Soll man eine Pause machen? Denn das wird länger dauern, man sollte den Umweltbericht schon ordentlich diskutieren. Sollen wir weiter machen? Gut, die Mehrheit ist für das Weitermachen. Als erster zu Wort gemeldet hat sich Gemeinderat Fürweger.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wenn ich eine Bitte äußern dürfte, Herr Vorsitzender. Der jeweilige Kritiker soll mir dann immer gleich die Seite des Umweltberichtes sagen, wo er das gefunden hat.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wir haben nun wieder den Umweltbericht vor uns liegen. Einen Wunsch gleich zu Anfang: Mit kommt das immer ein bißchen zu spät, Umweltbericht 1993 jetzt im Oktober 1994. Es wäre besser, wenn wir schon im Frühjahr den Umweltbericht hätten, denn es geht ja schon um Sachen, die sehr wichtig sind, gerade in bezug auf die Gesundheit, und da kann man - glaube ich - nicht so lange warten. Voriges Jahr ist der Umweltbericht sehr ausführlich diskutiert worden, er ist ja knapp an einer Zurückstellung vorbeigegangen, und zwar deswegen, weil vor einem Jahr das Trinkwasser kaum oder fast gar nicht behandelt worden ist. Ich muß heuer ein Lob aussprechen, es ist heuer über das Wasser sehr viel drinnen. Aus einem Grund natürlich auch, weil es ja Probleme gegeben hat mit dem Trinkwasser. Meine Frage gleich jetzt zu Beginn an den Herrn Vizebürgermeister: Man hat ja zwei Ziel-

richtungen festgelegt, einerseits die Sanierung und Reinhaltung der öffentlichen Wasserversorgung, andererseits die Feststellung des oder der Verursacher. Es ist eben im Schlußbericht über das Wasser drinnen, daß der Verursacher Ende 1993 noch nicht gefunden war. Meine Frage daher an Sie, Herr Vizebürgermeister: Können Sie uns bitte schon den letzten Stand der Dinge mitteilen? Hat man bis dato schon mehr erfahren? Kennt man schon den Verursacher der Trinkwasserverunreinigung im Steyrer Stadtgebiet? Das zum Wasser. Zum Abfall gleich: Sie haben uns zum Schluß Zahlen präsentiert, die nicht so interessant sind. Ich komme gleich auf die wichtigen Zahlen, die Zahlen bezüglich Sperrmüll und Hausmüll. Interessant finde ich hier schon den Anstieg beim Hausmüll im Steyrer Stadtgebiet, und zwar die Zahlen mit Reinhalteverbandgemeinden. Wir haben 1991 einen Anstieg von 11,2 Tonnen gehabt, 1992 11,6 Tonnen, und jetzt haben wir 14,3 Tonnen mit den Reinhalteverbandgemeinden. Wir haben aber in der Stadt selber weniger, also hier finde ich die Definition nicht. Man hat hier zwar eine Seite vorher die Zahlen diskutiert, aber nicht genau geschrieben, warum wir jetzt eigentlich hier beim Hausmüll einen Anstieg haben. Wahrscheinlich - ich nehme an - ist das Mülltourismus, aber wie gesagt, das sind doch wichtige Zahlen, hier geht es doch gleich um 3 Tonnen mehr Anstieg beim Hausmüll und zwar mit den Reinhalteverbandgemeinden. Beim Sperrmüll ist es so, daß wir ein Minus haben, vorher 1,9 Tonnen, jetzt 1,6 Tonnen. Aber mit den Reinhalteverbandgemeinden sind wir parigewesen, die haben 1992 2,528 und jetzt 2,578. Also hier ist der Sperrmüll gleichgeblieben mit den Reinhalteverbandgemeinden, in der Stadt ist es besser geworden. Zum Sperrmüll allgemein: Es ist im Vorjahr schon

drinnen gestanden, daß diese Telefonanmeldung sehr gut ist. Man muß halt schon dazu sagen, es gibt leider auch Bürger, die nicht anrufen. Und was passiert dann? Dann passiert das, daß halt dieser Sperrmüll tagelang, wenn nicht sogar wochenlang in den Wohnvierteln auf der Wiese und den Parkanlagen herumliegt und sich dann nämlich irgendjemand anderer dazu berufen fühlt, jemanden zu verständigen. Ich glaube, wir sollten die Leute noch nachdringlicher aufklären, daß wirklich diejenigen, die den Sperrmüll hinlegen, anrufen. Denn - sie haben es auch schon erwähnt - es kommt der Wind dazu, es wird von manchen auch ein bisschenl darin herumgestöbert, es wird aufgeteilt usw. und das schaut nicht gut aus. Auf der einen Seite haben wir eine gute Entsorgung, die Leute entsorgen brav ihre Gläser und ihre Papiersachen, aber beim Sperrmüll haben wir auf einmal 10 Meter neben der Entsorgunginsel einen Riesenhaufen mit Sperrmüll liegen. Das ist - glaube ich - sicher noch verbesserungsbedürftig. Zum Punkt Luft: Das sind Sie mir ein bisschenl was schuldig, Herr Vizebürgermeister. Voriges Jahr habe ich die Daten der Luftmessung auf dem Posthofberg urgiert, und zwar die mobilen Daten. Sie haben - das habe ich im Protokoll nachgelesen - zu mir gesagt: „Wenn Sie wollen, daß diese Dinge ganz drinnen sind, dann können Sie sie nächstes Jahr haben, es ist keine Kunst, das hineinzukopieren“, und zwar die mobilen Luftmessdaten am Posthofberg. Ich glaube, daß es auch wichtig ist, zu wissen, wie stark wirklich die Luftbelastung innerhalb der Stadt ist. Das ist jetzt - bei den Brückensperrungen - besonders aktuell. Ich glaube, jetzt wird es noch viel ärger werden. Das ist eine selbstgemachte Luftverunreinigung, das hat also mit der Tschechei nichts zu tun! Das zur Luft, zum Lärm ist auch heute schon ein bisschenl was gefallen. Gott sei Dank kommt es jetzt zu diesen

Lärmschutzmaßnahmen - auch wieder am Posthofberg -, hier ist es zwar eine Bundessache, aber es kommt sicher auch auf uns wieder etwas zu, und zwar bezüglich der Gestaltung. Hier sind - glaube ich - schon alle aufgerufen, eine angenehme Lösung zu finden, nicht daß das dann fürchterlich aussieht! Daß es puncto Umwelt nicht das Letzte ist, wissen wir. Vor 2 Wochen erst sind die Bürger in Linz auf die Autobahn gegangen, trotz dieser Lärmschutzwände auf der Stadtautobahn in Linz. Also, alles wird es auch nicht sein. Im großen und ganzen aber muß ich sagen, ist der Umweltbericht in Ordnung, bis auf die paar Einwände. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke sehr. Also nächster auf der Rednerliste ist Herr Stadtrat Eichhübl, in Vorbereitung Frau Gemeinderat Scheucher.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nachdem in diesem Umweltbericht für das Jahr 1993, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, im besonderen auch auf das Trinkwasser und vor allen Dingen auch auf den bedauerlichen Unfall mit Perchloräthylen eingegangen worden ist, möchte ich mich als zuständiger Referent der Stadtwerke und auch als Obmann des Wasserverbandes der Region Steyr zu Wort melden und einige Anmerkungen dazu machen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Sie werden sich sicherlich noch daran erinnern können, daß ich Ihnen vor geraumer Zeit berichtet habe, daß im Mai 1993 in einem Hausbrunnen tatsächlich - wie in diesem Bericht auch angeführt wurde - Perchloräthylen entdeckt wurde. Es war also Gefahr in Verzug. Vor allen Dingen deshalb, weil es ja nicht nur den einzelnen Hausanschluß betroffen hat, der natürlich dann sofort

gesperrt und an das öffentliche Wasserleitungsnetz der Stadtwerke Steyr angeschlossen wurde, sondern weil es vor allen Dingen darum gegangen ist, eine weitere Verunreinigung unseres Brunnenfeldes zu verhindern und damit Gefahr von der Bevölkerung abzuwenden, die ja unabsehbare Folgen nach sich ziehen hätte können! Aufgrund dieser Tatsache war es notwendig, rasch zu handeln und es ist rasch gehandelt worden. Es wurden alle notwendigen Maßnahmen ergriffen, um diese Gefahr von der Bevölkerung abzuwenden. Man hat nicht nach den Kosten gefragt, man hat vorerst auch nicht den Verursacher gesucht, sondern man hat in erster Linie im Auge gehabt, die Bevölkerung vor weiteren Schäden zu schützen. Und ich darf daher von dieser Stelle nochmals - ich habe es bereits gemacht - allen dafür Verantwortlichen danken, daß hier rasch eingeschritten wurde. Ob das im Bereich der Stadtwerke war, ob das im Bereich des Umweltamtes war, oder ob das die Herren von der Oberösterreichischen Landesregierung waren, es ist hier vorbildlich vorgegangen worden. Und nun, meine Damen und Herren - und das ist der eigentliche Grund meiner Wortmeldung -, darf ich Ihnen den letzten Stand der Dinge mitteilen, weil ja dieser Bericht - wie vorhin von meinem Vorredner angeführt wurde - aus dem Jahre 1993 stammt. Es ist nach wie vor so, daß zwei Sperrbrunnen in Betrieb sind, die auch diese Verunreinigungen herausfiltern und verhindern, daß größere Mengen in den Grundwasserstrom unseres Brunnenfeldes kommen. Es ist also heute noch notwendig, diese zwei Sperrbrunnen in Betrieb zu halten und es ist damit zu rechnen - so behaupten Experten -, daß bis Ende des Jahres 1995 diese Vorsorgemaßnahmen zu tätigen sind. Nun darf ich aber doch auch die Kosten ansprechen. Es sind bisher für die Reinhaltung unseres

Trinkwassers aufgrund dieses bedauerlichen Unfalles 16 Millionen Schilling aufzuwenden gewesen, wobei die Kostenteilung folgendermaßen vor sich gegangen ist: 9,5 Millionen Schilling wurden von der Stadt zur Verfügung gestellt, 6,5 Millionen Schilling wurden von den Stadtwerken aufgebracht. Es ist an sich so, daß es gesetzliche Bestimmungen gibt - auch wenn der Verursacher nicht gefunden wird -, daß für solche Katastrophenfälle der Bund - nämlich das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft - die Kosten übernimmt, weil das ja - wie Sie sehen - in Millionenhöhe geht und in vielen Fällen von den Kommunen nicht zu tragen ist. Wir haben leider nur eine vage Kostenübernahmezusage von diesem Bundesministerium. Es ist zu hoffen, daß wir zumindest die finanzielle Seite in diese Richtung hin abdecken können. Was den Verursacher betrifft ist der Stand der Dinge, daß es bis heute nicht möglich war - trotz intensivster Bemühungen durch Probebohrungen und was eben dazu notwendig ist -, den Verursacher zu finden. Es ist nicht gelungen. Wir stehen heute genauso vor der Tatsache wie vor etwa einem Jahr, als ich damals berichtet habe, daß man den Verursacher nicht gefunden hat. Meine Damen und Herren, nachdem ja bereits die anderen Bereiche angesprochen wurden, möchte ich meinen Beitrag abschließen und nochmals darauf hinweisen, daß dieser Unfall nicht nur Kosten verursacht hat, sondern vor allen Dingen auch eine eminente Gefahr für das Trinkwasser, eine eminente gesundheitliche Gefahr für die Bevölkerung unserer Stadt dargestellt hat. Wir können nur alle miteinander froh sein, daß daraus nicht eine wirkliche Katastrophe entstanden ist. Mir geht es gar nicht darum, jetzt aus irgendwelchen Rachegeleüsten heraus den Verursacher zu finden. Aber ich glaube, es ist dringendst notwendig,

den Verursacher deshalb zu finden, weil die Gefahr besteht, daß irgendwo noch derartige Dinge - es handelt sich ja um Fässer, wo diese Flüssigkeit drinnen ist - vergraben sind und ein weiterer Unfall in dieser Richtung nicht von der Hand zu weisen ist. Daher ist es notwendig, den Verursacher zu finden und auch dann - sofern es möglich ist - zur Kassa zu bitten. Meine Damen und Herren, das war mein Beitrag zu diesem Umweltbericht und ich darf jetzt noch sagen, daß wir von unserer Fraktion diesen Umweltbericht so zur Kenntnis nehmen werden.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke Herr Stadtrat Eichhübl. Als nächste zu Wort gemeldet Frau Gemeinderat Scheucher.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren, wir von der GAL-Fraktion werden den Umweltbericht 1993 zur Kenntnis nehmen. Ich bin fast versucht zu sagen: „No na net!“ Wir haben ihn vorgelegt bekommen, wir haben ihn gelesen, damit nehmen wir ihn zur Kenntnis. Es gibt aber dazu von unserer Seite schon einige Bemerkungen zu machen: Es ist unserer Meinung nach dieser Umweltbericht für das Amt eine sehr große Mehrarbeit. Eine Mehrarbeit, die sich für die Bevölkerung von Steyr eigentlich kaum zeigt. Für die Bevölkerung in Steyr ist dieser Umweltbericht erstens sehr schwer zugänglich und zweitens nicht mehr aktuell, nicht interessant, weil im Oktober 1994 etwas berichtet wird, was im Jahr 1993 vor sich gegangen ist. Es ist statistisch interessant, das ist für uns im Gemeinderat vielleicht von Bedeutung, aber für die Bevölkerung selber hat es sehr wenig Aktualität. Ich nehme jetzt nur ein Beispiel, das auch der Herr Vizebürgermeister angesprochen hat,

die Ozonbelastung als ein Thema, das immer dann aufs Tapet kommen sollte, wenn es auch aktuell ist. Und was bringt es jemandem zu wissen, daß im Jahr 1993 46 Tage waren, bei denen der Vorsorgegrenzwert vom Ozon überschritten wurde. Noch dazu wenn man vergleicht, daß heuer - nach den Meßstellen des Amtes der OÖ. Landesregierung - allein im Juli 26 Tage waren, an denen es Ozonvorwarn-Grenzwertüberschreitungen gegeben hat und daß wir im heurigen Sommer sehr viele Tage hatten, an denen man dem Grenzwert gefährlich nahe gekommen ist. Sie haben selber gesagt, Grenzwerte sind immer Richtwerte, die von irgendjemandem vorgegeben wurden. Ich glaube, die persönliche Empfindlichkeit, wann man Ozon spürt oder nicht, ist auch sehr verschieden. Daß die Pflanzen im Vorjahr und auch im heurigen Jahr sehr stark reagiert haben auf die Ozonbelastung, das - glaube ich - werden mir alle Vertreter der ländlichen Bevölkerung bestätigen können, da es Ernteaufschläge aufgrund der Ozonbelastung gegeben hat. Die HNO-Ärzte und die Augenärzte wissen von vermehrten Zuströmen zu ihren Praxen aufgrund der Ozonbelastung zu berichten. Diese Dinge müßten einfach aktuell behandelt werden. Hier wären unserer Meinung nach regelmäßige aktuelle Meßdatenveröffentlichungen einfach der bessere Weg, als dieser Umweltbericht, der einmal im Jahr als - ich glaube auch im Interesse des Amtes zu sprechen - eher ungeliebte Pflichtübung abgegeben wird. Ich kann mir vorstellen, das wäre für die Bevölkerung von größerer Bedeutung. Außerdem „bestraft“ man unserer Ansicht nach - gerade was die Ozonproblematik betrifft - das Opfer, nicht den Täter. Denn ich habe heuer unzählige Male im Radio gehört, der Grenzwert sei in Gefahr, Kinder und kranke Personen sollten den Aufenthalt im Freien meiden, es werde

dringend abgeraten vom Arbeiten um die Mittagszeit im Freien. Ich frage Sie, welcher Landwirt kommt sich da nicht verhöhnt vor? Der muß um die Zeit draußen arbeiten! Und auch viele Arbeiter auf Baustellen haben keine Wahl, sich das auszusuchen. Es sind dann anschließend Appelle an die Kraftfahrer gekommen, ihre Fahrzeuge freiwillig stehen zu lassen, oder nur dringend notwendige Fahrten zu unternehmen. Es ist an die Industrie appelliert worden, freiwillig zu drosseln. Wobei ich gehört habe, die Industrie hat das sogar gemacht, von den Kraftfahrern ist eher weniger zu bemerken gewesen. Sie haben den Heidelberger Versuch angesprochen, Herr Vizebürgermeister, Temporeduktionen, und zwar radikale Temporeduktionen und

**ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:**
Frau Kollegin Scheucher, im Smog-Gebiet gibt es kein Ozon!

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:
Ja natürlich, das ist ja ganz klar! Weil kein Sauerstoff da ist, mit dem sich Ozon bilden könnte. Das ist keine Frage, an der Autobahn werden Sie z. B. kaum Ozon haben, in Smog-Gebieten werden Sie kein Ozon haben, das wird Ihnen jeder Chemiker bestätigen, Herr Gemeinderat Mundorff.

**STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**
Das hat er ja gesagt. Er weiß es!

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:
Natürlich, das ist keine Frage. Aber darum geht es gar nicht. Es geht auch um den ländlichen Raum und dort sind ja die Bauern, die zu Mittag arbeiten müssen. Also, so ist das nicht! Die Versuche, mit Temporeduktionen und Beschränkungen der Fahrten die Vorläufersubstanzen des Ozon, nämlich den CO₂-Ausstoß zu

verringern, die bringen sehr wohl etwas! Und wenn es nur eine Reduktion um einige Prozent ist, es bringt etwas. Ich will auf die Ozonproblematik gar nicht mehr näher eingehen, das wird sowieso ständig und immer wieder diskutiert. Solange man sich nicht zu einer radikalen, auch unangenehmen Einschränkung des Individualverkehrs entschließen kann, ist es müßig, darüber zu reden. Im Umweltbericht weiter: Ich habe den Wetterbericht des Jahres 1993 als sehr amüsant empfunden, aber eher als einen Pausenfüller. Einigermaßen interessant wären für mich Vergleichsdaten über Jahre hinweg. Das ist sehr schwer möglich, denn unsere Umweltberichte - so habe ich das zumindest herausgelesen - setzen jedes Jahr einen anderen Schwerpunkt. Und damit wird eine langdauernde, über Jahre dauernde Vergleichsmöglichkeit ein bißchen schwierig. Ich gehe jetzt zum Trinkwasser: Der Bericht des Jahres 1993 war ja sehr ausführlich aufgrund dieser Kontaminierung des Steyrer Trinkwassers mit Perchloräthylen. Sie haben schon gesagt, daß es sehr wesentlich wäre - und da gebe ich dem Herrn Stadtrat Eichhübl recht -, den Verursacher schnellstens zu finden, weil noch weitere Gefährdung vorliegen könnte. Entdeckt wurde diese Kontaminierung bei einer regelmäßigen Trinkwasseruntersuchung der Steyrer Brunnen. Ich glaube, es war am 3. 5. 1993, wenn Sie die Daten brauchen. Was ich vermisse bei dieser regelmäßigen Untersuchung, das wäre, daß alle Meßdaten, alle Ergebnisse der Brunnenuntersuchungen auch im Umweltbericht aufscheinen. Und zwar so, wie sie bei jeder Wasseruntersuchung gemacht werden, ob das jetzt Nitrat ist, ob das Kohlebakterien und ähnliches sind. Und das mit dem Zusatz, daß auch auf Pestizide untersucht wird und daß auch die Verunreinigung des Trinkwassers mit

Pestiziden, in welcher Form, in welcher Größenordnung - ich denke jetzt an das Atrazin oder die seit dem Verbot ähnlichen Stoffe -, einfach aufscheinen im Umweltbericht. Ich glaube, es wäre ganz wesentlich, daß man sich auch darüber ein Bild machen könnte. Ich habe mich sehr gefreut, den Gesinnungswandel des Herrn Vizebürgermeisters mitzuerleben. Ich finde es ausgesprochen positiv, in die Richtung zu gehen, das eigene Wasser reinzuhalten und nicht in die Ferne zu schweifen. Denn ich kann mich noch gut an Diskussionen erinnern, die wir in meinem Anfangsjahr gehabt haben, wo der Herr Vizebürgermeister ganz begeistert war von der Idee, vielleicht aus Molln Trinkwasser bekommen zu können, oder vielleicht aus Klaus. Diese Ideen haben ihn - glaube ich - sehr fasziniert. Ich bin sehr froh, daß er sich jetzt hier in die Richtung bekannt hat, daß er sagt, es wäre viel wichtiger zu schauen, unser eigenes Trinkwasser sauber zu halten, hier Einfluß zu nehmen und nicht von irgendwo anders Trinkwasser über weite Strecken herbeizuführen. Wir haben gutes Wasser, wir brauchen nur noch schauen, daß es auch reingehalten wird. In dem Zusammenhang eine Frage, Herr Vizebürgermeister: Gibt es für den Brunnen Tinsting bereits ein Brunnenschutzgebiet? Das war ja vor zwei Jahren noch nicht so klar, da gab es keines. Beziehungsweise: Wie wird kontrolliert, ob diese Brunnenschutzgebiete auch vor illegalen Müllablagerungen sicher sind? Mir ist in den letzten Tage - ich konnte es nicht mehr überprüfen, ich gebe es einfach so weiter - zu Ohren gekommen, daß z. B. an der Hausleitner Straße wieder einmal eine große illegale Deponie entstanden ist, und zwar in Richtung ehemalige Mülldeponie, auf der Seite, ich glaube, das ist ja sehr nahe.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Einen Brunnenschrott hat jemand hinuntergekippt, einen halben LKW. Wir haben ihn schon erwischt.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Das ist bereits geklärt - sehr gut. Wie sicher ist es, daß diese Dinge kontrolliert werden? Wie sehr werden die Landwirte in den Gebieten kontrolliert, wie weit etwas im Brunnenschutzgebiet hineinkommt? Eine weitere Problematik, mit der wir immer konfrontiert werden, die zieht sich jetzt schon vom Jahr 1993 und hat sich heuer noch verstärkt, das ist die Reinhaltung der Steyr. Es wird von vielen Leuten diese Schaumbildung - gelblich-weißlicher Schaum - verstärkt bemerkt, der mehr wird. Wir sind im Frühjahr deswegen angerufen worden, und wir sind heuer verstärkt deswegen kontaktiert worden. Es ist keine Woche vergangen, in der wir nicht Dutzende Anrufe bekommen haben: „Was ist das? Warum tut Ihr nichts dagegen? Was ist denn überhaupt los, warum ist die Steyr so dreckig?“ Ich habe bis jetzt noch keine befriedigende Antwort auf diese Frage bekommen. Es heißt immer nur, das sei das heiße Wetter, da bilde sich eben dieser Schaum. Das alleine - glaube ich - kann es nicht sein. Das dritte Thema war Abfall, da möchte ich gar nicht so viel sagen. Es ist sehr viel geredet worden darüber. Die Verpackungsverordnung wurde ja auch der Stadt Steyr verordnet. Daß diese Verpackungsverordnung die Mülllast den Konsumenten aufwälzt, da kann weder das Umweltamt in Steyr etwas dafür noch der Herr Vizebürgermeister noch sonst jemand, das ist eben so. Die sinkenden Hausmüllzahlen sind erfreulich, sie zeigen für mich vor allem eines: Die Richtigkeit unserer Entscheidung, mengenbezogene Müllgebühren zu installieren. Zum zweiten zeigen sie für mich die Bereitschaft der

Bevölkerung, immer noch zu sammeln, zu trennen, den getrennten Müll auch getrennt zu entsorgen. Aber zu einer Verringerung des Müllaufkommens insgesamt ist es nicht gekommen. Ich glaube, daß auch von oben herab Vermeidung immer noch peinlichst vermieden wird. Es geht immer nur um Sammeln und Trennen, um Deponieren oder Verbrennen, aber das Wort Müllvermeidung scheint immer noch sehr schwer umzusetzen zu sein. Zum Punkt 6) des Umweltberichtes, das war die Überschrift *Umweltausschüsse und Umweltbeirat* ziemlich am Ende des Berichtes, es tut mir leid, ich habe die Seite nicht herausgeschrieben. Da war zweimal auf der Tagesordnung des Umweltausschusses das Thema Klimabündnis. Und zwar am 2. März, da hatte ich den Eindruck, als ich das Thema damals in den Umweltausschuß brachte, daß der Umweltausschuß dieser Problematik durchaus positiv gegenübergestanden ist. Es wurde dann vertagt, am 29. November war es wieder auf der Tagesordnung, und da wurde der Beitritt zum Klimabündnis abgelehnt mit der Begründung, die auch im Bericht drinnen steht: Projekte statt Beitritt. Die Projekte haben sich dann in einem Vortrag des Herrn Indrich von Greenpeace über die Klimavisionen erschöpft, in denen er ein sehr düsteres Bild der Klimakatastrophe zeigt. Das Klimabündnis ist eine Verbindung von Gemeinden, Ländern und Staaten mit Ländern der Dritten Welt, um zu einer Reduktion des CO₂-Eintrages in die Atmosphäre zu kommen. Etwas ganz wesentliches, um den Klimakollaps und die Klimakatastrophe zu verhindern. Es geht hier um ein Setzen von gemeinsamen Maßnahmen, es geht um eine Ideenbörse, es geht um Umsetzungs- und Planungshilfen, um den CO₂-Eintrag um 50 Prozent zu verringern. Das war ja auch der Plan der Konferenz in Rio. Daß das nicht gelingt, entnimmt man

den letzten Radiomeldungen darüber, daß diese Werte schon hinaufgesetzt werden, weil es offenbar in den meisten Staaten nicht funktioniert.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:
25 Prozent, Frau Kollegin!

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:
Bis wann? Bis 2005! Und bis zum Jahr 2010 50 Prozent! Es wird nicht gelingen. Es war die Absicht, ja. Absichtserklärungen tun nicht weh. Der Beitrag zum Klimabündnis wurde seitens der Stadt Steyr abgelehnt mit der Begründung - und hier habe ich den Originalton von Herrn Vizebürgermeister Sablik noch im Ohr: Wir sind schon bei so vielen Vereinen, wo wir Mitgliedsbeitrag zahlen, wir brauchen nicht noch einen weiteren. Und dabei hätte - so wie Sie auch im vorhergehenden Akt gehört haben - gerade die Stadt Steyr allen Grund, auf Aktivitäten in dieser Hinsicht stolz zu sein. Ich glaube, die Beamten in Steyr haben weit über ihre eigentlichen Aufgaben hinaus Hirnschmalz eingesetzt, haben Ideen gehabt und alles darangesetzt, auch mit dem Umweltamt diese Ideen umzusetzen. Diese Deponiegasverwertung zum Beispiel wäre etwas, das im Klimabündnis der Stadt Steyr nur zur Ehre gereichen würde. Warum man den Beitritt zu einem derartig wichtigen Bündnis ablehnt, ist mir einfach unerklärlich. Ich gebe einfach die Hoffnung nicht auf, daß es hier doch noch einen Sinneswandel geben wird und wir vielleicht im kommenden Jahr doch noch den Beitritt zum Klimabündnis schaffen, wie so viele andere europäische Städte auch, wie so viele österreichische Städte, vielleicht schaffen wir es auch in Steyr. Ich würde Sie sehr um Ihre Unterstützung auch in dieser Richtung bitten. Ich danke Ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke schön. Als nächster zu Wort Herr Gemeinderat Payrleithner. Er darf mindestens ebenso lang reden wie die Vorrednerin.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:

Keine Angst, ich werde sicher nicht so lange sprechen. Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Umweltbericht 1993, im Oktober 1994 dürfen wir ihn zur Kenntnis nehmen. Einige wesentliche Dinge vermisste ich trotzdem, Herr Vizebürgermeister. Eines davon hat die Frau Kollegin Scheucher etwas gestreift. Ein Thema, das nach wie vor aktuell ist und im Umweltbericht 1992 bereits hier anlässlich der Diskussion angerissen wurde, und zwar die Schaumbildung auf unseren schönen Flüssen in der Stadt. Ich darf vielleicht zur Ergänzung erwähnen, Frau Kollegin, wir waren tatsächlich die einzigen, die nicht nur „Blabla“ gemacht haben, sondern auch etwas unternommen haben. Unsere Fraktion hat bzw. ich habe Gewässerproben vom Amt der OÖ. Landesregierung, Abteilung Gewässerschutz entnehmen lassen. Es war aber nichts drinnen, wo man zumindest sagen hätte können, es sei irgendetwas Giftiges. Aber eines wäre schon wirklich interessant, Herr Vizebürgermeister! 1993 - vor einem Jahr - anlässlich der Diskussion dieses Berichts haben Sie über diese Schaumbildung - über die wir ja schon seit Jahren diskutieren und die immer wieder für Unmut sorgt und heuer wahrscheinlich auch aufgrund des extrem warmen Sommers für große Aufregung und dementsprechenden Niederschlag auch in den Medien gesorgt hat - laut Protokoll gesagt: „Es ist uns ein Malheur passiert.“ Bitte, wenn das 1993 schon ein Malheur war, was war denn dann diese extreme Schaumbildung heuer auf der

Steyr? Es hat sich eigentlich überhaupt nichts geändert. Sie haben damals diese Firma - ich will sie jetzt namentlich gar nicht erwähnen - an der Steyr als Verursacher nicht nur vermutet, sondern auch tatsächlich genannt. Es wäre jetzt wirklich einmal interessant, ob das nach wie vor die Verursacher sind. Da müßte ja endlich auch einmal etwas geschehen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke schön für den Bericht. Als nächstes Herr Gemeinderat Huber bitte.

GEMEINDERAT

ENGELBERT HUBER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Gestatten Sie mir auch ein paar Sätze zum Umweltbericht 1993. Ich werde mich nicht mit einzelnen Ziffern beschäftigen. Ich glaube aber, daß er wiederum besser und umfangreicher geworden ist. Ich darf hier von dieser Stelle aus auch den Dank an die Ersteller richten und an jene, die sich damit beschäftigt haben. Wir dürfen aber nicht glauben, daß wir hier jetzt etwas tun dürfen oder tun sollen. Es muß Aufgabe aller sein, die Umwelt zu schützen, um unsere Umwelt wieder einigermaßen in Ordnung zu bringen. Eine Interessensvertretung der Eigenheimbesitzer ist ja bereits wieder bei der Landesregierung vorstellig geworden. Und zwar, um Förderungen für Bodenproben zu erhalten, wie wir ja seinerzeit für Häcksler oder für Komposter Förderungen bekommen haben. Wir wissen alle, daß die Böden auch bei den Eigenheimbesitzern eine Überdüngung haben, leider ist es bedingt durch die Verpackung, durch die größeren Mengen und dann die kleine Fläche zur Verwendung. Es wäre aber auch wünschenswert, wenn sich hier bei diesen Förderungen auch die Gemeinde beteiligen würde. Und

mit einem Spruch möchte ich meine Wortmeldung beenden: Wir haben diese Erde nicht geerbt von unseren Vätern, sondern nur geborgt bekommen. Und das Geborgte wieder einigermaßen in Ordnung weiterzugeben, wird Aufgabe unserer Gesellschaft sein.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Als nächstes werde ich mich selbst zu Wort melden.

Herr Vizebürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Einleitend möchte ich meiner Freude Ausdruck geben, daß die Grünen doch wieder zu ihrem ursprünglichen Metier zurückgefunden haben. Herr Stadtrat Schloßgangl, ich habe mich erkundigt beim Präsidialdirektor, der hat nachgesehen. Es geht, es ist so vorgesehen. Der Vorsitzende kann sich jederzeit zu Wort melden - ich habe mich sogar in die Liste eingetragen -, nur unter dem Tagesordnungspunkt Berichte kann er nicht. Ich möchte also ausdrücken, daß ich froh bin, daß sich die Grünen wieder mit ihrem ureigenen Metier beschäftigen und Aussagen treffen, damit sie wenigstens hier etwas reden. Es wäre schön, wenn sie in den diversen Ausschüssen, wo sie auch hineingewählt sind, auch immer anwesend wären und dort auch etwas sagen würden. Es ist nur äußerst interessant - und ich möchte aus diesem Anlaß ein Zitat aus der Steyrer Zeitung vorlesen -, womit sich unsere Grünen heute beschäftigen. Nicht mehr mit Umweltaussagen, sondern Herr Gemeinderat Kurt Apfelthaler sagt: „Wir möchten in Zukunft verstärkt die Öffentlichkeit über die Gefahren der Freiheitlichen Politik informieren. Es gibt in den Ausschüssen“ und jetzt sind wir dort „kaum Widerspruch zum Hintertreppenfascismus der Steyrer FP.“ Also bitte Herr Gemeinderat Apfelthaler, das müssen Sie mir erklären. Das werden Sie mir erklären

müssen! Vielleicht vor anderen Gremien. Das kann ich sicherlich so nicht hinnehmen als Fraktionsobmann der FPÖ. Ich würde Sie wirklich im Sinne einer guten Zusammenarbeit ersuchen, so etwas zu unterlassen, sich auf Ihre Themen zu beschränken und nicht nur die unterste Schublade zu verwenden. Zum Umweltbericht: Ich bin sehr froh, daß der Umweltbericht da ist. Das Trinkwasser hat zwei Drittel des Inhaltes vorweggenommen, ich möchte aber schon noch einige Anmerkungen machen. Wir Freiheitlichen haben im Frühjahr dieses Jahres einen Antrag eingebracht, im Bereich Stadtgutareal - Stadtgutteich einen Auftrag an eine Umweltschutzorganisation zu geben. Es ist zu prüfen, welche Grün- und Grundflächen absolute Priorität haben und wo ansonsten nichts gebaut oder gepflanzt werden darf. Dieser Gemeinderat hier hat das mehrheitlich abgelehnt, mit dem Hinweis, diese 200.000 - 300.000 Schilling wären zu viel. Jetzt sind einige sensible Grundstücksflächen an Bauern verpachtet worden, die natürlich keinerlei Auflagen haben und sich auch nicht gekümmert haben, was sie dort anbauen. Jetzt bauen sie dort, weil es den besten Ertrag bringt, vermehrt und überwiegend Mais an. Wir wissen, Mais hat einen extrem hohen Düngerbedarf. Wie sich das dort in der Nähe eines Trinkwasserschongebietes auswirkt, kann man sich leicht ausrechnen. Das ist sicherlich der Sache nicht dienlich! Auch hier wäre, Herr Vizebürgermeister Sablik, Handlungsbedarf gewesen und ist es noch. Wir haben den Rapsanbau in der Schottergrube Niedergleink auch schon einmal gehabt, ich weiß nicht, ob er dort abgestellt worden ist. Desgleichen sind in diesem wunderschönen Stadtgutareal vermehrte Mistablagerungen vorhanden, nicht nur im Bereich der Hauptstrecken. Ich lade Sie alle hier im Gemeinderat einmal ein, wie ich es schon vor einem

Jahr beim Ankauf des Stadtgutareals vorgeschlagen habe: Machen wir doch einmal eine gemeinsame Besichtigung. Der Herr Bürgermeister hat versprochen, das zu organisieren, daß wir gemeinsam dieses Areal einmal begutachten. Es ist leider bis heute nicht zustande gekommen. Dort wird einem wirklich das Augenlicht geöffnet. Einige Punkte, die auch in letzter Zeit - besonders in der Vorwahlzeit - in der Diskussion waren, kann man nicht so einfach als Umweltgemeinde stehen lassen kann. Es ist hier von einem Nationalrat, von so einem „Drüberflieger“ vorge-schlagen worden, daß wir endlich eine Autobahn oder autobahnähnliche Straße zwischen Haag, Steyr und Sattledt bauen sollen, damit die armen Autofahrer von der Westautobahn eine Abkürzung bzw. eine Ausweiche haben. Das kann es ja bitteschön nicht sein! Auch als Verkehrsreferent bin ich vehement dagegen, daß wir hier ein Durchzugsgebiet werden. Wir haben schon genug eigengemachten und fremden Verkehr und Verkehrs-emissionen. Hier sollte man wirklich den Anfängen wahren, obwohl eine verkehrsmäßige Anbindung an den Wirtschaftsraum Oberösterreich dringend notwendig ist, aber nicht eine Tangentenautobahn im Bereich Westautobahn. Das ist es, was wir nicht wollen! Zur Wortmeldung von Frau Gemeinderat Scheucher noch: Sie hat gesagt, beim Ozon sind im Sommer Verlautbarungen über Rundfunk gemacht worden, daß Arbeiten im Freien in der Sonne tagsüber verboten sind. Absolut nicht! Es wurde lediglich gewarnt - und man muß der Wahrheit die Ehre geben -, daß gefährdete Personen schwere Arbeiten im Freien vermeiden sollen - Vorwarnstufe! Man soll hier nicht unnötig dramatisieren. Die Situation ist ernst, man soll es beachten, aber hier nicht unnötig eine Dramatik oder eine Verunsicherung in dieses Gebilde hineinbringen. Schlußendlich möchte ich auch noch

auf ein Thema zu sprechen kommen, das uns in den letzten zwei Jahren sehr stark beschäftigt hat. Ich habe auch leider im Umweltbericht nichts davon gefunden. Es wäre aber schon wert gewesen, hier Erwähnung zu finden. Es handelt sich um unsere wunderschönen Kastanienbäume. Wir haben seit dem Jahr 1990, 1991 und besonders im heißen Sommer 1992 einen extremen Verfall der schönen Kastanienallee in Steyr gehabt. Als Verursacher wurde bald eine sogenannte Miniermotte festgestellt und in neuen wissenschaftlichen Untersuchungen auch ein Pilzbefall, der gemeinsam mit dieser Motte den Verfall der Bäume ausmacht. Als Bekämpfungsmaßnahme ist vom zuständigen Referenten Ende September 1994 ein Aufruf in den öffentlichen Tageszeitungen ergangen, daß das Laub dieser befallenen Bäume eingesammelt und abgeliefert werden soll, aber diesem schönen Aufruf ist nichts gefolgt. Wo die Stadt selber verantwortlich ist - bei den wunderschönen Kastanienalleen auf der Promenade, in der Leopold Werndl-Straße -, sind noch nicht einmal die Wiese bzw. die Gehsteige gekehrt worden, um diese Blätter zu entfernen. Ich ersuche hier wirklich dringend Sorge zu tragen, daß diese Blätter auch entfernt werden! Es ist derzeit die einzige Möglichkeit - wie hier in den wissenschaftlichen Werten steht -, wie man dem Kastaniensterben Einhalt gebieten kann. Ansonsten wird es wahrscheinlich unter Umständen in Zukunft keine Kastanien mehr geben. Es ist erstaunlich, daß nur die sogenannten Roßkastanien befallen werden, von denen wir in Steyr ja Gott sei Dank noch genug haben. Aber auch in Wien in der Prater Hauptallee, wo ausschließlich Roßkastanien stehen, wird täglich das Laub weggeräumt von den Wiener Stadtwerken. Täglich weggeräumt und vernichtet! Hier ist - glaube ich - dringender Handlungsbedarf gegeben.

Es wäre ja wirklich fast makaber, wenn wir mit der Begründung, wir haben auf der Promenade diese wunderschönen Kastanienbäume, keine Garage errichten, obwohl es der geeignetste Platz wäre. Dann entschließen wir uns für einen anderen Platz und dann sterben uns die Kastanienbäume. Also, das kann durchaus sein! Darum ersuche ich wirklich höflich aber dringend, diesem Kastaniensterben Einhalt zu gebieten, soweit es derzeit möglich ist. Ich bin nun am Ende meiner Ausführungen. Ich bitte, mich wieder niedersetzen zu dürfen und gebe als Vorsitzender an Gemeinderat Mundorff das Wort. Ist noch jemand zu Wort gemeldet? Herr Gemeinderat Apfelthaler.

GEMEINDERAT

DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde Ihre Geduld nicht zu sehr auf die Folter spannen und auf solche Themen, wie sie von Frau Kollegin Scheucher angesprochen wurden - Ozon, CO2 und so weiter -, wo es durchaus kontroversielle Diskussionen gibt und unterschiedliche Einschätzung der Gefährlichkeit, hier nicht eingehen. Das hat primär mit diesem Umweltbericht nichts zu tun. Ich möchte aber doch, nachdem das angesprochen wurde, daß die Daten viel besser aufbereitet, aktualisiert und viel schneller zur Verfügung sein sollten, die Anregung geben: Nachdem die GAL ja sehr nahe Beziehungen zu diversen, sehr kommerziell arbeitenden Umweltorganisationen hat, könnten diese vielleicht statt Multimedia-Schaus und einseitiger Information der Schüler besser solche Arbeiten übernehmen, um damit der Umwelt zu dienen. Einseitig deswegen, weil Greenpeace als kommerzielles Unternehmen ganz eindeutig auch Parteienstellung hat. Aber im Gegensatz zu diversen GALigen Äußerungen möchte ich auch einen konstruktiven Vorschlag

machen. Herr Vizebürgermeister Sablik, ich gebe Ihnen vollkommen recht: Fernprojekte für Wasserleitungen - es geht um das Trinkwasser - sind sicherlich teuer. Man sollte zuerst schauen, neben der Frischhaltung des verfügbaren Wassers, daß man auch eine ressourcenschonende Verwendung anstrebt, denn nur ein Teil des tatsächlich verbrauchten Wassers wird ja bekanntlicherweise als Trinkwasser benötigt. Eine dezentrale Wasserbeschaffung - ich denke da an die Regenwasserauffangbehälter usw. - wäre sicherlich ein guter Ansatz. Es sollte von allen Parteien das Nötige getan werden, um eine Förderung derartiger Maßnahmen im dezentralen Bereich - sprich bei den Häusern - zu erreichen, um damit diese Art der Trinkwasserschonung attraktiver zu machen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke schön, als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Apfelthaler. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

KURT APFELHALER:

Werte Herren Bürgermeister, sehr geehrter Gemeinderat! Daß man jetzt schon Umweltthemen heranzieht, um Parteipolitik zu machen, ist nicht in meinem Sinne, das hat der Herr Pfeil angefangen. Aber nachdem er angefangen hat, möchte ich auch etwas dazu sagen. Ein kluger Mann hat einmal gesagt: Wer in die Politik geht, der soll die Menschen lieben - alle und nicht ein paar und das vorbehaltlos - und soll aus positivem Antrieb heraus etwas für die Leute tun. Warum ist es zu dieser Aussendung seitens der Steyrer Zeitung gekommen? Es gibt noch einige unter uns herinnen, die haben 1938 - 1945 miterlebt, wissen, wie das damalige Regime agiert hat und wissen, daß Menschenverachtung einer der Punkte

war, an dem sie letztendlich selbst gescheitert sind. Wenn wir uns betrachten, wie manchmal hier in den diversen Ausschüssen agiert wird, könnte man ohne weiteres behaupten, daß man Parallelen in Einschüchterung und Parallelen in Menschenverachtung findet. Parallelen, die vielleicht gar nicht so an die Oberfläche dringen, weil man sie in ein Bonmot kleidet, weil man alles ein bisserl nett formuliert, weil man sich ein bisserl über eine Sache lächerlich macht. Aber im Prinzip, wenn man genau darüber nachdenkt, wenn man das seziert, was der- oder diejenige sagt, ist man eigentlich entsetzt und fragt sich: „Wie kommt der Mensch dazu?“ und „Haben wir das nicht schon einmal irgendwann einmal selbst gehört? Irgendwann aus der Geschichte, ob wir das nicht schon selbst gehört haben?“ Es gibt eine Reihe von Wortmeldungen speziell in Ihrer Partei, Herr Dr. Pfeil, die sehr wohl - auch mit Einbeziehung der Toleranz, die auch sehr wichtig ist, wenn man in der Politik arbeitet - darauf schließen lassen könnten, daß der Mensch alles andere als menschenliebend ist, daß er in gewissen Punkten Menschenverachtung pflegt, auch wenn er sie in nette Worte kleidet. Das reicht unter Umständen von Wortmeldungen wie: „Die da Wohnungen suchen, sind ja nur zu faul, in ihrer Wohnung die Tapete zu wechseln“, bis in jüngste Vergangenheit, wo Sie speziell als Kulturreferent versuchen, Ihnen mißliebigen Vereinen alle Knüppel in den Weg zu werfen, die Sie finden. Sprich: Wenn einer mißliebiger ist, dann versucht man ihm erst einmal mit der Gesetzeskeule zu drohen, wenn das nichts hilft, versucht man es anders, um ihn in irgendeiner Weise zu bremsen. Das gipfelt in dem Punkt, wo ein Mitglied Ihrer Partei in einem Ausschuß, bei dem Sie auch drinnen sind, nur zu diesem Zeitpunkt waren Sie nicht da, auch in Form eines

Bonmots erklärt hat, daß man den Jugendlichen, die sich Jazzmusik oder moderne Musik anhören, DDT auf das Haupt streuen soll, damit ihre Läuse verschwinden. Dazu gibt es kaum etwas zu sagen. Dazu gibt es nur das eine noch zu sagen, daß zwischen Schädlingsbekämpfung und Volksschädlingsbekämpfung kaum mehr als ein kleiner Schritt ist. Ich würde Sie wirklich bitten, Herr Dr. Pfeil, zu sorgen, daß in diesem sogenannten Hohen Haus - das mag unter Umständen ein leicht abgegriffener Begriff sein, aber wenn wir Demokraten bleiben wollen, sollten wir die Würde dieses Hauses auch respektieren - in Ihrer Fraktion solche Ausdrücke nicht mehr fallen. Danke.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Herr Kollege, nachdem das sehr schwerwiegende Vorwürfe sind, würde ich schon bitten zu konkretisieren, wer das gesagt haben soll.

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte als Vorsitzender zwei Worte dazu sagen, weil ich in einem Punkt persönlich angesprochen worden bin. Der Herr Gemeinderat Apfelthaler hat zur Umwelt nichts gesagt, er hat mir einen Kulturvorwurf gemacht, den ich nicht auf mir sitzenlassen kann, weil hier alle konkreten Beispiele einfach fehlen. Mir ist kein Verein bekannt, dem ich Prügel in den Weg gelegt hätte. Wenn Sie das Kraftwerk meinen, dann werden Sie sich vielleicht erinnern können, daß ich es war, der sich stark gemacht hat, daß sie die laufende Subvention für Veranstaltungen à 5000,- Schilling bekommen haben. Das zur Erinnerung. Am Anfang war das gegen den Willen vom Herrn Finanzreferenten, aber wir haben es dann gemeinsam beschlossen. Ansonsten gab es keine Diskussion über andere Vereine. Ich finde es

einfach schade, daß das mißbraucht wird. Falls Sie sich darauf beschränken, Ihre Aussagen rein gegen eine Partei zu münzen, dann verstehe ich Ihr erstes Wort nicht: Wir lieben die Menschen. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Tilman Schwager, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich zunächst natürlich auch zum Umweltbericht etwas sagen. Es ist nur zu befürchten - nachdem langsam aber sicher offenbar die geistige Umwelt hier etwas ins Trübe kommt -, daß wir vom Thema abgleiten. Es ist auch zu befürchten, daß ich hier den einen oder anderen Satz auch noch dazusagen werde müssen. Aber zum Grundthema: Erstens freue ich mich über den vorliegenden Umweltbericht, ich habe auch durchaus Verständnis dafür, daß eine Arbeit wie diese ihre Zeit braucht. Natürlich ist es für die Interessierten sehr wohl von Wesentlichkeit, daß man einen derartigen Bericht sehr schnell bekommt. Aber es ist eine sehr wertvolle Arbeit und das Wichtigste ist - und darauf hat der Herr Vizebürgermeister Sablik sehr wohl hingewiesen -, daß man sich jetzt einmal die Mühe gemacht hat, hier Grunddaten zu erfassen, die dann eine Fortführung der Datenaufzeichnungen und vergleichende Aufzeichnungen erlauben. Mir ist nur aufgefallen, daß wir doch auch hier in unserer Stadt unter einer zunehmenden Staubbelastung zu leiden haben. Dazu kann man auch wieder sagen: Im kleinen liegt oft der Hund, und zwar bei den Grabungen zum Beispiel. Die Koordination von Künettengrabungen im Bereich Steyr Stadt ist oft deswegen nicht möglich, weil sich die Herrschaften vom Zwillingsturm mit z. B. der Post nicht koordinieren können, wobei ich diesen Vorwurf nicht einseitig erhebe, das muß ich schon

dazusagen. Die Post in ihrer maßlosen Güte - und dieses Wort Güte im Sinne von 1848 verstanden wissen zu wollen - hat auch kein Verständnis dafür, daß man Koordinationsmaßnahmen treffen könnte. So kommt es eben vor, daß ein- und dieselbe Straßenstrecke innerhalb von drei Wochen zweimal aufgegraben wird, einmal für die Post, dann heißt es zunächst für Wasser und Gas. Wir haben auch diesen einen Amtsbericht vor nicht allzulanger Zeit für den Stadtsenat vorbereitet und zu besprechen gehabt. Und dann wird gegraben für Wasser und Gas. Die Häuser rundherum hatten bereits alle ihr Wasserprovisorium angeschlossen, die Grabungsfirma - keine Steyrer Firma, muß man zur Ehrenrettung unserer heimischen Firmen sagen -, irgendwo herbeigeht, beginnt zu graben. Plötzlich kommt einer vom Wasserwerk und sagt: „Ich trage das Wasserprovisorium wieder ab, denn es wird nur 80 cm tief gegraben.“ Das heißt, das Wasser, wo es damals im Amtsbericht geheißsen hat, wir haben undichte Stellen im Bereiche dort und dort, das vergißt man dann einfach, um dann wahrscheinlich wiederum einmal aufzugraben. Ich glaube, da könnte man natürlich sehr wohl etwas zu koordinieren versuchen, denn jede Grabung bedingt Schmutz, jede Grabung bedingt insofern auch eine Umweltbelastung. Daß hier der KFZ-Verkehr meines Erachtens in nur minimaler Form umweltbelastend ist, das geht aus diesem Bericht auch hervor, aber - wie gesagt - da gibt es Gescheitere, die darüber reden können. Ich bin kein Chemiker, sondern ich muß mich auch auf das verlassen, was man eben da herum liest. Und jetzt noch einmal zu den Worten des Gemeinderates Apfelfthaler: Es scheint es zu lieben, sich mit Mitgliedern unserer Fraktion anzulegen, so auch mit mir. Er hat zwar zuerst ein Parteimitglied genannt, das war offenbar nicht ich, aber es könnte schon sein. Ich habe seinerzeit da

einen Artikel der Steyrer Zeitung vom 30. Juni - jetzt ist er weg, aha, das habe ich mir gedacht - 1994 unter dem Motto sein lassen, daß es gewisse heimische Bäume gibt, die es nicht stört, wenn sich gewissen Individuen daran scheuern.

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke schön. Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung. Ich glaube, die sollten wir noch machen, dann sollten wir abstimmen und zur Pause kommen. Ist das so in Ordnung? Danke. Ich würde den Herrn Stadtrat Eichhübl bitten, beim Umweltbericht zu bleiben, damit wir dann - wenn keine Wortmeldung mehr vorliegt - zum Schlußwort und zur Abstimmung kommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, leeres Haus, werte noch übrig gebliebenen Gemeindemandatare! Es ist wirklich erstaunlich, wie ernst manche ihr Pflichtbewußtsein nehmen! Damit lasse ich es schon bewenden. Die Beurteilung obliegt sicherlich, wie sich Gemeindemandatare verhalten. Wir haben vorher gerade über intelligente Zwischenrufe gesprochen und da ist abgestimmt worden, Kollege Zagler, daß Du in Zukunft keinen Zwischenruf mehr machen darfst. Aber Spaß beiseite. Ich darf mich zu diesem vorliegenden Umweltbericht nochmals äußern, und zwar deshalb, weil die Wortmeldung von Vizebürgermeister Dr. Pfeil mich veranlaßt hat, mich nochmals zu Wort zu melden und mein Erinnerungsvermögen wachzurufen. Bei mir geht es noch, Kollege Zagler! Daher darf ich zu einem bestimmten Teil kommen, nämlich dem Bericht über das Trinkwasser. Herr Direktor Lengauer, ich gebe Ihnen zu Ihrem Zwischenruf über Kultur und Bildung vollkommen recht. Ich würde Sie aber bitten herauszukommen - weil Sie es da hinten so schlecht hören - und sich das einmal anzuhören, was von den

vorderen Reihen von sich gegeben wird. Ich gebe Ihnen vollkommen recht, daher auch meine Reaktion. Aber ich komme nun zum Umweltbericht: Ich habe im Protokoll des Gemeinderates vom Vorjahr nachgelesen und festgestellt, daß die Forderung nach Beinhaltung des Teilbereiches Trinkwasser ja nicht von ungefähr kommt, weil es von vielen Gemeindefunktionären - unter anderem auch von mir - gefordert wurde. Allerdings war die Situation dort - was meine Wortmeldung betroffen hat - etwas anders, und das möchte ich heute klarstellen. Herr Vizebürgermeister Sablik hat damals gemeint, daß ich dafür Sorge zu tragen hätte, daß auch die Schottergrube Niedermayr, die sich im Grundwassergebiet befindet, aus Sicherheitsgründen aufgefüllt werden sollte. Und da wollte ich Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, über eine Neuerung bzw. neue Situation informieren. Diese Schottergrube Niedermayr befindet sich im Besitz der Stadt, und die Stadt hat damals die Auflagen des Landes Oberösterreich konkret und korrekt erfüllt, was den Schutz des Grundwassers betrifft. Der Wunsch - damals war er ja bereits vorhanden -, diese Schottergrube aufzufüllen, wurde vom Land abgelehnt wegen der Gefahr, daß dort Stoffe gelagert werden, die dann auf das Grundwasser einen schädlichen Einfluß haben. Nunmehr ist aber die Situation so, daß eine Möglichkeit besteht, teilweise dieses Areal aufzufüllen, um eine Pufferzone gegenüber der Straße zu schaffen. Denn jetzt ist es ja ein Abhang, der direkt in den Bereich der Schottergrube hineingeht, und es besteht tatsächlich Gefahr, daß das Grundwasser durch ein verunfalltes Fahrzeug in irgendeiner Form beeinträchtigt und gefährdet wird. Daher habe ich mich nochmals zu Wort gemeldet und darf Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, bitten, daß Sie die Stadt und

mich als Referenten dabei unterstützen. Denn irgendwie fühle ich mich schon auch mit verantwortlich, obwohl die Stadt Grundeigentümer ist, daß man dort Schutzmaßnahmen einbaut. Es wird von der Kostenseite her keine große Belastung werden. Es ist allerdings notwendig, dafür Sorge zu tragen, daß genauestens kontrolliert wird, welche Materialien dort zur Ablagerung kommen. Ich bin schon am Ende meiner zweiten Wortmeldung. Ich darf Sie also - wie gesagt - in diesem Sinne um Unterstützung bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke schön. Ich habe nun keine Wortmeldung mehr vorliegen, ich bitte um das Schlußwort des Referenten.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Es wird kein sehr kurzes Schlußwort werden, Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, weil die Anfragen doch mehr waren, als ich gemeint habe. Die Frau Gemeinderat Scheucher und der Herr Gemeinderat Fürweger haben natürlich recht, daß die Vorlage des Umweltberichtes sehr spät erfolgt. Sehr spät unter Anführungszeichen, denn ich darf für die anderen, die nicht im Umweltausschuß tätig sind, erwähnen, daß die neuesten Messungen immer in den jeweiligen Umweltausschüssen vorgelegt werden. Sie bilden also kein Geheimnis, sondern stehen ja denen, die sich aufgrund ihrer Tätigkeit in diesem Ausschuß speziell dafür interessieren, zur Verfügung. Das ist ja nur eine Auflistung, um einmal nachblättern zu können, wie es voriges Jahr war. Ich werde mich bemühen, daß Sie den nächsten im Frühjahr bekommen, aber diese damals akuten Messungen des Landes, die rücken die gar nicht heraus. Es ist gar nicht so leicht, die von denen zu bekommen. Die Verursacher der Wasserverschmutzung finden wir derzeit nicht, wahrscheinlich

liegen sie im Altlastenbereich. Ich nehme an in den alten Deponien der ehemaligen Steyr-Daimler-Puch AG, denn die haben damals Industrieabfälle in den uns bekannten Gegenden gelagert. Zur Anfrage, warum in der Stadt die Hausmüllmengen gefallen sind und am Land gestiegen, kann man nur sagen, daß der Wohlstand in den Landgemeinden auch gestiegen ist. Außerdem wurden gewisse Dinge, die damals die Abfallinseln, die mittlerweile geschaffen wurden, nicht aufgenommen haben, einfach nach Steyr gekarrt. Logischerweise, es ist der billigste Weg. Es gibt eine Menge von gesetzlichen Verordnungen, die verhindern, daß das wieder geschieht. Aber wenn Sie hinuntergehen auf die Mülldeponie und schauen, dann sehen Sie nach wie vor reihenweise Flaschen und Büchsen, alles, was nicht dorthin gehört, speziell von den Landgemeinden. Wir bemühen uns, mit dem Abfallverband Steyr-Land - der ja zuständig ist - immer wieder darauf einzuwirken, daß sie ihre Tonnagemenge schonen. Denn in dreieinhalb Jahren, wenn dieser Vertrag aus ist, müssen wir entweder die Deponie sperren für die Mengen, die von Steyr-Land kommen, oder mit ihnen einen neuen Vertrag abschließen. Die haben nämlich bis heute die Grundbedingung des Vertrages nicht erfüllt, wo drinnensteht, daß sie sich selbst einen Deponiestandort suchen, ausbauen und übernahmefähig halten müssen. Wir haben nämlich das Recht, diese Tonnage, die sie hereinbringen, minus Grünschnittkompostierung hinauszubringen. Ich möchte wissen, wie die in dreieinhalb Jahren gegen Bürgerbewegungen eine Deponie im Enns- oder Steyrtal machen wollen. Das wird ihnen nicht gelingen, das prophezeie ich hier und jetzt. Wir werden dann hier wieder zusammensitzen und darüber diskutieren, ob wir uns solidarisch zeigen sollen. Es wird dann ja heißen. Denn sonst kommt es - wie der Bürgermeister meint - ja als

Flußfracht zum Teil wieder herunter. Wir sehen es ja, wie es nach einem Hochwasser entlang der Hecken und Sträucher aussieht, die sich im Hochwasserbereich befinden. Zur mobilen Luftmessung: Der Herr Moser von der Aktionsgemeinschaft Tabor-knoten - Blümelhuberberg hat sich bedankt, daß die Luftmeßergebnisse so schnell vorgelegen sind, im Umweltausschuß wurden sie ja zur Verfügung gestellt. Ich sehe hier kein Versäumnis, denn wenn wir die ganzen Einzelmessungen hier hereingeben, dann passiert das, was Sie auch mit anderen Kollegen mit recht kritisiert haben, daß es ein Nachschlagwerk aus Kopien wird. Das wollen wir nicht. Die liegen an einem Ort und sind jederzeit von jedem Gemeinderatskollegen oder interessierten Bürger einzusehen. Die brauchen nur hinunterzugehen und etwas zu sagen. Aber ich prophezeie Ihnen eines - nicht weil Sie dumm sind, Herr Kollege, das möchte ich damit überhaupt nicht sagen, auch ich befasse mich sehr oft damit -, dieser Bericht ist fast nicht lesbar. Ein richtiger Wasseruntersuchungsbericht ist nämlich sehr dick, das kann man gar nicht alles in den Umweltbericht hineinkopieren. Es wäre keine Kunst, hier um zwanzig Seiten mehr zu machen. Es kostet auch fast nichts. Aber es ist sinnlos, diese ganzen kleinen chemischen Bestandteile, die in so einem Untersuchungsbericht aufscheinen! Wichtig ist für uns der Nitratwert! Die anderen Dinge sind für Fachleute - wie die Direktoren oder Chemiker der Stadtwerke - interessant, und ich vertraue denen, daß sie das richtig lesen können. Bitte befreien Sie uns von der Auflage, daß wir nächstes Jahr im Umweltbericht zwanzig Seiten ganz genaue Meßberichte bringen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
GÜNTER FÜRWEGER:
Zusammenfassungen!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Zusammenfassend ist ja sowieso drinnen, daß es in diesen und jenen Dingen hapert oder nicht. Dann zur Frau Kollegin Scheucher: Meine Auffassungsänderung, die Sie festgestellt haben, ehrt Sie, aber auch mich, denn warum soll ich in meinem Alter nicht auch gescheiter werden. Ich befaße mich eben sehr eingehend mit diesen Dingen und schaue, daß ich die Literatur, die es gibt, in mich hineinschlinge. Man wird in manchen Dingen eben gescheiter und das ist bei mir auch eingetreten. Ich habe sehr viele Nüsse und Kürbiskerne und solche Sachen gegessen. Sie reden ja vom Ozon 1994, das haben Sie hier eingeworfen, obwohl es mit dem nichts zu tun hat. Aber ich rede gerne mit Ihnen darüber. Ich war im Juli dieses Jahres, als die Ozonwerte so hoch waren, geschäftsführender Bürgermeister. Wir haben uns sehr eingehend mit den Fachbeamten und auch mit den Beamten des Landes unterhalten. Ich bin hinübergefahren und habe mit ihnen intensiv geredet. Was sollen wir tun, sollen wir die im Gesetz vorgesehenen Maßnahmen losstreifen oder nicht? Ich habe aus dem Fenster gesehen, am Stadtplatz fast kein Auto, am Ennskai kein Auto, durch Steyr konnte man fahren wie um vier Uhr früh. Also hat sich der Verkehr selbst reduziert, weil die Leute im Urlaub waren. Oder sie waren irgendwo an den Flußufern. Die Polizei schätzte, daß bis zu 1500 Personen täglich in der Unterhimmeler Au am Flußufer gesessen sind. Es war hier also keine zwingende Maßnahme notwendig, den privaten KFZ-Verkehr einzuengen. Industrien, die Ozon produzieren, haben wir in Steyr Gott sei Dank keine. Steyr-Werke - oder BMW, das weiß ich nicht mehr genau - haben überhaupt Betriebsurlaub gehabt. Die Kindergärten waren geschlossen, die Schulen waren geschlossen. Dort hätte man sonst

anordnen können, sie dürfen nicht in den Garten gehen, das war alles nicht nötig. Wir haben über die Zeitungen und über das Lokalradio einen Aufruf gemacht, daß sich gefährdete Personen nicht der Sonne aussetzen sollen. Aufgescheucht durch einen sehr tragischen Melanomfall in der eigenen Familie sind wir mit den Ärzten in Verbindung getreten, damit die Gesellschaft der Ärzte auch hier Untersuchungen macht. Wir haben das des Beispiels wegen im Stadtbad Steyr gemacht, und zwar in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz. Die haben hunderte Leute untersucht, und zwei Fälle waren leider bei der Untersuchung negativ, bzw. positiv. Wir man es sieht. Für den Menschen war es negativ, daß es bösartige Tumore waren. Für die anderen war es positiv, weil sie nichts gehabt haben. Diese Maßnahmen haben den Leuten im Stadtbad mehr als jeder Aufruf vor Augen geführt, daß es notwendig ist, auf sich selber zu achten und nicht unbedingt Dinge zu tun, nur weil sie ein anderer aushält. Das Tinstinger Wasserschutzgebiet liegt in den Sternen, wir hätten dort Wasser für ganz Steyr, aber es ist eben so: Wenn Bauern sehr reich sind - und die dort draußen zählen nicht zu den Armen -, haben Sie kein Interesse, sich freiwillig Verpflichtungen aufzuerlegen, bei denen sie ihren Grund und Boden nicht nützen können. Und an das Verkaufen denken sie sowieso überhaupt nicht. Das führt zu der Frage der Nutzung des Agrarbodens. Solche Grundbesitzer, die ihren Grund als agrargenützt - auch wenn sie ihn mit Stilllegungsprämie, sagen wir so - bewirtschaften, zahlen aufgrund von 7 bis 10 Schilling ihre Grundsteuer. Wenn der Grund als Baugrund, als Straßengrund oder was auch immer verkauft wird, dann erleben wir hier ja täglich, daß wir 700 bis 1000 Schilling dafür zahlen müssen. Hier ohne Zwang sage ich ganz ehrlich: Ganz gleich, wie Sie politisch denken! Sie

werden Zwang anwenden oder enteignen müssen, wenn Sie ein Brunnenschutzgebiet in größerem Ausmaß für die Stadt anlegen wollen. Der Schaum auf der Steyr, das ist ein Sommerpausenfüller für die Journalisten. Alle Jahre rufen sie wieder an, dann ziehe ich meinen Ordner heraus, in dem ich schon alles Wissenswerte habe. Wenn die Wasserführung der Steyr auf ein Drittel schmilzt - bei der Enns ist es nicht so tragisch -, dann bleibt die Oberfläche fast gleich groß, es wird nur der Durchmesser der Wasserführung bis zum Boden wesentlich weniger. Sofort, als das wieder aufgetreten ist, hat Herr Gergelyfi Wasserproben entnommen und ist damit zur Landesregierung gefahren. Es ist ganz einfach: Aufgrund der niederen Wasserführung wird das Wasser nicht dicker, das ist nicht der richtige Ausdruck, sondern die Schwebstoffe, die das Wasser hat, natürliche, mineralische Schwebstoffe und andere pflanzliche, die hineinfallen - wie Staub von Weiden und dergleichen -, bilden dann diese braune Schicht. Heuer wurde festgestellt, daß oben darüber - so wie in Italien auf dem Capucchino Kakao ist - riesige Mengen Larven sind. Larven und ganz kleine Insekten - so wie Flugameisen - darunter gemischt, die auch braun waren. Das hat die Untersuchung ergeben. Das ist jedoch ohne menschliches Zutun entstanden. Die von mir vor zwei Jahren angesprochene Verschmutzung durch einen Betrieb ist tatsächlich eingetreten und hat damals zusätzlich zu diesen natürlichen Ursachen zu einer Trübung der Steyr geführt. Zum Thema Klimabündnis, Dauerbrenner Nr. 2: Ich bin auch der Meinung, daß wir alle zusammenhelfen müssen, weil wir das nicht durch das Verbot des Verheizens von Gartenabfällen in Steyr lösen können. Aber der Stadtsenat hat sich dazu bekannt, Projekte zu fördern, hat mich beauftragt, das zu tun, war aber nicht für einen Beitritt der

Stadt zum Klimabündnis. Und zwar aus den Gründen, weil wir nicht mit unseren Mitgliedsbeiträgen nur ein riesenschönes Büro z. B. im Uno-Gelände finanzieren wollen, ohne daß kontrolliert werden kann, wo das Geld der Stadt hingehet, ob tatsächlich im brasilianischen Regenwald oder anderen Regenwäldern Maßnahmen gesetzt werden, die wesentlich zur Verbesserung führen. Denn normalerweise müßte mit diesem Geld all dieser Grund aufgekauft und ein Schlägerungsverbot erteilt werden. Bei dieser Überbevölkerung - wir haben schon darüber diskutiert - wird uns das wahrscheinlich nicht gelingen, weil die schwarz roden. Ganz einfach ohne Bewilligung der jeweiligen Regierungen wird geduldet, daß die ganz einfach ihre Wälder roden. Aber ich persönlich bin auch hier am umdenken und werde mich bemühen, meine Kollegen im Stadtsenat wieder zu bekriegen. Es müßte allerdings vom Umweltausschuß wiederum ein Beschluß gefaßt werden, um diese Sache wieder aufzurollen. Die Schmutzwasser- bzw. Brauchwasserleitung, die Dipl.-Ing. Mundorff urgiert oder fast urgiert hat, wäre natürlich sehr gut. Allerdings muß ich auch sagen, woher ich das Brauchwasser nehme. Das kann ich nur aus den Flüssen entnehmen. Denn wenn ich es so entnehme, wie sie es vorschlagen, dann muß ich sagen, daß wir diese großen Regenrückhaltebecken vom Reinhaltverband aufgrund der wasserrechtlichen Bestimmungen des Bundes bauen müssen. Sie haben hier schon die Gelder freigegeben, um unten in der Lauberleite ein riesiges Regenrückhaltebecken zu bauen, es wird über den RHV abgearbeitet und wieder dem Fluß zugeführt. Dort könnten wir es entnehmen, denn wir haben vor und nach Einlauf des endgültig geklärten Reinhaltewassers Wassergüte 2. Also haben wir ein super Klärerergebnis. Es wird sicherlich einmal kommen, daß wir Trinkwasser

nicht zum Autowaschen und dergleichen benützen. Die Biotopkartierung ist in Auftrag gegeben und wird vom ifau im Auftrag der Stadt derzeit durchgeführt, wird aber seinen Niederschlag erst im Umweltbericht 1994 finden. Über die Bodenproben sind bereits mit dem Amt der OÖ. Landesregierung auf Beamtenebene Gespräche geführt worden. Es wird am Gemeinderat liegen, Geld freizugeben bzw. am Kollegen Zagler, daß er so etwas überhaupt vorsieht. Die Versäuerung der Böden kann natürlich durch Komposte nicht hinten gehalten werden. Da paßt eigentlich das vom Umweltausschuß Beschlossene nicht so ganz dort hinein. Wir wollen nämlich für Komposte, die aus der Kompostierung der Grünabfälle und Biomüllabfälle der Stadt Steyr entstehen, einige LKW ankaufen und dem jeweiligen Siedlerverein zur Verfügung stellen, damit sich die das bei den Materialhäusern holen, die überall in den Stadtgebieten entstehen. Da müßt aber Ihr wissen, ob Ihr den Kompost dem Boden zuführt, weil er oft noch saurer dadurch wird.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Weil das nicht zu trennen ist, Spurenelemente, Schwermetalle

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:
Diese Prüfung erfolgt ja bei der Kompostierung durch das Amt der OÖ. Landesregierung, denn die Bauern sind verpflichtet und auch berechtigt, solche Dinge nicht zu kompostieren bzw. diesen Kompost, wo so etwas drinnen ist, uns zur Deponierung zurückzugeben und nicht auf ihre Felder zu bringen. Das steht im Vertrag. Den haben Sie wohl wieder nicht gelesen, Herr Kollege, bevor Sie zugestimmt haben? Stadtgut - Lieblingsthema des Herrn Dr. Pfeil. Wir haben das Stadtgut zu einem Spottpreis gekauft. Das werden Sie

zugeben müssen, wenn Sie die Bodenpreise für solche Rittergüter kennen. Bei dieser von Dr. Breitling im Stadtentwicklungsplan festgelegten Verwendung - wenn man so sagen kann -, wurden gewisse Dinge als Erholungsflächen ausgewiesen. Aber in diesen Flächen sind Schottergruben aus der Vorkriegszeit und militärische Einrichtungen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit. Nämlich Stellungsgräben von den Amis, die dort mit ihrer Panzerartillerie Stellungen für Übungszwecke ausgehoben haben, die wurden mit Bombenschutt und anderem Dreck zugefüllt. Natürlich zu dieser Zeit ohne Kontrollen. Wir wissen nicht, was drinnen ist. Aber als Käufer haben wir auch vor dem Gesetz die Verpflichtung, das zu entsorgen, wenn sich herausstellt, daß es Stoffe sind, die weg gehören.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das war nicht meine Frage!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:
Ihre Frage war ja mehr politischer Art, ich kann nur als Umweltreferent dazu Stellung nehmen. Wir sind Besitzer dieser alten Ablagerungen. Ich bin mit dem Verein für Städtefreundschaft auf einer Radtour dort gewesen. Wir fuhren ein Stück ab und sahen, daß es alte Dinge sind. Es sind keine neuen Ablagerungen. Ich wüßte keine. Ja, der Raps ist neu. Schauen Sie, bei der Verwertung dieser Güter wurde mit dem Kollegen Mayr, der im Gemeinderat war und Ortsbauernführer von Steyr ist, vereinbart ... Wie bitte? Ach so, ich bin in einer Zeit groß geworden, wo es noch einen Ortsbauernführer gegeben hat. Ich habe einen kleinen Rückfall in die Vergangenheit gehabt, bitte diesen zu entschuldigen. Ich habe gerade von Ihrer Seite, Dr. Pfeil, auf mehr Verständnis gehofft. Jedenfalls hat es Herr Gemeinderat Mayr damals

übernommen, mit den Bauern die Verwertung dieser Felder zu besprechen und auch die Fruchtfolge festzulegen. Es ist ja nur eine vorübergehende Sache, bis die Stadt das Stadtgut verwertet. Sie wollen alles immer schon vorher verwerten, bevor die Nordspange fertig ist und dergleichen Zwangspunkte. So, die Kastanienmotte, die wird Euch alle treffen, die so einen Baum haben. Wir haben in einem Koordinationsgespräch in der Stadt festgelegt, daß der Wirtschaftshof, die Gärtnerei und alle damit befaßten Stellen sich bemühen werden, die abgefallenen Blätter, in denen diese Motten überwintern, zu vernichten. Es ist völlig egal, ob sie 8 Tage am Boden liegen oder nicht. Wenn die Wiener jeden Tag fahren, dann machen sie es wahrscheinlich auf Kilometergeldbasis, kann ich mir vorstellen. Als Tierarzt werden Sie mir zubilligen, daß die Motte sich über den Winter hinaus entwickelt und nicht jetzt gerade im Blatt. Ob das jetzt liegt oder in zwei Wochen gemeinsam weggekehrt wird, ist egal. Schauen Sie, ich sehe da hinunter auf einen Kastanienbaum, der ist noch voll belaubt. Der bei Ihnen gegenüber in der Werndlstraße steht schon dürr da. Warum? Weil es eine andere Sorte ist, eine blaue Sorte. Es sind alle Maßnahmen gesetzt. Aber ich warte ja nur mehr auf eines, daß ungefähr zu Weihnachten der Herr Dr. Pfeil ein Blatt entdeckt und sagen wird: „Der Sablik hat versagt, weil ein Kastanienblatt am Boden liegt.“ Aber das nur als Beispiel. Wir werden uns bemühen, alles zu verbrennen, was trocken ist, und die nassen Blätter werden gesammelt in der Deponie eingegraben. Es werden alle Umlandbürgermeister aufgefordert, auch in ihrem Gemeindebereich so vorzugehen und die Kastanienblätter nach Steyr zu bringen. Mehr können wir nach Stand der Dinge derzeit nicht tun. Zum Herrn Dr. Schwager mit dem Thema Staubbelastung möchte ich

Ihnen nur sagen, daß der Städtische Wirtschaftshof den Staub, wo er ihn erwischt, wegkehrt und wegwäscht. Die Rechnung bekommt immer der Verursacher. Die LKW-Fahrer, die den Dreck hinausbringen, die sagen immer, der Bauherr hat Schuld. Das ist nicht wahr, sondern der LKW-Fahrer ist persönlich verpflichtet! Was die in Garsten und anderen Gemeinden machen dürfen, wollen sie hier auch tun, nämlich aus der Baustelle herausfahren und den ganzen Dreck auf der Straße liegen lassen, und der wird dann zu Staub. Soweit es geht, fahren wir sofort mit dem Kehrwagen bzw. dem Waschwagen, und die bekommen ganz schön hohe Rechnungen. Das können Sie kontrollieren, weil Sie ja Prüfungsausschußvorsitzender sind. Die Niedermayr-Schottergrube, lieber Kollege Eichhübl, ist auch ein Dauerbrenner. Ich kann Sie aus der Verantwortung nicht entlassen, die gehört zugeschüttet! Die Stadt hat damals die Auflagen nur mit dem Minimalaufwand von 4 oder 6 Meter über dem Wasserspiegel - ich habe das jetzt nicht genau im Kopf - erfüllt. Alles andere ist eine Fleißaufgabe der Stadt, die wir aus Interesse für unser Trinkwasser machen müssen. Aber nicht mit Schotter, sondern da gehören jetzt Dichtstreifen hinein aus Lehm und dergleichen. Da gehen 1,5 Millionen Raummeter Material hinein! Ich bin ja glücklich darüber, daß sich da etwas in Bewegung setzt, weil ich die Widerstände der Landesregierung kenne. Die verlangen inertes Material, wo jede Fuhre begutachtet wird. Das heißt, wir müssen dort einen Schlagbaum mit einem Häuschen machen, wo den ganzen Tag einer drinnen sitzt - und das 40 Stunden in der Woche - und kontrolliert. Da darf kein Bauschutt, kein Plastiksackerl, nichts drinnen sein! Reine Erde, reiner Schotter, alles Dinge, die woanders teuer verkauft werden! Damit sollen wir 1,5 Millionen Raummeter auffüllen! Das ist eine unmögliche Sache, das müssen wir

selbst in die Hand nehmen. Ein paar andere, kleinere Anfragen habe ich vergessen, aber ich glaube, es reicht Euch.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke für das Schlußwort, wir kommen zur Abstimmung des Umweltberichtes 1993. Wer ist für die Kenntnisnahme des Umweltberichtes? Danke schön? Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Ich darf protokollieren lassen, daß der Antrag einstimmig angenommen ist. Wir machen nun eine Pause bis 17.35 Uhr. Ich unterbreche die Sitzung und übergebe den Vorsitz gleich an den Herrn Bürgermeister.

PAUSE VON 17.18 BIS 17.35 UHR.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, ich nehme die Sitzung wieder auf. Die nächste Berichterstatterin ist Frau Stadträtin Ingrid Ehrenhuber. Ich darf Sie bitten.

BERICHTERSTATTERIN STADT-RÄTIN INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Mein Antrag befaßt einen neuen Vertragsabschluß mit dem Verein Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege. Dieser neue Vertrag ist notwendig geworden, nachdem die Richtlinien des Landes mit 1. 4. 1994 geändert wurden. Der Antrag lautet:

- 9) SH-Erl-2200/90
Neuer Vertragsabschluß mit dem Verein „Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege“.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 5. 9. 1994 wird dem Abschluß des neuen Vertrages zwischen der Stadt Steyr und dem Verein „Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege“, mit den folgen-

den Änderungen gegenüber der in der Gemeinderatssitzung vom 16. 5. 1991 beschlossenen Vereinbarung, nach Maßgabe des beiliegenden Vertragsentwurfes zugestimmt:

- Übernahme des ungedeckten Abganges der Hauskrankenpflege gemäß den von der OÖ. Landesregierung mit Wirkung vom 1. 4. 1994 erlassenen „Richtlinien zur Förderung professioneller sozialer und medizinischer Dienste in Oberösterreich“
- Übernahme des Abganges für Wochenend- und Feiertagsdienst
- Übernahme des Abganges für freie Mitarbeiter mit einem Gesamtbeschäftigungsausmaß von 20 % des Stundenausmaßes der beim Verein im Bereich der Mobilen Altenhilfe in einem Dienstverhältnis stehenden Fachkräfte
- Erhöhung des Verwaltungskostenspauschales von 12 % auf 20 % der Lohn- und Lohnnebenkosten
- Urlaubs- und Krankenstandsvertretung für die bei der Stadt Steyr beschäftigte Hauskrankenschwester.

Der Vertrag tritt mit 1. 1. 1995 in Kraft. Gleichzeitig tritt die mit Gemeinderatsbeschluß vom 16. 5. 1991 abgeschlossene Vereinbarung außer Kraft.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wer ist zu diesem Antrag zu Wort gemeldet? Frau Kollegin Jeloucan bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN ANNA JELOUCAN:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Daß sich die Lage der pflegebedürftigen Menschen in Steyr so problematisch zeigt und das Alten- und Pflegeheim Tabor nicht alle aufnehmen kann, war einer der

Gründe, den Verein „Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege“ ins Leben zu rufen. Durch Initiative von Frauen wurde der Verein gegründet. Jetzt wurden von der OÖ. Landesregierung die Richtlinien zur Förderung professioneller sozialer und medizinischer Dienste in Oberösterreich beschlossen. Mit dem Verein konnte vereinbart werden, nach den Richtlinien vorzugehen. Ich hoffe, daß diese positiven Auswirkungen den pflegebedürftigen Menschen zugute kommt, die die „Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege“ in Anspruch nehmen müssen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Weitere Wortmeldungen? Keine weiteren Wortmeldungen. Ist ein Schlußwort gewünscht? Kein Schlußwort, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke der Frau Kollegin Ehrenhuber. Der nächste Berichterstatter ist Herr Stadtrat Karl Holub, ich erteile ihm das Wort.

BERICHTERSTATTER

STADTRAT KARL HOLUB:

Im ersten Antrag, meine Damen und Herren, habe ich Sie zu ersuchen, einer Kreditübertragung von 100.000,- Schilling zuzustimmen. Es ist aus Anschaffungen, die schon im Vorjahr finanziert waren, ein Budgetrest übergeblieben, der für die im Amtsbericht angeführten Reinigungsmittel verwendet werden soll. Der Antrag lautet:

- 10) Fin-210/94
Kreditübertragung von S 100.000 von VASSt 1/4200/043000.9 (Betriebsausstattung) auf VASSt. 1/4200/454000.1 (Reinigungsmaterial).

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Leitung des Alten- und Pflegeheimes Tabor vom 7. 9. 1994 wird einer Kreditübertragung im Ausmaß von S 100.000,- von der VASSt. 1/4200/043000.9 auf die VASSt. 1/4200/454000.1 zugestimmt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VASSt. 1/4200/043000.9 zu erfolgen.

Ich bitte um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag steht zur Debatte, wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Stimmt jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Der zweite Antrag betrifft die Ermöglichung einer Vorstudie für ein Betriebsführungsmodell im Alten- und Pflegeheim Tabor und die Erteilung des Projektauftrages an den Herrn Dr. Preslmaier. Der Antrag lautet:

- 11) Ha-6643/92
Betriebsführungsmodell
APT - Vorstudie;
Erteilung des Projektauftrages.

Der Gemeinderat möge beschließen: Der Stadtsenat hat in seiner Sitzung vom 10. 2. 1994 den Beschluß zur ehestmöglichen Verselbständigung des Alten- und Pflegeheimes Tabor gefaßt. Aufgrund des Amtsberichtes der Stabsstelle Organisation/EDV vom 21. 9. 1994 wird nunmehr, um die Vor- und Nachteile alternativer Betriebsführungsmodelle für das Alten- und Pflegeheim Tabor beurteilen zu können, dem Auftrag zur Erstellung

einer Vorstudie zugestimmt. Gleichzeitig wird für die externe fachliche Unterstützung durch Hrn. Dr. Helmuth Preslmaier einer Kreditübertragung von S 125.000,- von der VASt. 1/0100/728000.7 auf die VASt. 1/4200/728000.1 zugestimmt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VASt. 1/0100/728000.7 zu erfolgen.

Der Vorteil dieser Kreditübertragung liegt auf der Ebene der Mehrwertsteuer. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals für den Antrag und die Erläuterung. Zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich werde diesem Antrag nicht zustimmen und es wie folgt erklären: Ich denke, daß die Ressourcen des Hauses hinsichtlich der Organisation nicht ausreichend genutzt werden. Wir haben eine Stabsstelle für Organisation. Es wäre richtig, wenn wir diese Stabsstelle haben, sie mit der Untersuchung zu betrauen und eine Trennung des APT von der Hoheitsverwaltung des Magistrates Steyr voranzutreiben. Im Zusammenhang ist anzumerken, daß ein ehemaliger Mitarbeiter vom KDZ, der diese Studie im Auftrag des Magistrates Steyr gemacht hat, nun als Selbständiger diese Beratertätigkeit anbietet, und zwar - wie ich meine - zu einem ganz fürstlichen Honorar von 10.000 Schilling pro Beratertag. Mir ist bekannt, daß gute Berater oft ein vielfaches davon kosten, aber mir ist nicht bekannt, daß die Ressourcen des Hauses hier richtig eingesetzt worden sind. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, eine weitere Wortmeldung von Frau Kollegin Radmoser.

GEMEINDERÄTIN

EDITH RADMOSER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen, daß das Altersheim sehr große Kosten verursacht und jährlich sehr großer Zuschußbedarf gegeben ist. Ich glaube schon, daß vielleicht ein Außenstehender oder Firmen, die sich damit befassen, leichter feststellen können, wie man günstiger wirtschaften kann. Das ist ja auch der Grund, warum man diese Vorstudie in Auftrag geben soll. Ich hoffe, Sie stimmen diesem Antrag zu, weil es sehr wichtig ist, daß wir die Kosten in den Griff bekommen. Vor allem ist es ja auch wichtig, wenn wir ein weiteres Altenheim bzw. weitere Altenheime bauen wollen, die Folgekosten abschätzen zu können, damit sie dann nicht wieder ins Endlose ausufern und das einfach nicht mehr finanzierbar ist. Darum sind solche Vorstudien sicherlich sehr wichtig. Ich bin an und für sich ein Gegner von „da ein Projekterl und da eine Studie“ und so, aber in diesem Fall sind das einfach - glaube ich - Fachleute, die sich damit befassen. Es kann nicht jeder in allem ein Fachmann sein. Ich glaube, daß es schon sehr wichtig wäre. Ich bitte Euch deshalb, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Das Schlußwort bitte, Herr Referent.

STADTRAT KARL HOLUB:

Daß ich da einen blauen Kugelschreiber benütze, bedeutet nichts. Noch nicht gewechselt, nein. Ich komme auch nicht in Versuchung. Herr Dr. Pfeil, Sie haben gesagt, daß

die Ressourcen des Hauses nicht gut genutzt werden und sich die Stabsstelle Organisation damit auseinandersetzen sollte. Im Amtsbericht ist angeführt, in welchem Ausmaß die Stabsstelle Organisation sich an dem Prozeß beteiligt, nämlich mit geschätzt 38 Manntagen. Geschätzt 10 Beratungstage - also 10 Manntage - ist der extern eingekaufte Beratungsaufwand. Das hätte man lesen können. Ich sage es jetzt nur für den Fall, daß der eine oder die andere hier in unserem Raum das ebenso nicht gelesen hätte. Daß ein ehemaliger Mitarbeiter des KDZ als Selbständiger eine Tätigkeit anbietet, zu einem Tarif, der kleiner ist als der manch anderer Experten, die sich auf der Selbständigenbühne tummeln, scheint mir eher weniger als Vorwurf geeignet, als jemanden mit Freude zu erfüllen. Natürlich sind die Honorare gewaltig, die die Berater im allgemeinen kassieren. Natürlich, das weiß man. Aber wenn man die Qualität eines Beraters nicht nutzt, wenn man so umfassende Projekte vorhat, wie die Auslagerung oder die Neustrukturierung der Hierarchie, die Veränderung des tatsächlichen Besitzstandes, die Veränderung der finanziellen Abwicklungen, wenn man das so salopp angeht, wie wir das eine oder andere schon salopp angegangen sind, dann hat man eben das große Risiko vor sich, daß der Blick in der internen Befangenheit die eine oder andere Schwierigkeit nicht erkennen kann. Ich weise nur hin auf die Probleme, die die GWG im Laufe der Zeit vorgefunden hat, wo die Herauslösung eben auch mit Bordmitteln vorbereitet wurde und das eine oder andere dabei doch nicht ganz perfekt geglückt ist. Das sollten wir im Dienstleistungsbetrieb Alten- und Pflegeheime tatsächlich nicht wiederholen! Wir müssen also wirklich ganz fundamental danach trachten, daß wir auch die dienstrechtlichen Belange der Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter objektiv und fair untersuchen lassen, damit man aus einem Angebot von verschiedenen Möglichkeiten, die nach Vor- und Nachteilen bewertet werden, das für den zu erreichenden Zweck beste Modell findet. Der zu erreichende Zweck ist ganz einfach eine gute, menschenzugewandte, medizinisch einwandfreie Betreuung der alten und pflegebedürftigen Menschen in den Alten- und Pflegeheimen der Stadt. Ich bedanke mich bei Frau Radmoser, daß sie den Aufruf zur Zustimmung gemacht hat. Ich kann der Frau Kollegin nur versichern, daß ich selbst auch keine Freude habe, wenn Institutionen, die in finanzieller Not sind, externe Beratung unnotwendigerweise in Anspruch nehmen. Hier bin ich wirklich fest davon überzeugt, daß diese Beratung notwendigerweise erfolgt. Nicht etwa, weil unsere eigene Stabsstelle Organisation nicht in der Lage wäre, ein Organisationsmodell zu entwickeln. Sondern weil es etwas anderes ist, ob man in der Hoheitsverwaltung Organisationsentwicklung macht oder sich in einer privatwirtschaftlich - zumindest im Umfeld privatwirtschaftlich - geführten Materie bewegen soll. Der externe Berater soll also die Vernetzung herbeiführen, die tatsächlich sehr notwendig ist, um nicht Geld kaputtzumachen. Ich bitte in diesem Sinne nochmals um die Zustimmung zum Antrag, möchte aber die Gelegenheit - so wie Dr. Schwager keine Gelegenheit wegen der Parkgarage ausläßt - nicht vorbeigehen lassen, Sie darauf aufmerksam zu machen, welche große Not in der Öffentlichkeit an Pflegebetten besteht. Wieviele Schicksale unlösbar sind, weil wir keine zusätzlichen Pflegebetten anbieten, kann man sich dann ausrechnen, wenn man sich vor Augen führt, daß wir bei derzeit 250 Vormerkungen von mindestens 100 aus schweren Gesundheitsgründen und mindestens 50 aus

dramatischen Pflegesituationen reden müssen. Da hilft uns die Heimhilfe und Hauskrankenpflege nichts mehr. Und zwar gar nichts mehr, weil die lediglich 2 Stunden Pflege am Tag zur Verfügung stellen. Das ist die Realität. Und weil die Wochenendbetreuung auch trotz des professionellen Vereines nicht mehr gewährleistet ist. Da haben wir echten Bedarf an menschlicher Auffassungsgabe. Wir müssen so schnell wie irgendwie möglich das Heim bauen. Eine Projektgruppe arbeitet ja jetzt Gott sei Dank bereits an dem Thema. Aber es ist nicht gut, wenn sich die Projektgruppe zunächst einmal im Schritt hemmen läßt, weil sie die Folgekosten ermitteln will. An den Folgekosten wird kein Mensch gepflegt. Diese Folgekosten sind Aufgabe der Gesellschaft. In der Vorbereitung haben wir dafür Sorge zu tragen, daß die möglichst niedrig sind, daß verantwortungsvoll mit den ohnehin kaum vorhandenen Mitteln umgegangen wird. Das ist auch mein persönliches Ziel. Aber ich glaube, man sollte nicht im entferntesten in den Trugschluß verfallen, weil neue Pflege neues Geld kostet, sollte man diese auf die lange Bank schieben. Das erduldet die Notstandssituation unserer Bevölkerung nicht mehr. Aus dem Grund bitte ich wirklich alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte auch um die Unterstützung der Projektgruppe und die Unterstützung der Stadt beim Vorantreiben der Absicht, ein neues bzw. neue Pflegeheime zu installieren. Zum vorliegenden Antrag bitte ich wirklich inständig um Ihre Zustimmung, damit endlich etwas weitergehen kann.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenstimmen? Vier Gegenstimmen

(FP). Wer enthält sich der Stimme? Vier Stimmenthaltungen (FP). Damit ist der Antrag mit Mehrheit angenommen. Danke dem Kollegen Holub. Nächster Berichterstatter Herr Stadtrat Ing. Schloßgangl, ich darf ihn bitten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um die Errichtung einer öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Feldstraße im Zuge des Straßenbaues. Der Antrag lautet:

12) En-30/94

Errichtung einer öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Feldstraße im Zuge des Straßenbaues.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau vom 13. September 1994 werden nachstehende Aufträge vergeben:

- | | | |
|----|---|---------------------------|
| 1. | Lieferung von Kabel, Schlauch und sonstigem E-Material
Fa. EBG, Steyr | S 15.038,88 |
| 2. | Lieferung von Masten, Leuchten und Klemmböcken
Fa. Austria Email, Wien | S 68.348,39 |
| | Gesamt | S 83.387,27 |
| | gerundet | S 83.400,—
incl. MWSt. |

Zum genannten Zweck wird einer Mittelfreigabe und Kreditübertragung im Ausmaß von S 83.400,— incl. MWSt. von der Vst. 5/6120/002350.6 (Straßenbau Kronbergweg) auf die Vst. 5/8160/050000.2 zugestimmt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur

Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Stimmt jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt, daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

- 13) Bau6-6275/89
Kanalisation Steinwändweg;
Belagsarbeiten - Feinasphalt;
Schlußrechnung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Mit GR-Beschluß vom 17. Mai 1990 wurden die Kanalbauarbeiten samt Straßenwiederherstellung an die ARGE Negrelli-Ilma, Steyr, zum Preis von S 4.667.617,40 netto vergeben. Mit Beschluß des Stadtsenates vom 6. Oktober 1993 wurde die Ausführung der noch ausstehenden Belagsarbeiten samt erforderlicher Nebenarbeiten mit einem Preis von S 220.000,- netto genehmigt. Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau vom 12. September 1994 wird der Auftragserweiterung hinsichtlich der Belagsarbeiten um S 23.561,36 somit auf S 243.561,36 zugestimmt. Zur Auszahlung der restlichen Schlußrechnungssumme (unter Einbeziehung der Akontozahlungen) in Höhe von S 62.561,37 netto wird nun einer Mittelfreigabe im Ausmaß von S 62.600,- bei VSt. 5/8110/050050.2 in Form einer Kreditübertragung von VSt. 5/8110/004350.3 (Kanal Kronbergweg) zugestimmt.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? Niemand. Daher kommen wir gleich zur Abstimmung.

Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag lautet:

- 14) Bau3-5460/92
Verlängerung Siemensstraße -
Verschleißschichte;
Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau vom 22. September 1994 wird dem Einbau einer Verschleißschichte in der Siemensstraße zugestimmt und der Auftrag zur Durchführung der Arbeiten an die Fa. Zwettler, BaugesmbH, Steyr, zu Gesamtkosten von S 64.318,52 incl. MWSt. nachträglich übertragen. Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von S 64.300,- incl. MWSt. bei VSt. 5/6120/002240.9 in Form einer Kreditübertragung von VSt. 5/6120/002020.5 (Ausbau weiterer Straßen) freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bei dem letzten Antrag geht es um den Feinbelag der Mühlbauerstraße. Der Antrag lautet:

15) Bau3-1445/84
Straßenbau Mühlbauergründe;
Feinbelag - Mühlbauerstraße.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau vom 19. September 1994 werden die Belagsarbeiten für die Mühlbauerstraße an die Fa. Ferro & Betonit zu einem Preis von S 88.848,- incl. MWSt. vergeben. Zu genanntem Zweck werden Mittel in Höhe von S 50.000,- bei VSt. 5/6120/002410.8 sowie weitere S 39.000,- bei gleicher VSt. in Form einer Kreditübertragung aus VSt. 5/6121/002790.1 (Leitnerstiege) freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke vielmals. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag 15) stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gibt es Gegenstimmen oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Tagesordnung ist erschöpft. Ich darf mitteilen, daß der Gemeinderat eine Summe von S 2.957.300,- Ausgaben zur Kenntnis genommen bzw. beschlossen hat. Damit kommen wir zur Aktuellen Stunde. Bitte sehr, Herr Stadtrat Tatzreiter für die SPÖ-Fraktion.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem Beitrag zur Aktuellen Stunde geht es für die Sozialdemokratische Fraktion um das Baustück Wiesenbergbrücke bzw. die Fertigstellung. Den Zusammenhang möchte ich berichten bzw. anmerken:

Der zweite Bauabschnitt, diese Fertigstellung der Wiesenbergbrücke beinhaltet das Versetzen der Fahrbahnübergänge über die ganze Brückenbreite, das Betonieren des zweiten Teiles des Tragwerkes, das Aufbringen der Tragwerksisolierung mit Schutzschicht und des Fahrbahnbelages sowie die anschließende Herstellung der Randkappen - auch Gehsteige. Die dritte Bauvariante ist aus grundsätzlichen Dingen nicht möglich bzw. ist aus dem Bauablauf nicht zum Tragen gekommen. Ich darf in dem Zusammenhang anmerken, daß die erforderliche Brückensperre über 5 Tage jetzt natürlich unangenehm ist. Ich vermerke in diesem Zusammenhang natürlich einige Diskussionen. Diese Variante ist aber auch deswegen gewählt worden - und ich möchte auch sagen, ich bin froh darüber -, weil die Sperre so nur einmal passiert in diesen fünf Tagen hintereinander, von 13. bis 17. In dem Zusammenhang möchte ich aber anmerken, daß natürlich der motorisierte Verkehr großräumig umgeleitet wird, daß aber in dieser speziellen Frage - nämlich dem Autobusverkehr bzw. Pendelverkehr zum Krankenhaus - ein Loch offengelassen wurde. Ich hätte mir schon erwartet - wie auch viele Autobusbenutzer, die ins Krankenhaus fahren -, daß hier eine Möglichkeit eingeräumt wird. Ich würde in diesem Zusammenhang auch bitten, Herr Kollege Eichhübl, sich das nächste Mal darüber einigermaßen Gedanken zu machen und eine Lösung zu finden. Die Krankenhauspender bzw. Autobusbenutzer in Richtung Krankenhaus können nicht über den Wehrgraben fahren und müssen natürlich über den großen Ring ausweichen bzw. mit dem Autobus über den großen Ring mitfahren. Es ist leider nicht anders möglich, weil die Wehrgrabengasse ja über den Annaberg herein eine Einbahn ist und es daher nicht möglich ist, da hinaus zu kommen. Die

Bewohner aus dem Wehrgraben und auch viele andere hätten sich gewünscht, daß dort eine Lösung gefunden würde. Zu den Vorteilen, daß diese Variante ausgewählt wurde, möchte ich doch noch einmal anmerken, daß nur eine einmalige Verkehrssperre erforderlich ist, daß die Straßenquerung, die Versorgungsleitungen usw. keine zusätzliche Behinderungen darstellen und daß eine Weiterfortsetzung der Isolierung der Belagsherstellung - sozusagen der Unterführung - ohne zusätzliche Verkehrsbehinderung möglich ist und sich so technisch und überhaupt als beste Lösung darstellt. Ich darf die Nachteile ansprechen, weil ja zuerst zumindest drei Varianten zur Verfügung gestellt wurden. Die Nachteile dieser Variante sind natürlich die einmalige, längere Sperre, weiters sind dann vier Tage Schönwetter notwendig. So die Aussagen der bauausführenden Firmen bzw. der Fachleute. Die zum Zeitpunkt der Verkehrssperre über die Wiesenbergbrücke bereits abgebrochene - und das ist bereits das nächste Problem - Große Fallen-Brücke bewirkt eine Verschlechterung der Verkehrssituation dort unten insgesamt. Der Beginn der Arbeiten an der Fallen-Brücke Mitte September und der anschließende Tragwerksabbruch waren aber für den Bauablauf unbedingt erforderlich, um die Möglichkeit der Baufertigstellung im Jahre 1994 zu gewährleisten. Ein um einige Monate vorgezogener Neubau der Fallen-Brücke wäre vom Bauablauf durch nicht koordinierte Arbeiten um vieles schwieriger, ergäbe auf der Kreuzung Schwimmschulstraße - Wehrgrabengasse durch die Fahrbahneinengung und -verkrümmung eine monatelange, noch schwierigere und gefährliche Verkehrssituation und hätte zusätzliche Kosten in Höhe von etwa 480.000,- Schilling für einen zusätzlichen Fußgängersteg gebracht, da zu diesem Zeitpunkt die

Fußgängerunterführung noch im Bau war. Eine Verschiebung des Neubaus dieser zweiten Brücke, der Großen Fallen-Brücke, wäre im kommenden Jahr natürlich eine größere Problematik geworden. Wir hätten dort unten fast ein ganzes Jahr lang eine Baustelle und wir wissen, welches Nadelöhr genau dieser Kreuzungsbereich bedeutet. Die gemeinsame Ausschreibung und gleichzeitige Erstellung dieser drei Bauwerke bzw. dieser Abschnitte - es geht ja hier bei der einen Brücke um zwei Segmente der Bauabfolge und die andere im Ganzen - ergibt eine geschätzte Kosteneinsparung von rund 10 Prozent, das sind ca. 1,5 bis 2 Millionen Schilling. Zweitens: Die um die Linksabbiegespur verbreiterte Wiesenbergbrücke geht im Flügel- und Gehsteigbereich direkt in die neue Fallen-Brücke über. Der Anschluß und der Niveauunterschied zur alten Fallen-Brücke müßte durch ein monatelanges, unbefriedigendes Provisorium überbrückt werden. Jetzt kommt drittens noch etwas dazu: Durch die wasserrechtliche Auflage, den Durchflußquerschnitt bei der Wiesenbergbrücke um ca. 30 cm zu erhöhen, ergibt sich beim Kreuzungsbereich der Schwimmschulstraße - Wehrgrabengasse ein ca. 40 cm höheres Straßenniveau. Das ist das größte Problem. Das heißt, wir hätten in diesem Zusammenhang einen sehr kurzen Weg, aber einen sehr steilen Anstieg. Über die Wintermonate wäre das natürlich eine katastrophale Falle gewesen. In dem Zusammenhang ist diese Bauabfolge - glaube ich - eine gute Lösung. Ich darf in dem Zusammenhang sagen, wir sind dort wahrscheinlich jetzt für längere Zeit - vor allem die im unteren Wehrgrabenbereich - mit der Situation befaßt, daß der Verkehr natürlich einigermaßen schwierig umzuleiten ist bzw. dort kurzzeitig das Aus- und Einbiegen in die Schwimmschulstraße bzw. am Wiesenberg nicht möglich ist.

Aber nach dieser Zeit - und wir können uns freuen, wenn die Witterung einigermaßen funktioniert, dann wird auch der Baufortschritt einigermaßen funktionieren - dürfen wir uns dann freuen, daß wir wenigstens dieses grausliche Nadelöhr Schwimmschulbrücke bzw. Wiesenbergbrücke und Fallen-Brücke endlich einmal saniert haben. Ich darf in diesem Zusammenhang allen hier recht herzlich danken, allerdings - wie gesagt - mit dem einen bitteren Wermutstropfen, daß der Bus diese Strecke nicht durchfährt. Dieses große Problem haben wir dort, da hätten wir uns eine Lösung gewünscht. Ich würde Dich, Kollege Eichhübl, als zuständigen Referenten ersuchen, in einem ähnlichen Fall in Zukunft das mitzuüberlegen und Dir darüber mit Deinen Mitarbeitern Gedanken zu machen. Danke.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich möchte dazu etwas sagen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nein. Nach den Regeln in der Aktuellen Stunde steht der zweitgrößten Fraktion das Wort zu. Wird dieses Wort genutzt? Bitte sehr, Herr Kollege.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, Herr Stadtrat Tatzreiter, meine Damen und Herren! Ich bin froh, daß Sie dieses Problem heute hier in der Aktuellen Stunde angesprochen haben. Es ist schon eine gravierende Baustelle dort unten. Es ist ein gravierender Einschnitt in den täglichen Verkehrsablauf, und ich habe von vornherein immer gebeten, daß alle Betroffenen zusammenarbeiten sollen. Was mir dabei von seiten des Bauamtes bzw. Baureferenten abgegangen ist, das ist, daß man hier Koordinierungsgespräche macht. Es ist nicht einmal -

und jetzt komme ich auf den Vorwurf an den Kollegen Eichhübl zurück - der Kommunale Ausschuß damit befaßt worden. Die Stadtwerke selbst haben nichts davon gewußt! Der Herr Anibas ist vor ca. 10 Tagen zu mir gekommen und hat gesagt, er ist bauseits nicht informiert worden, wann und wie es sein wird. Ich selbst habe bis zum Schluß als Termin Freitag bis Dienstag genannt bekommen, dann heißt es Donnerstag bis Montag. Ich habe keine Korrektur des Termines bekommen. Es wurde mir gesagt, daß auch die Rettungsdienste, die es natürlich auch sehr stark betrifft, nicht informiert worden sind. Stellen Sie sich das vor! Wenn ich so etwas baue, dann muß ich doch auch die Rettungsdienste informieren! Wenn jemand in Weyer einen schweren Unfall hat und die Rettung mit Blaulicht kommt, fährt da hinunter und kommt dann nicht über den Fluß, und die Ennstalbrücke ist wegen Verkehrsüberlastung auch nahezu nicht passierbar! Darum hat man erst in den letzten Tagen - aber auf Anregung der Stadtwerke - die Notdienste informiert. So ist das gelaufen! Damit der von Steyr-Land kommend gleich über die Höhe hinüber ins Steyrtal und dann von Westen ins Krankenhaus fährt. Hier ist in der Koordination einiges schiefgelaufen. Auch der Verkehrsausschuß hat keinen Schriftzug oder sonst irgendetwas in der Richtung bekommen. Ich bin auch der Meinung - und ich habe das von vornherein immer gesagt -, wir müßten uns alle zusammensetzen und das koordinieren. Aber ich habe immer auf ein Gespräch gewartet, das leider nicht gekommen ist. Ich baue diese Brücke nicht, aber ich bin schon der Meinung, daß es bessere Möglichkeiten puncto Zeitpunkt Abriß Große Fallen-Brücke gegeben hätte, auch wenn es von anderer Seite bestritten wird. Man hätte hier sicherlich eine Ausweichroute über die Fallen-Brücke bzw. den Direktionsberg gehabt, die wir uns

selber genommen haben. Ich bin kein Techniker, aber ich denke, technisch und verkehrsmäßig wäre die beste Lösung - die leider nicht diskutiert worden ist, weil man einfach darauf los gebaut hat - eine kreuzungsfreie Anbindung der Wiesenbergbrücke gewesen, und zwar kreuzungsfrei über die Schwimmschulstraße und Fabrikstraße. Das heißt, das Niveau heben. Das bietet sich dort an und man hätte das durchaus ernstlicher überlegen können. Nebenbei bemerkt, die Bevölkerung hat erst gestern eine Aussendung bekommen - soweit mir mitgeteilt worden ist -, daß diese Verkehrseinschränkungen zu erwarten sind. Ich sehe aber in dieser Misere - ich möchte es nicht hochspielen zu einer Staatsaffäre - auch eine Möglichkeit, das Auto bewußter zu verwenden. Wenn man nicht täglich zu jeder Stunde, zu jedem Zeitpunkt von einem Ort A nach B fahren kann, weil es nicht möglich ist, wird man sich vielleicht der eigenen Beine wieder bewußter. Oder das Fahrrad wird wieder bewußter herangezogen, es geht noch bei der schönen Witterung, man muß in Steyr nicht jeden Weg mit dem Auto zurücklegen. Als ich 1986 nach Steyr retour gekommen bin - ich kann mich noch genau erinnern -, da habe ich einmal zu meiner Frau gesagt, daß Steyr verkehrsmäßig noch eine Insel der Seeligen ist. Wir können von A nach B, von jedem Punkt der Stadt in 10 Minuten zu einem anderen kommen. Das war vor 8 Jahren. Heute stehen wir in einer Verkehrsmisere, die - das gebe ich gerne zu - in vielem selbst gemacht ist. Aber auch bei der Bevölkerung muß ein Umdenken stattfinden: Mehr Fahrten vermeiden, mehr das öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Vielleicht können wir in diesen Tagen diesbezüglich etwas lernen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. ÖVP-Fraktion? Herr Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Mein sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte zu Beginn vielleicht eine kurze Chronologie geben, wie es zu dem Bau der Wiesenbergbrücke überhaupt gekommen ist. Es war im Oktober das Gutachten von den Sachverständigen, daß die Brücke in einem schlechten Zustand ist und daß sie außerdem als Brückenklasse II deklariert ist. Das heißt, sie hat nur eine Maximallast von 25 Tonnen. Wie sie alle wissen, fahren dort jede Menge Schwertransporter bis 38 Tonnen darüber. Das ist nur deshalb möglich, weil die Brücken mit einer 1,5 bis 1,7-fachen Sicherheit statisch berechnet werden und da kommen Sie auf die rund 38 Tonnen. Das ist einmal der erste Punkt. Also, im Oktober gab es dieses Gutachten, gleichzeitig wußten wir aber schon vorher von Gesprächen und Verhandlungen mit der Landesbaudirektion, Abteilung Brückenbau, daß im Jahre 1995 die Reederbrücke saniert werden muß, die ebenfalls in einem nicht sehr guten Zustand ist. Sie wissen alle, wie der Belag und die Oberfläche aussehen. Wir haben dort notdürftig repariert, es muß aber auch das Tragwerk saniert werden. Daher war Gefahr in Verzug bzw. ein Termindruck für die Wiesenbergbrücke gegeben. So haben wir uns bei den Budgetverhandlungen entschlossen, die Wiesenbergbrücke neu zu bauen, um eben eine Kollision mit dem gleichzeitigen Bau der Reederbrücke auszuschließen. Es wurde Mitte November 1993 vom Projektanten die Geländeaufnahme und die Vermessung durchgeführt. Dann war gegen Ende November 1993 das Abstimmungsgespräch Straßenbau - Brückenbau mit den entsprechenden Herren, Dipl.-Ing. Sagl, Dr. Kaiser, Dipl.-Ing. Lutz und Tiefbau. In der 50. Kalenderwoche 1993, Mitte Dezember, war die Grundsatzentscheidung, ob Neubau oder Generalsanierung der

Wiesenbergbrücke, ich habe es schon erwähnt, im Rahmen des Budgetbeschlusses 1993. Ende Jänner war die Fertigstellung des Straßendetailprojektes und die Klarheit über die architektonische Gestaltung der Brücke, Ende Feber Einreichung für wasserrechtliches Verfahren. Ende März waren die Ausschreibungsunterlagen fertiggestellt, Mitte Mai war nach Rückfluß der Angebote und Prüfung derselben die Vergabe des Auftrages. Baubeginn war am 30. Mai in zwei Abschnitten, so daß der Verkehrsfluß mit zwei Fahrspuren immer aufrecht erhalten werden konnte. Die Fertigstellung ist mit Ende November, spätestens Mitte Dezember 1994 - 50. Kalenderwoche - geplant. So weit einmal zur Chronologie des Ablaufes. Nun zu der Sperre. Es hat am 29. September eine Projektbesprechung gegeben, wo die zuständigen Techniker des Hauses mit dem Planer, Dipl.-Ing. Sagl, und mit Vertretern der Firma über die Sperre und die Lösung des Betonierens der zweiten Fahrbahn einen Plan entwickelt haben. Dabei hat die Firma Ferro Betonit ein ganz neues Verfahren ins Spiel gebracht, das es ermöglicht, auf den feuchten, nassen Beton eine Isolierschicht aufzubringen. Es ist dies ein Sickerbelag, der in einem durchgeführt werden kann und optimale Voraussetzungen für die Isolierung bringt. Das war einmal das eine. Das zweite, zur Sperre und zum Abriß der Fallenbrücke: Die Fallenbrücke wurde solange nicht abgerissen, bis die Fußgängerunterführung fertig war, damit zumindestens dieser Weg für die Fußgänger benützt werden kann. Sie noch später abzureißen, wäre überhaupt nicht möglich gewesen. Wenn Sie annehmen, daß die Bauzeit 2 ½ Monate beträgt, dann wäre der maximale und äußerste Termin der 15. Dezember, wo es aber schon viel Schnee und tiefe Temperaturen gibt und gefrieren kann. Wenn Sie das zurückrechnen, dann müßte man

spätestens Ende September damit beginnen. Und genauso war es. Man hat mit diesem Abbruch begonnen und den durchgeführt. Warum? Die Gründe wurden zum Teil schon angeführt. Es ist eine Hebung dieser Fallenbrücke notwendig, das wurde von der Wasserrechtsbehörde wegen des Hochwassers vorgeschrieben. Es sind dort Niveauunterschiede zwischen 30 und 40 cm. Speziell die Anbindung in den Innenradius ist sehr schwierig und sollte - und muß - gleichzeitig durchgeführt werden. Unabhängig davon haben wir auch den gleichzeitigen Bau dieser beiden Brücken einstimmig beschlossen. Also, es ginge gar nicht, diese Fallenbrücke hinauszuschieben, wenn wir nicht gewärtigen wollten, daß wir erstens eine sehr hohe Anrampung bekommen und schlechte Zustände zum Passieren der Kreuzung in die Wehrgrabengasse. Zweiter Grund war, daß wir wollten, daß die Baustelle heuer noch fertiggestellt wird. Ich glaube, die Bürger hätten sehr wenig Verständnis, wenn man dann Ende März oder April mit der Fallenbrücke beginnen würde, sich das bis zum Sommer hinauszieht und wir vielleicht über zwei Jahre - als nächstes ist ja die Kalkofenbrücke zu sanieren und neu zu bauen - praktisch ununterbrochen nur Brückenbaustellen haben: Wiesenbergbrücke, Fallenbrücke, Reederbrücke, Kalkofenbrücke. Das war mit ein Grund für uns, daß wir gesagt haben, es soll in einem durchgezogen werden, unabhängig davon die technisch weitaus beste Lösung. Die Verkehrsbelastung ist meiner Meinung nach durchaus erträglich, denn das Öffnen der Fallenbrücke hätte keine wesentliche Erleichterung gebracht. Es wurde der Gsangsteg aufgemacht, der allerdings nicht öffentlich propagiert und empfohlen wird und der bis 3,5 Tonnen befahren werden kann für den innerörtlichen Bereich. Es kann von Steyrdorf der Wehrgraben praktisch

bis zur Fallen-Brücke angefahren werden, und es ist über St. Anna herein die Möglichkeit, auch die Durchfahrt von Sierning kommend Richtung Tunnel zu gewärtigen. Das wird auch von den Bussen benützt. Weil Dr. Pfeil angesprochen hat, er sei nicht informiert worden, nochmals zurück: Am 29. September fanden diese Gespräche mit den zuständigen Technikern und dem Planer statt. Da wurde beschlossen, daß der Sachverständige und Planer die Möglichkeit der Isolieraufbringung auf feuchtem Beton abklärt und die Einbaubedingungen festlegt. Es hat dann Rücksprachen gegeben mit der Technischen Universität Wien. Außerdem wurde noch bestätigt über ein FS vom Sachverständigen, daß diese Methode, die erst bei einigen Brücken angewendet wurde, 100%-ig sicher und verlässlich ist und garantiert werden kann. Dann war am vergangenen Donnerstag vor acht Tagen das Gespräch bei mir, wo man mir mitgeteilt hat, daß dieses Verfahren von der Firma vorgeschlagen wurde, daß die ganzen Gutachten usw. eingeholt worden sind und daß das bedingt, daß man aber statt drei Tagen den Wiesenberg für fünf Tage sperrt. Ich habe dann betont, es seien sofort Informationen aufzugeben. Es wurde mit dem Bürgermeister gesprochen und am selben Tag, am Freitag, mit dem Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Er wurde informiert! Es waren bei dem Gespräch am 29. Herr Dipl.-Ing. Schönfelder, Dipl.-Ing. Richter, Ing. Grassnigg von der Planung und Verkehrsabteilung, Herr Anibas, Herr Ferrari, Herr Lungenschmid und ein Vertreter der Baufirma anwesend. Dir, Kollege Pfeil, hat es der Herr Grassnigg gesagt. Am Donnerstag vorige Woche war bei mir das Gespräch, und am Freitag ist die Information laut Auskunft vom Herrn Grassnigg zu Dir gekommen. Ich nehme nicht an, daß er mir bewußt die Unwahrheit gesagt hat. So ist das

gelaufen. Daher war die Information im Zuge dieses Zeitdruckes gar nicht schneller und früher möglich. Auch ich habe sie nicht früher erfahren können und erfahren. Ich finde aber, die Planung ist an und für sich sehr gut gelaufen. Wir sind absolut im Zeitplan und jeder, der vorbeifährt, wundert sich eigentlich, daß die Brücke so störungsfrei gebaut wird, ohne den Verkehr wesentlich zu behindern. Ob ich jetzt drei oder fünf Tage sperre, ist eine Ansichtssache. Bei dem Gewinn, den wir daraus ziehen für die Fertigstellung und für die Qualität der Brücke, brauchen wir - glaube ich - darüber nicht zu diskutieren. Ich möchte nur ein paar Vorteile anführen: Es ist nur eine einmalige Verkehrssperre erforderlich, wir hätten sonst für die Aufbringung der Isolierung noch einmal sperren müssen, weil wir sonst die Verkehrsabschnitte nicht gleichzeitig isolieren hätten können. Die Straßenquerungen können ohne zusätzliche Behinderungen hergestellt werden. Die Isolierung und Fahrbahnfertigstellung auf der Unterführung ist ohne zusätzliche Behinderung möglich. Erforderliche Arbeiten können ohne Verkehrsstörung Zug um Zug fertiggestellt werden, die technisch beste Lösung. Bei Schlechtwetter kann unter anderem auf eine andere Variante ausgewichen werden bzw. um 1 bis 2 Wochen verschoben werden. Würde also jetzt der Fall eintreten, daß plötzlich starker Regen einsetzt, dann müßten die Arbeiten unterbrochen werden, und wir wären gezwungen, noch einmal kurz abzusperrern. Vom Wetter sind wir leider abhängig, das können wir uns nicht aussuchen. Der betonierte Teil hat 5 Tage Zeit, um ungestört auszuhärten. Nach der Sperre sind wieder 2 Fahrstreifen offen, 2 Wochen später ist die ganze Brücke befahrbar. Ich glaube, daß die Lösung sehr gut ist. Ende November soll auch die Große Fallen-Brücke soweit fertig und wieder befahrbar

sein, bis auf die Randkappen - also die Gehsteige - und auf den Feinbelag. Der wird im nächsten Jahr durchgeführt, ist aber innerhalb weniger Stunden bzw. eines halben Tages aufzubringen und wird - wenn das in den Abend- oder Nachmittagsstunden an einem verkehrsarmen Tag geschieht - sicherlich zu keinen wesentlichen Behinderungen führen. Ich würde schon meinen, daß hier alle vertretenen Fraktionen dazu beitragen sollen, bei der Bevölkerung das nötige Verständnis hervorzurufen und nicht nur - Du hast heute angeführt, aus der untersten Lade hätte Dich bzw. die FPÖ der Herr Apfelthaler angegriffen - sofort eine Schuldzuweisung zu machen und zu sagen: „Fehlplanung, Schuld ist der Baustadtrat!“ Das ist keine feine Linie. Alle waren bei den Besprechungen dabei, im Bauausschuß wurde übrigens das auch schon andiskutiert. Der Baudirektor hat darüber berichtet, da war allerdings noch die Variante mit 3 Tagen aktuell, da hat es die neue noch nicht gegeben. Es wäre Zeit genug gewesen, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, wie der Verkehr geführt und umgeleitet werden muß und welche Maßnahmen erforderlich sind. Es sind alle Maßnahmen mit der Polizei, mit dem Wirtschaftshof und über den Tiefbau gemacht worden. Ich habe heute noch einmal angeregt - ich weiß nicht, ob es schon durchgegangen ist oder nicht -, die wichtigen Kreuzungen in den Stoßzeiten händisch zu regeln, weil es sinnlos ist, daß man hier lange Staus für Abbiegende und Einbiegende riskiert. Ich hoffe, daß das geht. Es wäre an sich Aufgabe des Verkehrsreferenten. Ich wollte noch etwas sagen: Mit ist zu Ohren gekommen, daß in den Schulen die Eltern bzw. die Kinder verständigt wurden, daß sie von der Promenade aus eine Busfahrmöglichkeit hätten und auf die eigenen Verkehrsmittel verzichten sollten. Und wie es dann soweit war,

war kein Bus dort und ist kein Bus gefahren. Da hat es auch eine Verärgerung gegeben. Ich möchte mich hier an dieser Stelle offiziell beim Tiefbauamt und bei allen Beteiligten bedanken, weil ich finde, die Bauabwicklung und auch die Planung hat hervorragend funktioniert, und die Umsetzung in der relativ kurzen Zeit ist sehr gut gelungen. Das kann man nicht auf Wochen hinaus planen und sagen: „So, jetzt warten wir, bis schönes Wetter ist.“ Wir sind ja auch sehr vom Wetter abhängig. Daher war es - und das ist das einzige, was mich daran ein wenig stört - so kurzfristig, bis man die Information geben konnte. Aber das war eben deswegen, weil wir Mitte Oktober haben und eine Schönwetterperiode vor uns steht. Es wäre ursprünglich vorgesehen gewesen, das noch um eine Woche hinauszuschieben. Da haben wir gesagt: „Nein, nehmen wir die erste Woche! Wenn es gut geht, dann haben wir es gut vorbei. Man weiß nicht, wie das Wetter in Zukunft werden wird.“

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Die Grünen wünschen nicht das Wort zu diesem Thema. Ich darf fragen, ob es in der zweiten Runde ein neues Thema gibt? Wünscht die FPÖ das Wort? Bitte sehr Herr Dr. Pfeil.

Gemeinderätin Ulrike Fuchs verläßt um 18.15 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Jetzt ein echtes Kulturthema, die Zentralbücherei der Stadt Steyr. Die Zentralbücherei der Stadt Steyr - ich habe es in diesem Raum schon öfters gesagt, ich werde auch nicht müde, darüber zu sprechen - schläft in einem Schlaf, nicht des

Gerechten, aber sie ist so, wie sie vor 30 Jahren geplant und gebaut worden ist. Die Zeit hat sich geändert, die Menschen haben sich geändert, die Medien haben sich geändert, nur die Zentralbücherei hat sich nicht geändert. Und jetzt stehen wir vor einer Situation, wo wir im Kulturausschuß seit langer Zeit diskutieren, wie es mit der Zentralbücherei weitergeht. Sie sollte übergeführt werden in eine richtige Bibliothek. Wir haben uns jemanden eingeladen und überlegt, ob nicht jemand Privater die Bibliothek mit ihren Kosten von 5,5 Millionen Schilling pro Jahr Personal- bzw. Ausrichtungskosten - ohne Betriebskosten, ohne Mietkosten - besser und preiswerter führen kann. Wir sind guter Hoffnung, bzw. wir haben im Kulturausschuß berechnete Informationen bekommen, die uns glauben lassen, daß es möglich ist bzw. daß es unbedingt ernsthaft diskutiert gehört. Auch die Standortfrage neben der ganzen Privatisierungs-idee, die natürlich zuerst im Vorfeld geklärt werden muß, ist eine zentrale. Ich habe es auch schon hier an dieser Stelle betont, daß es nicht sein kann, daß Gespräche und Verhandlungen plötzlich abgebrochen werden und dann am selben Standort alles beim alten bleibt. Wir sind - glaube ich - einstimmig oder einhellig im Kulturausschuß der Meinung, wenn wir am Standort bleiben - ganz egal, privat oder die Stadt -, dann muß dort etwas gemacht werden. Es muß dort investiert werden. Es genügt nicht ein Ansatz von 600.000,- Schilling für die Elektroinstallation für einen EDV-Anschluß. Es ist heute nicht einmal ein EDV-Anschluß in der Bibliothek, mit der Begründung, die Leitungen halten es nicht aus. Vor 1 ½ Jahren hat man gesagt, die Leute in der Bibliothek wollen keine EDV. Das war eine absolute Falschmeldung, die sind alle hochmotiviert und wollen eine EDV. Jetzt heißt es, die Leitungen seien defekt, die 600.000,- Schilling, die

dafür im Budget 1995 vorgesehen wären, sind aber ohnehin schon weg, also gibt es auch diese Leitungen nicht. Jetzt ist die Diskussion, auch wenn wir die Leitungen und die EDV hätten, haben wir niemanden, der diese 30.000 Medien hineintippt. Da braucht man 2 - 3 Jahre, bis die drinnen sind. Ich glaube das schon, wenn das ein Magistratsbeamter macht. Ich glaube, ein paar Studenten könnten das in 3 Sommermonaten ohne weiteres machen. Es ist überhaupt ein Problem mit der Personalsituation in der Zentralbücherei. Am 30. September hat eine Mitarbeiterin die Bücherei verlassen, sie wollte sich versetzen lassen. Gut, das kommt vor. Es wurde gesagt, es herrsche im ganzen Hause Aufnahmesperre, das heißt, wir müssen umbesetzen. Wer mich kennt, der weiß, ich bin auch immer sparsam. Wo es in meinem überschaubaren Bereich möglich ist, habe ich immer die Lösung bevorzugt, die eine Umbesetzung möglich macht, z. B. Mobilitätsberater. Ich habe auch demjenigen den Vorzug gegeben, der nicht neu aufgenommen werden mußte. Ein lebendiges Beispiel, daß es keine Aufnahmesperre gibt, ist unser Herr Hackl, der ab 1. Oktober der Dienst angetreten hat. Er ist neu zu uns gekommen, trotz angeblicher Aufnahmesperre. Jetzt - aber mehren sich die Probleme in der Verwaltung der Zentralbücherei, weil aufgrund einer internen Nachbesetzung ein Bediensteter versetzt worden ist, mit Schriftstück vom 30. September 1994, ein Einzeiler: „Sie werden hiemit mit Wirkung vom 1. Oktober 1994 dem Geschäftsbereich VI / Bücherei dienst-zugeweiht. Der Magistratsdirektor.“ Es wurde weder der Kulturredirektor noch der Kulturreferent davon informiert. Und der gute Mann selbst befindet sich seit Monaten im Krankenstand und wird versetzt. Ich bezweifle, ob er überhaupt antelefoniert worden ist, ob ihm das recht ist, ich weiß es nicht. Er ist seit Monaten im Krankenstand. Der

hat überhaupt hier schon eine sehr lange Durchlaufzeit gehabt im Magistrat. Er hat angefangen beim Wahlamt, dann war er bei der Finanzbehörde, dann war er im Stadtsteueramt - wenn ich mich recht erinnere -, dann war er bei den Stadtwerken, wo er dann am 30. September abgemeldet worden ist, ohne einen Tag dort gewesen zu sein. Das klingt ja wie ein Hohn. Der war 0 Arbeitstage dort und ist abgemeldet worden! Es kann jemand einmal krank werden. Aber die Absicht, daß man jemanden im Krankenstand einfach in eine Abteilung absiedelt, wo man ihn sowieso nicht braucht, das ist wirklich bekrittelenswert! Zur allgemeinen Krankenstandssituation in der Zentralbücherei: Von 1. Jänner bis 30. September gab es 188 Arbeitstage. Umgerechnet auf die 8 vollbeschäftigten Mitarbeiter in der Bücherei sind das insgesamt 1.504 Arbeitstage. Für Urlaube wurden bisher 179 Arbeitstage, für Krankenstände 207 Arbeitstage aufgewendet, für Arztbesuche, Gewerkschafts- und Personalvertretungssitzungen sowie Amtsleitertage weitere 40 Arbeitstage. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß wir uns ja stark gemacht haben, diese Geburtstagsfreiaktion abzuschaffen. Es wurden stattdessen 3 Amtsleitertage für wichtige Dinge wie Übersiedlungen eingeführt. Es wurde hier versucht - es ist nur Dank der Aufmerksamkeit eines Vorgesetzten nicht gelungen -, daß jemand - und er hat es auch genommen, es wurde ihm nur im nachhinein ein Urlaubstag eingetragen - an sogenannten Zwickeltagen zweimal übersiedelt ist, aber immer dieselbe Adresse beibehalten hat. Ich hoffe, das wird in anderen Bereichen auch genauso streng kontrolliert. So kann es ja wirklich nicht gehen! Wenn man auch diese Amtsleitertage einführt - und ich bekenne mich nicht dazu -, aber so kann bitteschön eine sparsame Verwaltung nicht aussehen.

Das bedeutet also für die Bibliothek, daß in den abgelaufenen 9 Monaten Mitarbeiter an 426 Arbeitstagen - also einschließlich der 40 Arbeitstage die durch Sitzungen, Arztbesuche etc. draufgegangen sind - ausgefallen sind. Das bedeutet, daß von 8 Bediensteten immer 2 ¼ gefehlt haben. Die offenen Urlaubstage bis zum Jahresende betragen 134. Dennoch war bis jetzt eine Steigerung der Entlehnzahl festzustellen. Aber jetzt mußten durch den neuerlichen Fall die Medien beschränkt werden in der Ausgabe, sodaß nur mehr 3 Medien pro Besuch nach Hause entlehnt werden dürfen. Das ist ein eklatanter Rückschritt in der Kulturpolitik, das ist eine Mißachtung der Bevölkerung, die mit der Bibliothek zu tun haben will. Ich habe dafür kein Verständnis, daß in der Bibliothek von seiten des Dienstgebers - und das ist interner Dienst, Herr Bürgermeister - Leute während des Krankenstandes mit oder ohne Wissen versetzt werden, damit sie keine Möglichkeit haben, sich dort zu bewähren.

Stadtrat Karl Holub verläßt um 18.32 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. SPÖ-Fraktion, wünscht jemand dazu das Wort? Herr Mag. Philipps bitte. Herr Magistratsdirektor, ich würde Sie bitten, dann zur Frage *Überstellung* Stellung zu nehmen.

GEMEINDERAT

MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium! Sie haben einige Visionen gehört. *Kulturausschuß* und *Visionen* sind zwei Wörter, die natürlich miteinander in Verbindung stehen. Aber ich muß ein paar Sachen richtig stellen und ich glaube, daß es notwendig ist, das Wort Bibliothek nicht unbedingt für die Bücherei zu

verwenden. Ich bin nämlich der Meinung, wenn man hier Renovierungsarbeiten leisten möchte, dann sollte man realistisch beginnen und das nicht gleich utopisch sehen, indem man unsere Bücherei als Bibliothek bezeichnet. Man sollte sie auch nicht von einem Moment zum anderen dorthinführen wollen, das ist nämlich nicht realistisch. Der Standort ist meines Erachtens sehr zentral, das heißt, ich bin auf jeden Fall dafür, daß der Standort beibehalten wird. Denn ich glaube, daß alle Leute, die hier in die Stadt hineingehen bzw. auch diese verlassen, bei dieser Bücherei vorbeigehen müssen. So haben sie auch die Möglichkeit, sich zwischen ihren Einkäufen dort Bücher auszuleihen. Privatisierung einer Stadtbücherei ist für mich ein Ding der Unmöglichkeit, alleine der soziale Aspekt, der mit eingeschlossen ist, ist nicht tragbar. Ich glaube, daß ein privatisierter Betrieb es sich nicht leisten kann, zu so günstigen Beträgen allen Bevölkerungsschichten die Möglichkeit zu geben, Bücher zu entleihen bzw. auch die anderen Medien, die wir dort inzwischen haben. EDV ist meines Erachtens auch eine Notwendigkeit für diese Bücherei - und hier stimme ich mit meinem Vorredner überein -, in Verbindung damit wird es auch notwendig sein, hier Renovierungsmaßnahmen zu treffen. Das steht außer Frage. Ich glaube nämlich nicht, daß es in der heutigen Zeit möglich ist, dieses - und ich traue mich dieses Wort hier anzuwenden - vorsintflutliche Karteiensystem anzuwenden, um diese Bücherei zu verwalten. Es ist hier der Satz gefallen, daß die Belegschaft sich vor der EDV fürchtet bzw. diese eine Angschwelle in sich birgt. Auch ich konnte mich versichern, daß das nicht so ist. Es sind auch hier bereits gewisse Ausbildungen vor sich gegangen. Um das abzuschließen: Ich glaube, daß es notwendig ist, hier etwas zu tun. Allerdings mit den notwendigen und den möglichen Mitteln,

die zur Verfügung stehen, also nicht mit utopischen Forderungen, die meines Erachtens nicht durchführbar sind. Ich möchte meine Worte noch einmal unterstreichen, daß ich eine Privatisierung für absolut unmöglich halte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wünscht die FPÖ noch einmal das Wort dazu? Das ist nicht der Fall. ÖVP? Bitte sehr Herr Kollege Lengauer.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich glaube, es ist gut und richtig, in der Zeit der Budgetvorbereitung über die Bibliothek zu reden, weil einfach die Bibliothek eine ganz wichtige Sache unserer Kommune ist. Daher - meine ich - ist es ganz richtig, wenn dieses Kapitel jetzt noch besprochen wird. Natürlich gehören vorher und dringenderweise einige Fragen geklärt. Es gehört sicherlich geklärt, wie es da drüben weitergeht. Ist die Standortfrage wirklich soweit abgeklärt, daß es ganz klar ist, daß die Bibliothek dort bleiben wird? Oder gibt es weitere Überlegungen (Steyrdorf oder irgendwo herinnen im Stadtzentrum)? Das müßte erst einmal geklärt sein. Zweitens müßte sicherlich auch bestätigt werden, was auch der Kollege Philipps gesagt hat, daß eine EDV-Anlage für eine moderne Bücherei oder Bibliothek ganz wichtig ist. Wir haben auch im Ausschuß Schule & Sport über eine EDV in der Bücherei gesprochen und auch dort eine Bedeutung und Wichtigkeit gesehen. Eine Frage scheint mir aber auch noch geklärt werden zu müssen, das ist die Frage der Bücherei oder der Bibliothek. Natürlich wäre es ein Traum, eine große Bibliothek in Steyr zu haben, noch dazu, wenn wir

Hochschulstadt werden. Aber ich meine, daß wir auch einer Hochschule mit einer Bücherei oder mit einer Bibliothek in der Stadt nicht gerecht werden können, denn wir werden nicht besser sein können als eine Universitätsbibliothek in der Universitätsstadt Linz. Ich glaube, daß der Zentralraum Wels - Steyr - Linz mitsammen wirklich eine wertvolle, große, leistungsstarke und zentrale Bibliothek schaffen muß. Die Aufgabe der Kommune ist es, für unsere Bürger der Stadt eine Bücherei zu schaffen. Sicherlich eine moderne Bücherei, eine Bücherei, die mit EDV ausgestattet ist und somit eine Bücherei, die schon im Budgetansatz 1995 eine große Summe braucht.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht die GAL-Fraktion das Wort? Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gebe dem Vorredner, Herrn Direktor Lengauer, recht, wir müssen uns überlegen: Bibliothek oder Bücherei. Im Augenblick sehe ich es auch als Bücherei. Ich möchte jetzt unabhängig von allen organisatorischen Fragen - Standortfragen und andere - etwas dazu sagen: Ich benütze diese Bücherei mit Schülern. Ich glaube, es gehört auch einmal gesagt, daß die Kinder dort auch in Massen wirklich gerne gesehen werden. Auch wenn wir mit Klassen kommen, in denen 25 bis 30 Schüler sind - man könnte meinen, das dies den Betrieb ja ganz empfindlich stört -, werden sie gerne gesehen und wirklich gut betreut. Ich habe schon gemerkt, wenn wir mit den Kindern dort waren, dann steigert das auch deren Lesefreude und Verlangen nach Büchern. Sie gehen selbständig wieder hin, sie bitten die Eltern, mit ihnen hinzugehen und lassen sich einschreiben. Ich glaube, daß man diesen Aspekt einer Bücherei auch

nicht übersehen darf, zukünftige Leser zu gewinnen. Diesen Zweck - muß ich sagen - erfüllt sie hervorragend. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Herr Magistratsdirektor, vielleicht noch einige Erklärungen zu internen Vorgängen mit dem Personal.

MAGISTRATSDIREKTOR

DR. KURT SCHMIDL:

Wertes Präsidium, werte Mitglieder des Gemeinderates! Ich habe mich in der letzten Zeit - im letzten halben Jahr - mehrmals mit dem Thema Bücherei beschäftigt und da mit den zuständigen Mitarbeitern, das ist der Dr. Lutz, die Frau Karner und die Frau Hübsch. Wir haben uns schon drei- oder viermal zusammengesetzt und beraten, wie wir denn die Bücherei zeitgemäßer machen können. Und daraus ist ein kleines Konzept entstanden, das Konzept „zeitgemäße Bücherei“. Dieses enthält neben der hier schon mehrmals angesprochenen und geforderten EDV-Ausrüstung auch Vorschläge für Sanierungsmaßnahmen. Denn diese sind absolut notwendig in diesem immer sanierungsbedürftiger werdenden Haus. Bei den EDV-Kenntnissen der Bediensteten in der Bücherei ist es natürlich notwendig, daß diese auch geschult werden. In diesem Konzept sind auch die Schulungsmaßnahmen enthalten, die jetzt von Frau Hübsch und Frau Karner vorgeschlagen wurden. Und zwar nicht nur notwendige Schulungsmaßnahmen im EDV-Bereich, sondern auch im Bibliotheksbereich. Als dann die Frage gekommen ist, wer denn diese Bücher eingeben soll, war die einhellige Meinung dieser beiden Damen, daß es Bedienstete unserer Bücherei machen sollen und nicht - wie auch von mir vorgeschlagen, Herr Vizebürgermeister - Studenten in den Ferien. Denn die Damen in der Bücherei sagen - und es ist für mich

auch vollkommen logisch -, daß es sachkundige Personen sein sollten. Es sollen zuerst einmal zwei eingeschult werden, die - nach den Vorstellungen von Frau Hübsch - zwei Jahre brauchen werden, um den gesamten Bestand aufnehmen zu können, weil sie auch nicht immer diese Tätigkeit machen können. Natürlich, wenn man EDV einführt - und da höre ich jetzt den Herrn Stadtrat Zagler -, dann muß sich das auch irgendwie rechnen. Denn jemandem nur ein Kastl hinstellen und dann nach demselben System weiterarbeiten, kann nicht Sinn und Zweck des ganzen sein. In diesem Konzept ist auch festgehalten worden, daß bei Einführung der EDV, wenn alle Werke enthalten sind, ein bis zwei Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Bücherei eingespart werden können.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wunderbar! Und wo ist das im Magistrat so gehalten worden, wenn EDV eingeführt worden ist?

MAGISTRATSDIREKTOR

DR. KURT SCHMIDL:

Herr Vizebürgermeister, wenn Sie danach fragen, wo das im Magistrat so gehandhabt worden ist, so kann ich Ihnen gleich einige Beispiele dazu geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir bleiben beim Thema Bücherei bitte!

MAGISTRATSDIREKTOR

DR. KURT SCHMIDL:

Zu den Versetzungen, bei denen mich überrascht, daß sie jetzt ein Thema im Gemeinderat werden, hat es mehrmalige Gespräche gegeben zwischen Herrn Ruckerbauer - dem Personalchef -, Herrn Dr. Lutz, Frau Karner und Frau Hübsch. Da wurde diese Vorgangsweise abgesprochen. Ja, mich wundert das, weil sie da ja noch

einverstanden waren! Wenn sie einmal zum Herrn Ruckerbauer sagen, daß das paßt, daß die eine Person von ihnen wegkommt, hier im Rathaus verwendet wird und dieser besagte Herr bei ihnen anfangen soll, dann muß ich annehmen, daß sie zu diesem Wort auch stehen. Wir haben deshalb vereinbart, daß er dort zugeteilt werden soll und nicht versetzt wird. Er ist von den Stadtwerken dorthin zugeteilt worden. Es steht auf diesem Schreiben auch oben, da steht nicht Versetzung, bitteschön!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber er ist ja abgemeldet worden bei den Stadtwerken, abgemeldet bei der Sozialversicherung, da kann er nicht zugeteilt sein.

MAGISTRATSDIREKTOR

DR. KURT SCHMIDL:

Mich wundert nur, daß diese ganz höchstpersönlichen Personaldaten da so hinausgehen. Das dürfte auch nicht sein! Darauf zielt ja das Datenschutzgesetz hin, daß so etwas nicht sein soll. Darum wundert mich das, und es gehört sich eigentlich auch nicht. Diese Vorgangsweise mit der Dienstzuteilung dieses gewissen Herrn ist abgesprochen worden mit den Beteiligten. Es ist auch abgesprochen worden, daß, falls im nächsten Jahr eine Bedienstete in Pension geht, dafür eine geeignete, ausgebildete Kraft kommen soll. Noch einmal, dieser Herr ist dienstzugeteilt, nicht versetzt! Er war auch in den Stadtwerken nur dienstzugeteilt. Daß er der Wanderpokal ist, das ist Ihr Ausdruck! Den will ich Ihnen gar nicht wegnehmen, der gehört Ihnen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte hier keine Zwiegespräche. Es ist Aktuelle Stunde, die Regeln liegen fest. Ich habe einen Fachbeamten gebeten, Auskünfte zu

geben. Die kann er zu Ende bringen, dann können wir möglicherweise über ein neues Thema diskutieren.

MAGISTRATSDIREKTOR

DR. KURT SCHMIDL:

Noch einmal zur Information dieses Herrn: Er ist auch davon informiert worden und hat diese Dienstzuteilung bekommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gut, danke sehr. ÖVP-Fraktion, ein neues Thema? Nein danke. Grüne Fraktion ein Thema? Selbstverständlich, bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren! Auch unser bzw. mein Thema heute ist ein kulturelles Thema. Ich bringe dieses kulturelle Thema in der Aktuellen Stunde. Dort gehört es meiner Meinung nach hin, nicht beim Umweltbericht. Es geht mir um die Gesprächskultur in diesem Raum. Es wird Ihnen vermutlich nicht so sehr aufgefallen sein wie mir. Als ich nach einem Jahr Abwesenheit vom Gemeinderat zur letzten Sitzung wiedergekommen bin - ich habe es vorhin in der Pause schon einmal formuliert -, habe ich geglaubt, mich trifft ein Hammer. Das Gesprächsklima hat sich in diesem einen Jahr derart verschlechtert, es herrscht ein ganz anderer Umgangston als vorher! Wie gesagt, wenn man immer herinnensitzt und das so schleichend einreißt, glaube ich Ihnen sehr gerne, daß Sie das nicht gemerkt haben. Aber für mich war es wirklich deutlich fühlbar. Und es ist nicht der heutige Anlaß gewesen, daß ich diese Aktuelle Stunde dazu benütze, darüber zu reden, sondern es war wirklich die letzte Gemeinderatssitzung und einiges, was dazwischen gelegen ist. Diese Auseinandersetzungen hier scheinen mir nicht mehr nur sachlich getragen, sondern die werden

persönlich beleidigend, ob durch Zwischenrufe und Gemurmel oder direkte, oft hart an der Grenze der Beleidigung liegende Aussagen. Oft gehen diese Aussagen sogar etwas über die Grenze hinaus. Ich kann mir vorstellen, daß die wenigen Zuhörer, die sich hier herein verirren, wirklich bestärkt werden in ihrer Meinung, die man ja von der Bevölkerung sehr oft hört: „Die Politiker tun sowieso nichts außer streiten, die sollen lieber einmal arbeiten.“ Wenn ich mir das anhöre, dann muß ich sagen, ich würde ihnen recht geben. Die Bevölkerung will keine parteipolitischen Schachzüge, sondern sie will, daß wir gemeinsam, so wie wir gewählt worden sind, für die Stadt arbeiten. Das schließt durchaus harte, sachliche Konfrontationen ein und ich glaube, ich bin die letzte, die mimosenhaft ist, wenn es um Sachdinge geht. Aber was hier gesprochen wird und was hier so an Untergriffen passiert, das ist schlimm! Und ganz persönlich möchte ich noch sagen: Noch schlimmer für mich ist nurmehr das Klima in einem gemeinderätlichen Ausschuß, und zwar im Verkehrsausschuß. Dort geht es soweit - und das ist bitte etwas, was ich nicht akzeptiere -, daß ich als Gemeinderätin der Stadt Steyr mich von einem Beiratsmitglied anschreien und beleidigen lassen muß und mich gleichzeitig auch noch einer - naja, sagen wir einmal - *Gesetzwidrigkeit* beschuldigen lassen muß. Für die Gemeinderatsmitglieder, die nicht im Verkehrsausschuß sitzen, die anderen wissen ja, wovon ich rede, möchte ich die Geschichte ganz kurz - ich will das jetzt nicht hinauszögern - erläutern. Es ging darum, daß ich wieder einmal - wie ich es eben öfter mache - versucht habe, eine Einbahnstraße für die Radfahrer gegen Einbahnrichtung zu öffnen. Ich habe das auch damit begründet, daß Schüler das eben hin und wieder auch gegen die Vorschriften tun, und es wäre in ihrem und im Interesse der Kinder, wenn die Autofahrer

wenigstens gewarnt werden und die Kinder so besser geschützt wären. Man kann zur Öffnung der Einbahnstraßen stehen wie man will. Es gab auch sachliche Argumente dagegen, die ich durchaus akzeptieren kann, wenn sie auch nicht meine sind. Bis plötzlich der Vertreter des ARBÖ - aus welchen Gründen auch immer - total ausrastete und herumzuschreien anfing, was überhaupt eher seine Art ist. Es ist der Herr Pistek, ich kann ihn auch beim Namen nennen. Es weiß sowieso jeder, wer es ist. Es ging in seiner Wortmeldung eigentlich darum: Kein Wunder, wenn wie so viele Verbrecher haben, wenn die Kinder ständig sowieso alles tun dürfen, was gegen das Gesetz ist usw. und so fort. Es gipfelte dann in einem Satz, der so lautete: „Sie, Frau Lehrer, bringen Sie den Kindern lieber Verkehrszeichen bei, statt sie gegen die Gesetze aufzuhussen.“ Und das bitte kann ich nicht unwidersprochen lassen, denn es ist nicht nur irgendein Geplänkel, sondern für mich als Lehrerin birgt das den Vorwurf einer dienstrechtlichen Verfehlung, die für mich - wenn es Tatsache wäre - auch dienstrechtliche Konsequenzen hätte. Ich habe den Vorsitzenden gebeten - ich weiß, daß ich als nicht stimmberechtigtes Mitglied des Gemeinderates kein Recht habe, aber ich habe ihn gebeten -, diese Äußerung in das Protokoll zu nehmen. Es steht schon etwas im Protokoll. Nur in der Form, in diesem Satz, finden Sie die Äußerung nicht. Denn unerklärlicherweise hatte sich im gemeinderätlichen Ausschuß eine totale Schwerhörigkeit ausgebreitet. Einschließlich des Vorsitzenden hatte komischerweise niemand diese „sehr leise geflüsterte“ Äußerung verstanden bzw. gehört, nur der Vertreter des VCÖ. Ich möchte hier diese Gelegenheit benützen, dieser Äußerung - die dann verändert und abgeschwächt dankenswerterweise ins Protokoll genommen wurde, mir aber so nichts mehr bringt - zu widersprechen. Ich

wehre mich gegen die Behauptung, ich würde Kinder aufhussen gegen Gesetze. Das ist das letzte, was ich täte! Es ist dann noch weitergegangen. In der Folge wurde der Vertreter des VCÖ - weil er offensichtlich so gute Ohren hat - mit einem sehr beleidigenden *Du* angesprochen, es gipfelte in einem Satz wie „Du blödes Würst!“ Ich glaube einfach, das ist kein Ton, in dem man miteinander umgehen kann. Und was ich Ihnen, Herr Vizebürgermeister, zum Vorwurf machen muß: Sie fanden es nicht der Mühe wert, an diese beiden Herren der beiden Verkehrsclubs - die haben sich das brüderlich geteilt - einen Ordnungsruf zu erlassen, der Ihnen ja nach § 38/3 der Geschäftsordnung zustünde und auch von Ihnen zu verlangen wäre. Sie haben die ausschreien lassen. Hingegen kommen Ordnungsrufe dann aber immer sehr schnell, wenn es leises Geflüster von Nachbar zu Nachbar gibt, da gibt es also irgendwo eine Diskrepanz. Ich würde Sie an dieser Stelle bitte ersuchen, auch diese beiden Herren - auch wenn es immer heißt: „Ja, Sie kennen die doch!“ - doch hin und wieder einmal zur Ordnung zu rufen und im gemeinderätlichen Verkehrsausschuß für ein Klima zu sorgen, in dem ein gedeihliches Arbeiten auch möglich ist. Danke.

Gemeinderat Hans-Dieter Götz und
Gemeinderat Dipl.-Ing. Frank Mundorff
verlassen um 18.55 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. SPÖ-Fraktion dazu.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:
Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Dieser Aufruf der Kollegin Scheucher besteht zu Recht. Ich kann nicht zu den Vorfällen im Verkehrsausschuß Stellung nehmen, da war ich nicht dabei, es war auch

niemand unserer Fraktion daran beteiligt und für Mitglieder des Beirates haben wir keine Verantwortung zu tragen. Aber ich möchte namens unserer Fraktion auch betonen, daß die sozialdemokratische Fraktion sachliche Auseinandersetzungen schätzt, die sind die Würze in einer demokratischen Auseinandersetzung. Aber ohne persönliche Untergriffe und ohne persönliche Beleidigungen, denn das dient nicht der Sache und wird sicherlich auch von den Bürgern nicht geschätzt. Solche Dinge gehören in, bzw. gehören nicht aber kommen einmal in einem Wirtshaus vor, wenn die Leute schon ein bißchen illuminiert sind. Ich möchte hier ausdrücklich sagen, daß unsere Fraktion sich eines angemessenen Tones befleißigen wird. Wir haben auch bisher in dieser Weise schon unsere Verhandlungen in diesem Raum geführt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. FPÖ-Fraktion, bitte sehr Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Zur Gesprächskultur: Das ist ein sehr wichtiges Thema, es liegt mir auch sehr am Herzen, glaube Sie mir das alle! Ich möchte gleich zurückkommen auf die Situation im Verkehrsausschuß. Es ist natürlich ganz klar, daß ein altgedienter Funktionär eines ARBÖ oder ÖAMTC sich manchmal duelliert mit einem VCÖ-Mann, der ganz andere Ansichten hat. Das ist ganz klar, und daß es manchmal lauter wird, ist auch ganz klar. Aber das dient - glaube ich - schon der Diskussion, und bis jetzt haben wir überhaupt keine Schwierigkeiten gehabt. Und es gab im Verkehrsausschuß - das möchte ich hier nicht so im Raum stehen lassen - überhaupt keine Probleme mit einer Sitzungsordnung, Ordnungsrufen oder Verbalinjurien.

Das hat es nicht gegeben! Und wie diese angeblichen Beleidigungen gefallen sein sollen - ich habe sie wirklich nicht gehört -, habe ich die Sitzung unterbrochen, weil Du einen Ordnungsruf verlangt hast. Ich habe die neben mir sitzende Frau Dr. Kolar-Starzer zuerst gefragt, ob sie es gehört hat, sie hat verneint. Ich habe den Herrn Ferrari, Beamter, gefragt, der hat es nicht gehört. Ich habe die ÖVP-Fraktion gefragt, die hat es nicht gehört, und von uns, die wir herunter sitzen, hat es auch niemand gehört.

ZWISCHENRUF STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Lauter Blinde und Schwerhörige.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Schau, Othmar, das ist es. Wir reden gerade über Gesprächskultur. Da mußt Du Deine Leute auch lächerlich hineinziehen, da sind auch Blinde und Schwerhörige drinnen. So kann es ja wirklich nicht gehen, daß wir alles gleich ins Lächerliche ziehen, wenn wir einmal ernst über Gesprächskultur sprechen wollen. Ich habe deshalb auch keinen Ordnungsruf erteilt, weil mir der Ordnungsruf nicht bekannt geworden ist. So einfach ist das. Eines ist richtig, daß der Vertreter des ARBÖ den Vertreter des VCÖ einmal mit *Du* angesprochen hat. Es kommt öfter vor in Sitzungen oder vor Sitzungen, daß manchmal die Leute plötzlich auf Bruderschaft sind. Beispiel: Wir beide sind ja auch einmal per *Du* geworden, aber deshalb finden wir trotzdem die passenden Worte zueinander. Ich wußte nicht, ob die beiden jetzt per *Du* sind oder nicht. Das ist geklärt worden, der Vertreter vom ARBÖ hat sich entschuldigt und gesagt: „Ich werde wieder per *Sie*, das ist mir nur herausgerutscht.“ Wenn sich ein gestandener Mann entschuldigt, daß ihm das herausgerutscht ist, weil er einmal *Du* gesagt hat zu jemandem, dann ist das für mich als Vorsitzender

in Ordnung. Ich habe - ganz im Gegenteil - hier in diesem Rahmen bei der letzten Gemeinderatssitzung einen Ordnungsruf für meinen Du-Freund Helmut Zagler verlangt, weil da „Kasperl“ noch das mindeste war, was er den Stadtrat Roman Eichhübl tituliert hat. Mich hat er beschimpft. Ich habe einen Ordnungsruf verlangt, und der Bürgermeister hat gesagt, wir Politiker müssen etwas aushalten, ich soll nicht so empfindlich sein. So war Ihre Aussage in der letzten Sitzung. Wir müssen uns also alle miteinander hier am Schopf nehmen und sagen: So geht es nicht, so wollen wir nicht miteinander weitertun die nächsten drei Jahre! Ich bin der erste, der Besserung gelobt, wenn es irgendwo notwendig ist. Ich bemühe mich, aber ich sage eines: Jemand, der im Glashaus sitzt, sollte nicht mit so großen Steinen werfen und so weit den Mund aufmachen. Denn dazu gehört auch die Öffentlichkeit, und es ist scheinbar Mode geworden - und da gab es auch einmal eine Zeit, wo das praktiziert worden ist -, daß man Sitzungsprotokolle oder Sitzungsergebnisse entzerrt dargestellt hat. Das ist plötzlich eine Vorliebe der Grünen Fraktion geworden. Letztes Mal im Gemeinderat haben wir auch über die Kindergärten gesprochen, Fabriksinsel-Ausfinanzierung. Es haben sich einige von uns der Stimme enthalten mit dem Hinweis, daß wir nicht gegen die Kindergärten sind, sondern die Budgetüberschreitung für die Kindergärten war der Grund unserer Stimmenthaltung. Und dann wird es dargestellt, als wären wir gegen Kindergärtenplätze. So kann es wirklich nicht sein. Was mich eigentlich dann am meisten wundert, ist genau 1 ½ Stunden aus: Ich habe mich heute im Rahmen dieser Sitzung einmal versprochen und gesagt, ich bin hereingekommen und die Luft ist schlecht. Und ich habe es nicht richtig ausgesprochen. Es ist ein Versprecher, aber die Frau Gemeinderat

Scheucher hat es zum Anlaß genommen, am Ende der Pause, als ich hereingekommen bin, zu sagen: „Der Dr. Pfeil ist da, die Luft ist wieder schlecht. Das Sprichwort stimmt.“ Du hast gesagt: „Jetzt stimmt das Wort, das Du gesagt hast.“ Und das meine ich, was Gesprächskultur ist. Wenn man schon so sensibel ist, dann würde ich wirklich bitten, daß sich jeder an der Nase nehmen sollte und nicht zweierlei Maß setzen. Das scheint nämlich besonders die Vorliebe der Grünen Fraktion zu werden, daß sie sich äußert in Zeitungsmeldungen, in Wortmeldungen, und dann plötzlich ist es nicht mehr so. In der Pause hat auch der Gemeinderat Apfelthaler gesagt

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Ich würde bitten, daß wir zur Gesprächskultur reden. Wir wissen, was wir darunter verstehen! Bitte, die Aktuelle Stunde ist nicht dazu da, daß wir uns gegenseitig sozusagen irgendetwas auf- und vorrechnen, was bei irgendwelchen Sitzungen passiert ist. Ich glaube, daß es darauf ankommt, daß der Appell, der hier gekommen ist, auf fruchtbaren Boden fällt. Wir alle müssen uns bemühen. Jedem kann es einmal passieren, daß ihm etwas herausschneit, und im Eifer des Gefechtes sollte das auch nicht überbewertet werden. Aber wir sollten hier nicht in den Fehler verfallen - da meine ich alle Beteiligten, die sich noch an dieser Diskussion beteiligen werden -, daß wir plötzlich sagen: Der hat irgendwann einmal das gesagt oder das. Ich glaube, der Sinn dieser Diskussion, wenn sie einen haben soll, sollte der sein, daß wir uns besser miteinander verständigen, ohne uns gegenseitig zu beleidigen. Der Streit um die beste Sache für unsere Stadt, das sollte das Thema hier herinnen im Gemeinderat sein.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Lassen Sie mich das eine noch fertig sagen. In der Pause hat der Gemeinderat Apfelthaler es abgeschwächt, er hat angeblich nicht gesagt: „Es ist ein Hintertreppenfaschismus der Steyrer FPÖ festzustellen“, sondern er hat angeblich nur gesagt, es sei faschistoid, was wir tun. Das ist genauso schlimm. Ich finde es genauso schlimm, wenn wir so miteinander verkehren, ich lehne das genauso ab. Offenbar steht dann plötzlich immer etwas in der Zeitung, was Sie nicht gesagt haben. Schönen Dank.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke auch. ÖVP-Fraktion dazu, Frau Kollegin Lohnecker.

GEMEINDERÄTIN

BRIGITTE LOHNECKER:

Sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh, daß die Frau Gemeinderätin Scheucher dieses Thema Gesprächskultur aufgegriffen hat. Ich kann das eigentlich alles inhaltlich unterstreichen, außer das im Verkehrsausschuß, wo ich ja nicht dabei war. Ich stelle aber schon fest, daß der Ton, wie wir miteinander umgehen, wirklich beschämend ist. Nicht nur die Zwischenrufe, ich finde auch die Kleinigkeiten beschämend. Das heißt jetzt nicht, daß ich nicht auch gerne lache. Politik kann ja ruhig auch ein bißchen erheiternd sein, das Leben ist an und für sich sowieso so ernst. Ich würde schon bitten und an uns alle appellieren, daß wir das ernst nehmen und wirklich nicht mehr solche Untergriffe machen. Und vielleicht noch etwas, was mich eigentlich schon lange stört: Ich denke, wir könnten etwas effizienter arbeiten. Ich stelle auch öfter fest, daß Wortmeldungen kommen, die eigentlich überhaupt nicht notwendig sind.

Daß wir bei Sitzungen wie heute - da haben wir 15 Tagesordnungspunkte gehabt, wo sehr viele einstimmig gegangen sind -, so lange dasitzen, da frage ich mich, haben wir alle so wenig zu tun? Vielleicht wäre es besser, wir würden uns mehr um die Steyrerinnen und Steyrer kümmern.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Damit ist dieses Thema auch erschöpfend behandelt worden. Ich glaube davon ausgehen zu können, daß heute kein weiteres Thema mehr angesprochen wird. Ich gehe richtig in der Annahme, wie ich sehe. Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Gemeinderatssitzung angelangt. Ich darf Ihnen herzlich für die Teilnahme danken. Wir wollen uns vornehmen, uns im Sinne der zuletzt gesagten Worte zu bessern. In diesem Sinne danke sehr und guten Abend.

ENDE DER SITZUNG: 19.10 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Anton Obrist eh.

Gabriele Angerbauer eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Dipl.-Ing. Frank Mundorff eh.

Edith Radmoser eh.